Mittwoch, 30. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 25 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Pay-TV: Das deutsche Fernsehspektrum soll noch in diesem Jahr um eine Variante reicher werden. Vermutlich im Spätsommer werden die Verlagshäuser Bertelsmann und Springer sowie die Beta-Taurus-Gruppe per Abonnement einen Spielfilmkanal ohne Werbung anbieten. (S. 4)

Terrorismus: Drei weitere RAF-Häftlinge haben ihren Hungerstreik abgebrochen. Es handelt sich um Günter Sonnenberg, Knut Folkerts und Roland Ellermann. Damit hungern nur noch 27 RAF-Anhänger.

Spendenaffäre: Auch gegen den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Friderichs ist im Zusammenhang mit der Flick-Parteispendenaffäre jetzt zusätzlich Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben worden.

Warnstreiks: Das Bundesarbeitsgericht hat seine im September 1984 gefällte grundsätzliche Entscheidung bestätigt, wonach die „neue Beweglichkeit" der IG Metall und somit Warnstreiks während noch laufender Verhandlungen zulässig sind.

Kelly bleibt: Die Grünen haben bei Bonn eine zweitägige Klausur über das Rotationsprinzip begonnen. Die Abgeordnete Petra Kelly teilte mit, sie sei fest entschlossen, bis Ablauf der Legislaturperiode im Bundestag zu bleiben.

Jalta: 188 von 650 Abgeordneten hatten bis gestern einen im britischen Unterhaus ausliegenden Aufruf an die Regierung unterzeichnet, einen Mißbrauch des Jalta-Abkommens durch Moskau nicht länger hinzunehmen. (S. 6)

Berlin: Nach monatelangen Verhandlungen verständigten sich die beiden Flügel der SPD darauf, daß die Partei nach der März-Wahl weder ein Bündnis mit der AL noch der CDU anstreben wird. (S. 5)

Nach Israel: SPD-Chef Brandt hat einen fünftägigen Israel-Besuch angetreten. Unter anderem wird er Premier Peres und Außenminister Shamir treffen.

Familienplanung: Bonn stellt der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Beratung 1,2 Millionen Mark zur Verfügung, um das Für und Wider natürlicher Empfängnisverhütung wissenschaftlich zu untersuchen. (S. 10)

Beirat: Eine Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten wird den Berliner Senat nach Angaben von Kultursenator Hassemer bei den Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier 1987 beraten. Dem Beirat gehören unter anderem der frühere Bundespräsident Karl Carstens, Opernchef Götz Friedrich, der Berliner Verleger Axel Springer und der frühere BDI-Präsident Rolf Rodenstock an.

ZITAT DES TAGES



»Wenn Syrien weiter in Libanon bleiben will, laßt es seinen Spaß daran haben. Ich glaube, daß jeder, der seinen Fuß in den libanesischen Schlamm setzt, dort versinkt«

Israels Verteidigungsminister Yitzhak Rabin in Washington. Er teilte mit, daß Israel sich nicht weiter um einen Abzug der Syrer aus Libanon bemühen werde (S. 10)
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Raffinerien: Die Deutsche BP unterzieht ihre fünf Raffineriestandorte einer weitgehenden Umstrukturierung. Dabei werden die Anlagen in Hamburg und Hünxe stillgelegt. (S. 11)

Stahl: Die Lage der Stahlindustrie wird sich nach Ansicht der OECD in den westlichen Ländern in diesem Jahr wieder verschlechtern. Nach einem Wachstum von 9,3 Prozent 1984 werde die Produktion stagnieren. (S. 12)

Automobilindustrie: Die durch Unsicherheiten in der Abgasfrage verursachte deutliche Schwäche des Inlandsmarktes macht den deutschen Herstellern Sorge. „Es gab noch nie ein Jahr, in dem eine Prognose so schwierig war wie für 1985", erklärt VDA-Präsident Schönbeck. (S. 11)

Börse: Vor allem aufgrund ausländischer Kaufaufträge blieben die Kurse gestern gut behauptet. WELT-Aktienindex 166,6 (166,3). Am Rentenmarkt nahm die Abgabenneigung stark zu. BHF-Rentenindex 101,969 (102,065). Performance-Index 99,744 (99,679). Dollar-Mittelkurs 3,1640 (3,1688) Mark. Goldpreis je Feinunze 303,25 (297,75) Dollar.

KULTUR

Hindemith: Fast 60 Jahre nach seiner Uraufführung in Dresden kann Hindemiths „Cardillac" noch immer knackig und rabiat wirken. Wolfgang Sawallisch und Jean-Pierre Ponnelle präsentierten das Stück im Münchner Nationaltheater vorsätzlich nüchtern und unverfälscht – und ernteten stürmischen Beifall. (S. 21)

Ausstellung: Die Malerei der Ming- und Quing-Dynastien wird in der Baden-Badener Kunsthalle anhand von 80 Alben, Fächerbildern, Quer- und Hängerollen aus dem Museum der nordchinesischen Provinz Liaoning vorgestellt. Besonderen Genuß bereiten die Querrollen, die oft in ganzer Länge ausgestellt sind. (S. 21)

SPORT

Motorsport: Nach zwölf von 34 Prüfungen ist Walter Röhrl (Audi Quattro) bei der Rallye Monte Carlo auf Platz zwei zurückgefallen. Es führt der Finne Vatanen (Peugeot 205 Turbo). (S. 8)

Ski Alpin: Der Schweizer Pirmin Zurbriggen, vor 15 Tagen am Knie operiert, war schnellster Abfahrtsläufer beim Training für die Weltmeisterschaften, die morgen in Bormio beginnen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

***Charité:** Die noch immer berühmteste deutsche Klinik hat wieder Anschluß ans verlorene Weltniveau gefunden. In diesen Tagen wurde die in Ost-Berlin gelegene Charité, wo Rudolf Virchow, Robert Koch und Ferdinand Sauerbruch gewirkt haben, 275 Jahre alt. (S. 22)*

Todesstrafe: 84 Prozent der Amerikaner und damit so viele wie nie zuvor befürworten die Todesstrafe, ergab eine Meinungsumfrage. Sie ist zur Zeit in 38 US-Staaten möglich. Allein 1984 wurden 21 Personen hingerichtet.

Wetter: Regnerisch. Um 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Programm für Reagan-Besuch steckt noch in den Anfängen

Berlin diesmal nicht einbezogen / Sicherheitsfragen haben besonderen Rang

THOMAS KIELINGER, Bonn

Noch ehe die Planung für den Staatsbesuch von US-Präsident Ronald Reagan in der Bundesrepublik Deutschland konkrete Formen annehmen kann, ist in Bonn so gut wie entschieden, daß drei in der Diskussion als möglich bezeichnete Auftritte des Präsidenten nicht stattfinden werden: Reagan wird nicht an der ökumenischen Gedenkfeier im Kölner Dom am 8. Mai teilnehmen; es ist ebenfalls nicht an ein Erscheinen des Präsidenten vor dem Bundestag gedacht; und das Besuchsprogramm wird nicht Berlin einschließen.

Der Präsident wird zwischen dem 5. und 8. Mai der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstatten, im Anschluß an den Wirtschaftsgipfel in Bonn (WELT v. 29. Januar). Dabei steht schon jetzt fest, daß sich Reagan am Schlußtag dieses Besuches, der zugleich der 40. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht ist, in der Bundeshauptstadt aufhalten wird. Am Mittag des 8. Mai will er nach Spanien weiterreisen.

Ein Besuch der ökumenischen Feier in Köln wird in Bonn deshalb ausgeschlossen, weil es sich dabei doch eher um „eine deutsche kirchliche Feier" handele, die „nicht internationalisiert werden soll". Unabhängig von dieser Überlegung wäre ein Kölner Termin für Reagan auch aus Sicherheitsgründen sehr problematisch. Der Secret Service, im Zusammenhang von Präsidenten-Besuchen immer auf kontrollierbare Lagen bedacht, würde die Situation um den Kölner Dom herum für wahrscheinlich nicht abzusichern halten.

Vor dem Bundestag hat der Präsident bereits auf dem NATO-Gipfel im Juni 1982 gesprochen. Dieser Schauplatz gilt daher, in der Sprache eines Kenners der Sachlage, als „verbraucht". Man suche nach neuen Umfeldern für die Termine des Staatsbesuches.

Näher scheint der Schluß zu liegen, daß ein Reagan-Auftritt im Parlament durch die Anwesenheit der Grünen zu einer unkontrollierbaren Lage besonderer Art führen könnte; weder Deutsche noch Amerikaner dürften daran interessiert sein, die Szenen eines möglichen Grünen-Happenings, mit Reagan in der Bildmitte, über die elektronischen Medien weltweit verbreitet zu sehen.

Auch Berlin fällt, wie der Bundestag, für die Besuchsplaner in eine Doppelkategorie: Einerseits hat Reagan die Stadt bereits 1982 besucht; andererseits gilt sie wegen möglicher „Nebenerscheinungen" für die Planer als problematischer Schauplatz. Zwar ließen sich die Orte des Präsidentenbesuchs abriegeln. Aber in jeder Nebenstraße könnten sich gewaltsame Demonstrationen abspielen wie seinerzeit bei dem Besuch Außenminister Haigs im September 1981. Und diese Bilder würden dann das eigentliche Ereignis überschatten.

Überhaupt sehen die Planer das Problem vor sich, durch zu frühe Bekanntgabe der Besuchsorte schon jetzt vor allem amerikanische Medien und politische Hitzköpfe anzulocken, die sich auf ein Programm ganz außerhalb des eigentlichen Besuchsanlasses einstellen könnten.

DER KOMMENTAR

Zins-Los

CLAUS DERTINGER

Auf dem Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank lastet eine schwere Bürde. Morgen steht eine Erhöhung der Leitzinsen zur Debatte. Ein höherer Lombardsatz, den die Banken für Kredite gegen verpfändete Wertpapiere zahlen müssen, erst recht eine Heraufsetzung des Diskontsatzes, der Wechselkredite verteuert, drohen auf das gesamte Zinsniveau durchzuschlagen und die Konjunktur zu bremsen.

An Begründungen für eine Zinserhöhung mangelt es den Befürwortern eines solchen Schrittes nicht. Aber ihre Argumente überzeugen nicht. Sie behaupten, der hohe Dollarkurs gefährde über eine Verteuerung des Imports die Geldwertstabilität der Deutschen Mark, und deswegen müsse man via Zinserhöhung bei uns die Attraktivität der viel höheren Dollarzinsen abmildern, die deutsches Kapital absaugen. Doch dabei übersehen sie, daß der Zinsvorteil des Dollar gar nicht die Hauptursache seiner Stärke ist, sondern die politisch-ökonomische Anziehungskraft der USA. Eine deutsche Zinserhöhung vermag am hohen Dollarkurs nichts zu ändern, es sei denn, sie fiele so drastisch aus, daß sie die Konjunktur niederknüppelte. Das verbietet sich. Die jüngste massive britische Zinserhöhung demonstrierte dies überdeutlich.

Eine Zinserhöhung jedoch, die der Dollar lässig abschüttelt, könnte die Angst schüren, die Bundesbank sei machtlos gegenüber dem Inflationsimport im Kielwasser des Dollar. Damit bekäme die just gebannte Inflationsmentalität neue Nahrung. Vor allem aber: Die Bundesbank setzte mit einem absehbaren Fehlschlag einer wechselkursorientierten Zinspolitik ihre eigene Glaubwürdigkeit – ihre eigentliche Stärke – aufs Spiel.

Die zweite Begründung für eine Leitzinserhöhung ist technischer Natur. Mit einer Lombardsatzerhöhung könnte der Geldmarktzins flexibler zwischen Diskont- und Lombardsatz gesteuert werden. Das mag zwar im Prinzip richtig sein, doch hätten ein höherer Lombardsatz und erst recht ein höherer Diskontsatz die Signalwirkung einer Konjunkturbremse. Das wäre eine kalte Dusche für die Wirtschaftspolitik wie den Aufschwung. Die Bundesbank sollte auf Zinsexperimente verzichten.

Dregger rügt Wortwahl des Außenministers

DW. Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat die Äußerung von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, eine Handvoll Vertriebenenfunktionäre würde Schindluder mit der Friedenspolitik der Bundesregierung treiben, als „einige unglückliche Formulierungen" bezeichnet. Wie Dregger gestern in einem Interview des Deutschlandfunks sagte, sei es bei den Worten Genschers nicht eindeutig, wer mit dieser Formulierung gemeint sei. Es verdiene die Anerkennung aller, daß die Vertriebenen sich am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beteiligt hätten und nicht wie etwa die Palästinenser, um die sich Genscher und andere so sehr kümmerten, zum Terror gegriffen hätten.

Wer die Vertriebenen und deren Sprecher auszugrenzen versuche, tue der Sache der deutsch-polnischen Aussöhnung keinen guten Dienst, sagte Dregger, der sich dem Aufruf des Bundeskanzlers zur Rückkehr zur Sachlichkeit in der Diskussion anschloß.

Sinowatz stützt jetzt doch Verteidigungsminister

Koalitionsräson trug Sieg davon / Mißtrauensantrag

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) hat sich der Koalitionsräson gebeugt und dem österreichischen Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) sein Vertrauen ausgesprochen. Frischenschlager bleibe im Kabinett und genieße auch weiterhin sein Vertrauen, erklärte Sinowatz gestern nach einer Kabinettsitzung in Wien und gab damit dem Druck der Liberalen nach, die im Falle der Entlassung des Verteidigungsministers mit der Aufkündigung der Koalition gedroht hatten. Vorher waren die Führungsgremien der beiden Koalitionspartner zu ausgedehnten getrennten Beratungen zusammengekommen.

Die Entscheidung von Sinowatz, seinen durch die Affäre Reder angeschlagenen Verteidigungsminister zu halten, war formal möglich geworden, nachdem Frischenschlager in einem Schreiben an den Kanzler erklärt hatte, im Fall Reder eine „Fehleinschätzung" begangen zu haben, die er vor dem Regierungschef und der Öffentlichkeit bedauere.

Frischenschlager versuchte der Kritik, er habe das österreichische Heer in die Affäre Reder hineingezogen, mit dem Argument zu begegnen, die Armee sei nur rein „technisch" eingeschaltet worden.

Außenminister Leopold Gratz (SPÖ) räumte eine gewisse eigene Mitschuld an der Entwicklung des Falles Reder ein, da er – wie er gegenüber der Presse erklärte – Frischenschlager aufgefordert habe, den Apparat des Heeres für den Empfang zur Verfügung zu stellen.

Die christlich-demokratische Volkspartei wird am Freitag einen Mißtrauensantrag gegen Frischenschlager im Parlament stellen. Mit Spannung wird erwartet, ob bei namentlicher Abstimmung einige SPÖ-Abgeordnete des linken Flügels, die öffentlich Frischenschlagers Rücktritt gefordert hatten, sich nun der Parteidisziplin beugen und für den Minister stimmen werden.

Seite 2: Heimholung

Todesstrafe in Thorn beantragt

DW. Thorn/Frankfurt

Im Thorner Prozeß um die Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe gegen den Hauptangeklagten Grzegorz Piotrowski beantragt. Er verlangte für die übrigen drei Angeklagten je 25 Jahre Gefängnis. In seinem Plädoyer versicherte Staatsanwalt Zbigniew Kolacki, daß die drei unmittelbaren Täter den Priester von Anfang an und vorsätzlich töten wollten. Er sagte, alle Beteuerungen der Angeklagten, sie hätten den Priester nur erschrecken wollen, seien unglaubwürdig. Dafür habe die Beweisaufnahme keine konkreten Hinweise gebracht. „Sie waren nicht nur zum Mord entschlossen, sondern waren sich auch ihrer Straflosigkeit sicher. Sie hatten keine Angst vor uniformierten Polizisten, sie fürchteten nur Zivilisten", sagte der Ankläger. Er vertrat die Auffassung, daß die Tat „Züge einer politischen Provokation gegen die Behörden" trage. Sie richte sich gegen die „nationale Einigkeit des Sozialismus". Er hob die Bemühungen der Sicherheitsbehörden hervor, den Fall so schnell und so gründlich wie möglich aufzuklären. Als einziger ausländischer Jurist nahm der Frankfurter Anwalt Siegfried Lammich an dem Verfahren als Beobachter teil. Nach seiner Rückkehr erklärte er in Frankfurt, daß ihm in Polen ein ungehindertes Arbeiten möglich gewesen sei. Zum Ausgang des Prozesses sagte er, er gehe davon aus, daß die Bevollmächtigten der Nebenkläger gegen die Verhängung der Todesstrafe eintreten würden. Das Urteil wird in drei Tagen erwartet.

Bürgschaft für Kraftwerk scheint sicher

H. H. Bonn

Noch vor dem Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Jordanien und Ägypten vom 3. bis 8. Februar wird in Bonn über einen Bürgschaftsantrag für die Lieferung eines 1000-Megawatt-Kernkraftwerks an Ägypten entschieden. In Bonn gilt als sicher, daß die Bundesregierung den Zwei-Milliarden-Antrag der Kraftwerk Union (KWU), der lediglich den deutschen Lieferteil des Großprojekts absichert, positiv entscheiden wird. Bundeskanzler Helmut Kohl, der hierüber noch ein Gespräch mit Finanzminister Gerhard Stoltenberg führen wird, hat seine befürwortende Haltung bereits beim Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak in der Bundesrepublik vom 30. Oktober bis 2. November deutlich gemacht.

Die Entscheidung liegt dann bei der ägyptischen Regierung und gilt noch als völlig offen. Nach aller Erfahrung in anderen Käuferländern dürfte vor allem Washington politischen Druck auf Kairo ausüben. So haben sich neben der KWU die amerikanische Firma Westinghouse und die französische Framatome an der Ausschreibung vom April 1984 beteiligt. Das amerikanische Angebot liegt mit rund 4,5 Milliarden Mark um etwa eine Milliarde über dem deutschen und französischen. Das Interesse an der Lieferung des ersten Kernkraftwerks für Ägypten ist um so größer, als das Land am Nil bis zum Jahre 2005 insgesamt acht Blöcke von jeweils 900 bis 1000 Megawatt am Netz haben will.

Hupka will mit Genscher reden

Co. Bonn

Der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft und CDU-Bundestagsabgeordnete, Hupka, hat ein baldiges Gespräch zwischen führenden Vertriebenenpolitikern und Bundesaußenminister Genscher befürwortet. Man solle die von dem Streit um das Motto des Schlesiertreffens 1985 ausgelösten Diskussionen nicht in der Öffentlichkeit austragen und schon gar nicht „bis zu einer Koalitionskrise hochschaukeln", sagte Hupka. Er zeigte sich zwar angesichts jüngster kritischer Äußerungen Genschers über „Vertriebenenfunktionäre" betroffen, hielt es aber gerade deshalb für notwendig, sich „mehr miteinander zu unterhalten".

Seite 3: Vertreibung

Steuerreform für 90er Jahre geplant

gil. Bonn

Mit einer breitangelegten Reform für die 90er Jahre will die Koalition Steuern auf Einkommen und Erträge senken, Subventionen verringern und das Steuerrecht durchforsten. Über das Konzept werde derzeit in der Koalition nachgedacht, bestätigte gestern der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Düsseldorf.

Da auch eine Senkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 56 Prozent bei der Lohn- und Einkommensteuer im Gespräch sei – von der FDP wurden 36 Prozent genannt –, übersteige diese Reform das Volumen der Steuerentlastungen für 1986/88 bei weitem.

Geiger gegen Zinserhöhung

cd. Frankfurt

Mit Unbehagen blickt die Wirtschaft auf die morgige Sitzung des Zentralbankrates der Bundesbank, auf der eine Erhöhung des Lombardsatzes und vermutlich auch des Diskontsatzes zur Diskussion steht. Ein Teil der Mitglieder des Zentralbankrates glaubt, mit einer Zinserhöhung den Dollarkursanstieg bremsen zu können, der ihrer Ansicht nach längerfristig über eine Verteuerung der Importe die Preisstabilität gefährdet. Dagegen rechnet Sparkassenverbands-Präsident Geiger nicht damit, daß höhere DM-Zinsen den Dollarkurs beeinflussen. Er fürchtet vielmehr, eine Zinserhöhung könne die Dynamik der Wirtschaft schwächen.

Seite 11: Gegen Leitzinserhöhung

Israels Antwort auf Dürre und Hunger

SAD/DW. Tel Aviv

Mit einem eindrucksvollen Ergebnis endete eine große Nahrungsmittelmesse in Tel Aviv. 600 Aussteller präsentierten auf der Exportshow eine Palette neuer oder verbesserter Lebensmittelprodukte aus israelischem Anbau und schlossen mit einer Bilanz von rund 60 Millionen Dollar ab. In den Stolz der Israelis auf ihre intensive, wasserarme Landwirtschaft mischte sich auch eine Portion Nachdenklichkeit. Die Direktorin für Lebensmittel des Israel-Exportinstituts, Yael Artzi, erklärte: „Wenn die Welt auf uns hören würde, dann hat Israel die Lösung für die Hungernden."

Mit Betroffenheit reagieren besonders die Agrarexperten, wie die vom Technikum in Haifa, vom Weizmann-Institut oder von der Agrartechnischen Vulkani-Versuchsanstalt, die immer neue Züchtungen und Verbesserungen erfinden, auf die katastrophale Hungersnot in Afrika. Nach ihrer Ansicht hätte der Hunger in Afrika abgewendet werden können, wenn vor allem marxistisch-sozialistische Regierungen wie die von Äthiopien oder Moçambique mit ihnen zusammenarbeiten würden.

Israels Wissenschaftler verweisen dabei etwa auf den gelungenen Versuch, aus Baumwollsamen zu 60 Prozent reines Protein zu gewinnen, das bei einem besonderen Verfahren keine giftigen Substanzen mehr enthält und nicht nur als Viehfutter, sondern auch für den menschlichen Genuß geeignet ist. Baumwollsamen fallen in Israel, aber auch in Ägypten oder in Sudan in Massen ab. Frau Artzi: „Wir sind bereit, unser Know-how zur Verfügung zu stellen. Wir würden auch Baumwollsamen hier zu Protein verarbeiten und dann in die Hungergebiete schicken."

Aber bislang gab es auf solche Angebote keine Antwort. Wenn das in Israel gewonnene Proteinprodukt mit normalem Mehl gemischt wird, steigt der Proteinanteil von acht auf 28 Prozent. Das angereicherte Mehl bleibt wochenlang frisch und ist so verschiffbar. Mit anderen Worten: Für weniger Mehl gibt es mehr Brot. Bisher hat sich aber noch keine der internationalen Hilfsorganisationen für diese Entwicklung interessiert.

Erstaunliches präsentierte die israelische Landwirtschaft. Daß sich ein Kibbuz auf den Golan-Höhen inzwischen auf die Züchtung von Shrimps erfolgreich spezialisiert hat, hat sich herumgesprochen, aber daß seit kurzem auch Fische in der Wüste gezüchtet werden, ist selbst für Israelis neu. In einem Kibbuz im Südnegev wird mit der Aufzucht von Meerbarben experimentiert. Das Wasser kommt aus dem Untergrund und ist zu salzig zum Trinken, reicht aber für die Zucht aus.

Die Israelis haben ihre Landwirtschaft mittlerweile von dem Anbau von Südfrüchten auf verschiedenartige Produkte ausgeweitet. Die dabei gewonnenen Erfahrungen könnten der Dritten Welt zugute kommen. Bislang aber gehen die „Erfindungen" vor allem in den Westen.

Auf der Exportmesse orderte ein Deutscher für eine Million Dollar „Schnitzel" und „Würste", die aus Sojabohnen und Weizen hergestellt werden, aber ganz natürlich schmecken und keine künstlichen Farbstoffe enthalten.

Gerade in der Frage der Haltbarkeit von Lebensmitteln, der Verarbeitung von Algen, die reich an Protein sind, und der Lebensmittelforschung zeigen die Israelis, daß eine wasserarme Landwirtschaft durchaus keine Mangelwirtschaft sein muß.

F



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Heimholung

Von Carl Gustaf Ströhm

Auch wenn der österreichische Verteidigungsminister Frischenschlager inzwischen einen Rückzieher gemacht und bekannt hat, sein Verhalten bei der „Heimholung" des SS-Sturmbannführers Reder aus italienischer Haft sei ein Fehler gewesen – die Angelegenheit hat inzwischen eine Eigendynamik. *Es geht dabei nicht mehr um den alten Mann, der nach* vierzig Jahren wohl ein humanitärer Fall ist. Kaum jemand wird je Licht in das Gestrüpp des damaligen Partisanenkriegs bringen können – eine Kampfesweise, die von beiden Seiten mit äußerster Grausamkeit praktiziert wurde.

*Das Gespenst einer bösen Vergangenheit ist durch das feh*lende Augenmaß des Verteidigungsministers und FPÖ-Funktionärs gewissermaßen aus der Flasche geholt worden. Den Schaden trägt das österreichische Heer, das die negative Publizität nicht verdient hat, welche es jetzt zu ertragen hat. Schaden trägt auch der Entlassene davon: alles, was an humanitären Maßnahmen für diesen Mann geplant war, ist durch das Ungeschick – oder die falschen taktischen Berechnungen – des Parteipolitikers Frischenschlager politisiert und emotionalisiert worden. Sogar die Frage, ob man Reder eine Invalidenrente zahlen darf, wird somit zum Politikum.

Schlime Folgen hat die Affäre für die Wiener Koalition. An diesem im Grunde bedeutungslosen Fall ist die Sollbruchstelle zwischen der Sozialistischen Partei und den Freiheitlichen sichtbar geworden. Bundeskanzler Sinowatz kann entweder dem Druck seiner Parteilinken nachgeben und den Kopf Frischenschlagers fordern – dann platzt die Koalition und es gibt Neuwahlen mit höchst ungewissem Ausgang (Einzug der Grünen ins Wiener Parlament). Oder er kann, was wahrscheinlich ist, Frischenschlager um der Koalition willen im Amt halten. Dann aber sind Konfusionen innerhalb der SPÖ zwischen Linken und Rechten unvermeidlich. Ein Minister ohne Fortu*ne hat damit den Wiener Kanzler in eine Lage gebracht, die der* Philosoph Kierkegaard einst mit den Worten beschrieb: Häng' Dich oder hänge Dich nicht – beides wirst Du bereuen.

Fluß ohne Wiederkehr

Von Monika Germani

Ein wichtiger Schritt zur Beendigung der Apartheid in Südafrika war das Referendum 1983, in dem sich die Mehrheit der 4,5 Millionen Weißen für eine Beteiligung der 800 000 Inder und der 2,5 Millionen Kap-Farbigen (Mischlinge aus Buren, Malayen, Hottentotten und Buschmänner) an der Macht aussprachen. *Die 18 Millionen Schwarze waren damals* von dieser Entwicklung ausgeschlossen, doch weckte das Referendum Erwartungen, die sich vor den Parlamentswahlen zu den beiden neuen Kammern im August in schweren Unruhen in schwarzen Städten entluden, die bis heute schwelen. Wenn auch die Mehrheit der schwarzen Völker Staatsbürgerrechte in ihren Homelands ausübt, so blieb die Machtbeteiligung der städtischen Schwarzen ungelöst.

In seiner *Rede zur Eröffnung der neuen Parlamentsperiode* hat Pieter Willem Botha einen Schritt auf diesem Weg unternommen. Sie führen ihn von der ursprünglichen Richtung der Nationalen Partei seiner Vorgänger Henrik Verwoerd und John Voster ab, hin zu Plänen der alten United Party von Jan Smuts. Als Anregungen für ein Forum verschiedener Interessengruppen und Regierungsvertreter nannte Botha die Aufhebung des kontrollierten Zuzugsrechtes für Schwarze in weiße Gebiete und statt des bisherigen Pachtrechts das Recht auf Landerwerb. Die Abschaffung der Gesetze gegen gemischte Liebe und Ehe gilt bereits als beschlußreif.

Begrüßt werden *diese Pläne vor allem* vom schwarzen Mittelstand, der jedoch Grund für die oft geäußerte Befürchtung hat, daß viele schwarze Politiker es angesichts des gespannten Klimas nicht wagen, Bothas Pläne zu unterstützen. Eine tiefe Kluft hat seine Politik allerdings auch in die (weiße) Afrikaanergemeinde gerissen. Auch bahnen sich schwere Auseinandersetzungen mit Treurnichts Konservativen an. Ebenso werden die schwarze Radikalenbewegung und viele in den USA und Europa weitergehende Rechte für die Schwarzen fordern.

Damit befindet sich Südafrika auf dem Weg in einen multirassisch geführten Staat, und am Ende dieses, zu vielen Auseinandersetzungen führenden Weges *kann* nur noch das Wahlrecht nach dem Modus „Ein Mann, eine Stimme" sein.

Professor Untat

Von Detlev Ahlers

Amtsrichter Offenloch hat am Montag in Schwäbisch Gmünd den Rhetorik-Professor Walter Jens wegen Nötigung zu zwanzig Tagessätzen à 150 Mark verurteilt. Jens hatte *am 24. Juni 1984 zusammen mit anderen die Fahrt eines Rake*tentransporters mit einer Sitzblockade aufgehalten. Viele hundert Urteile in dieser Höhe sind bereits oder werden noch gefällt, denn die Friedensbewegung gegen die Pershing-2-Stationierung war eine Massenbewegung. Sie hat alle erlaubten Möglichkeiten des Protests genutzt. Und eben, so urteilt Richter Offenloch, auch unerlaubte.

Die Frage, ob das strafbar war, wird bis zur letzten Instanz durchgeprüft werden. Das zupft die Friedensbewegung am propagandistischen Nerv: Sie, die nichts so eindringlich beschwor wie ihre „Gewaltfreiheit", stolpert ausgerechnet über das Wort Gewalt im *Nötigungs-Straftatbestand. Ein Argument* der Angeklagten gibt aber schon jetzt zu denken. Wenn zum Beispiel Sitzblockierer einen Professor am Einparken hindern, mag dies durchaus Nötigung sein; aber das, was die Friedensbewegung gemacht hat, sei erlaubt – sogar geboten –, meint Jens. Er habe in den Verkehr eingegriffen, „weil der Wagen auf einen Abgrund zurollt!"

Auf diese Weise ist eine verteidigungspolitische Entscheidung auf die Ebene des Weltunterganges gehoben worden. Der Besitz der Erkenntnis, was die Zukunft bringt, hebt den Protest über das geschriebene Recht – das ist es, was Jens sagt. Und diese These ist gefährlich: Je näher der Abgrund ist, den die Seher sehen, um so gewalttätiger dürfen dieser Argumentation zufolge die illegalen Eingriffe sein. Spürbar treiben wir wieder in eine Jahrtausend-Wende-Hysterie, die viele Menschen auch in der Zeit der Ottonen gepackt hat.

Aber es gibt Kulturkreise, die diesem Phänomen nicht unterliegen. Einer davon ist der Warschauer Pakt. Bei Erklärung des Verteidigungsfalles wird die Bundesrepublik keine Schwierigkeiten haben mit sabotierenden Einzelgängern, sondern mit Pastoren und Professoren und ihren Jüngern, die massenhaft vor den Kasernen sitzblockieren. Aber einen Tag später wird auch ihnen ein Licht aufgehen: Auf diese Weise ist der *nächste Krieg in Deutschland kein Weltuntergang*, sondern nur ein Einmarsch.



„Raten Sie mal, wen ich als Beauftragten für Frauenfragen sehe!" KLAUS BÖHLE

Über die Klinge springen

Von Manfred Schell

Es gibt gewiß viele Maßstäbe, an denen die ethischen Grundla*gen unserer Gesellschft gemessen* werden können. Dazu gehört jedenfalls auch die Art und Weise, wie sie mit ihren Strafgefangenen umgeht. Dieses Thema ist jetzt wiederum aktuell: Inhaftierte, wegen terroristischer Gewalttaten zum Teil rechtskräftig verurteilt oder unter schwerem Verdacht angeschuldigt, befinden sich im Hungerstreik. Einzelne von ihnen nähern sich dem kritischen Punkt, von dem aus die Überlebenschancen gering werden.

Die Tragik, die den einzelnen Fall umhüllen mag, darf aber den Blick für die tatsächliche Situation dieser Häftlinge ebenso wenig verstellen wie für die Absichten, die mit diesem Hungerstreik verfolgt werden. Das Schlagwort von der „Isolationshaft", gegen die es zu kämpfen gelte, und das leider auch in *einigen ausländischen Zeitun*gen kritiklos übernommen wird, ist falsch.

Im Rechtsausschuß des Bundestages sind erst in diesen Tagen Zahlen genannt worden, die den Versuch dieser Legendenbildung zunichte machen: In drei Gefängnissen besteht für insgesamt elf Terroristen die Möglichkeit, täglich sechs Stunden gemeinsam zu verbringen. Die Häufigkeit der Besuche von Angehörigen, Verteidigern und anderen Personen ist bei diesem Kreis der Häftlinge höher als bei anderen Strafgefangenen. Während jeder andere Häftling einmal in der Woche dreißig Minuten lang einen Besucher empfangen kann, wurde die Dauer für RAF-Inhaftierte auf fünfundvierzig Minuten erhöht. Christian Klar, wegen sechsfachen Mordes angeklagt, hat beispielsweise in den vergangenen zwei Jahren 108 Besucher empfangen. Ist das „Isolationshaft"?

Während der normale Bürger *im* Durchschnitt pro Jahr 122 Briefe versendet und selbst 125 erhält, hat *zum Beispiel der in Straubing* einsitzende RAF-Häftling Rolf Heißler vom 11. November 1982 bis zum 3. Dezember *1984 insgesamt 1099* Briefe erhalten und 1160 geschrieben. Im Vergleich zu anderen Strafgefangenen ist bei den Terroristen die Ausstattung mit Büchern, Radio- und Fernsehgeräten großzügiger. Ist das „Isolationshaft"? Die RAF-Häftlinge lehnen Freizeitver*anstaltungen mit nichtterroristi*schen Inhaftierten ab. Diese Absonderung ist ihr Problem, mit Isolation hat dies nichts zu tun.

In Wirklichkeit wollen die jetzt *Hungerstreikenden auch* keine Änderung ihrer Haftbedingungen erreichen. Das ist nur vorgeschoben. *Ihre Aktion, die sie auch aus einer* irrationalen Einschätzung der Festigkeit des demokratischen *Rechtsstaates angezettelt* haben, ist auschließlich ein Teil der Gesamtstrategie der Terroristen, ihre Anhängerschaft draußen zu mobilisieren. Baader und Meinhof haben das vorexerziert. Auch die Serie der Sprengstoffanschläge der letzten Zeit gehört zu diesem Konzept, mit dem die RAF neue Mitglieder und mehr Publizität gewinnen will. Belegt wird dies unter anderem durch die Äußerung eines RAF-Häftlings in Berlin, wonach diesmal „mehrere über die Klinge springen müssen".

Die Entscheidung, gegenüber dem Hungerstreik nicht nachzugeben, ist deshalb nicht nur rechtlich geboten. Sie würde nach Einschätzung derjenigen, die für die Sicherheit Verantwortung tragen, den terroristischen Gewalttätern, die noch in Freiheit sind, Auftrieb geben. Mitläufer würden möglicherweise ermutigt, sich in die Kette menschenverachtender Gewalt reißen zu lassen. Wie könnte dann der Staat vor den Betroffenen solcher Anschläge bestehen, der Hanns Martin Schleyer das höchste Opfer abverlangt hat, das ein Mensch überhaupt zu bringen vermag?



Die Sympathiewelle: 1800 kamen zur RAF-Demonstration am Samstag nach Karlsruhe FOTO: DPA

Eine andere, seit langem erhobe*ne Forderung* der RAF-Häftlinge lautet, sie als „Kriegsgefangene" anzuerkennen. Ein Staat, der das täte, würde sich selbst aufgeben. Denn dies anzuerkennen hieße ja, den Terroristen eine eigenständige, wenn auch der eigenen entgegenstehende, Rechtsordnung zuzubilligen.

In der Bundestagssitzung, in der die Aufhebung der Verpflichtung zur Zwangsernährung mit den Stimmen der Koalition beschlossen worden ist, hat es darüber unter den großen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Der SPD-Abgeordnete Emmerlich hat, wie andere Parlamentarier auch, seine Meinung so formuliert: „Die Terroristen sind Desperados, die bedenkenlos bereit sind, Menschen für ihre Ziele zu opfern ..." Der Terrorismus der RAF ist nichts anderes als ein erneuter Ausbruch der *Unmenschlichkeit – ziellos, hoff*nungslos und sinnlos wie alle vorherigen Eruptionen dieser Art, die unser Staat überstanden hat.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die RAF – und das unterscheidet die Situation von früheren – jetzt mit einzelnen grünen Abgeordneten über Stimmen im Parlament verfügt, die in ihrem Sinne reden. Unter der Vorgabe der *Humanität* sind in dieser Debatte vom grünen Sprecher Fischer die Schlagworte aus dem RAF-Vokabular eingeführt worden.

Dennoch, und dies gehört zu *dem Gesamtbild*, ist es den Terroristen durch ihre Aktionen – gemessen an früheren Jahren – bislang nicht gelungen, eine breitere „Sympathiewelle" für sich zu entfachen. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß der Staat und die ihn wirklich tragenden Kräfte immer wieder deutlich markieren, daß es gegenüber Terroristen keine Kompromisse geben kann.

IM GESPRÄCH Numeiri

Hundert Jahre später

Von Heinz Barth

Er läßt sich gern „Mann des Friedens" nennen. Nicht Frieden nach westlichem Verständnis, dafür aber ein für afrikanische Verhältnisse hochentwickelter Sinn für politische Stabilität kennzeichnet die nach außen autoritäre, aber von vielen Seiten gefährdete Herrschaft, die Gaafar Mohammed el Numeiri seit sechzehn Jahren in Sudan ausübt. In diesem weitflächigen Land Ostafrikas, das in zwei gegensätzliche Hälften, den islamischen Norden mit seiner vorwiegend arabischen Bevölkerung und den christlich-animistischen Süden der Schwarzen zerfällt, haben nur Machthaber eine Überlebenschance, die eine mehr als durchschnittliche Begabung für das politische Gleichgewicht besitzen.

In diesen Wochen ist es gerade hundert Jahre her, seit in Karthum der britische Gouverneur General Gordon von den fanatisierten Horden des Mahdi in einem Rausch alttestamentarischer Grausamkeit massakriert wurde. In einem Land, dessen Vergangenheit mit soviel Blut geschrieben wurde, kann auch ein Pragmatiker wie Numeiri, der sich von einem pro-sowjetischen Antikolonia*listen zum gemäßigten Staatsmann* gewandelt hat, auf die Dauer nicht ohne Zugeständnisse an den islami*schen Fundamentalismus* auskommen.

Der Koran-Schüler und Sohn eines *Postangestellten, der sich rühmt*, große Teile des Koran auswendig zu können – der Großvater war Muezzin –, ist *mehr* Araber als Afrikaner. Schon als junger Panzeroffizier entwickelte der 1930 in Ondurman Geborene ein beträchtliches Talent zum Verschwörer. Seine militärische Laufbahn stellt ein kaum zu entwirrendes Geflecht von Strafversetzungen, Dienstentlassungen und Umsturzversuchen dar, die ihn schließlich im Mai 1969 ans Ziel führten. Sein eigener Armee-Putsch wurde damals von den sudanesischen Kommunisten, die er später hinrichten ließ, und von seinem Intimfreund, dem Libyer Khadhafi, unterstützt, der für ihn zum Erzfeind geworden ist.

1971 überstand er mit Hilfe loyaler Truppen, die ihn aus dem Gefängnis befreiten, einen Putsch linksgerichteter Offiziere. Bald darauf ließ er sich zum Staatsoberhaupt *wählen*. Seit diesem Konflikt ist es nicht mehr zweifelhaft, auf welcher Seite er in der *Nahostkrise steht. Wie Sadat, mit* dem er eng befreundet war, warf er die sowjetischen Militärberater aus *dem Land und* trat für das Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten ein. Sein Verhältnis zu Kairo ist in der Ära Mubarak nicht weniger eng, als es zur Zeit Sadats war.



Mann der Stabilität: Gaafar el Numeiri FOTO: CAMERA PRESS

Numeiris historische Leistung be*steht in der Überwindung des Gegen*satzes, der zu einem siebzehnjährigen Bürgerkrieg zwischen dem islami*schen Norden und dem schwarzen* Süden seines Landes geführt hatte. Er gewährte dem Süden weitreichen*de Autonomie*, was ihm den unerbittlichen Haß der Moslembrüderschaft eintrug, der schon Sadat zum Opfer fiel. Gegen die wachsende Gefahr der Einkreisung, die ihm vom kommunistischen Äthiopien und dem Vorstoß Khadhafis nach Tschad droht, versucht er sich abzuschirmen, indem er sich in den Mantel des islamischen Fundamentalismus hüllt. Nicht immer zur Freude der Amerikaner, denen es nicht gefallen will, daß der bisher als gemäßigt geltende Staatschef des Sudan neuerdings einen 76jährigen politischen Gegner öffentlich hängen und Dieben nach islamischem Gesetz die Hände abhacken läßt. Numeiri sollte das Vertrauen, das er im Westen gewann, nicht überstrapazieren.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Zeitung

Die Koblenzer Zeitung kommentiert das deutsche Leistungsbilanz-Plus:

Schwäche bedeutet manchmal auch Stärke: Unter dem Druck des hochschnellenden Dollars hat der Kurs der Mark sich so ermäßigt, daß der bundesdeutsche Export wesentlich verbilligt und dadurch gestärkt wurde. Anschaulich wird dies mit der von der Bundesbank veröffentlichten 1984er Leistungsbilanz der Bundesrepublik. Dieses Zahlenwerk weist ein hohes Plus aus. Das hilft Unebenheiten in der Zahlungsbilanz insgesamt – beispielsweise Kapitalabflüsse – auszugleichen oder schafft Währungsreserven für schlechtere Zeiten. Aber zugleich verteuern sich unsere Warenbezüge aus dem Ausland (und natürlich Auslandsreisen). Besonders trifft dies beim Erdöl, zumal die Förderländer es in Dollars bezahlt haben wollen, zu. Die Energiepreise schlagen auf die Volkswirtschaft im ganzen durch (und schüren die Gefahr, daß wir mit steigenden Einfuhrpreisen Inflation importieren).

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie sorgen sich um die Autoindustrie:

Die wenigen Zahlen, die aus der Autoindustrie zu erhalten sind, sprechen Bände: Die Konzerne haben seit dem Spätherbst bis auf die Daimler-Benz AG erhebliche Rückgänge bei den Bestellungen aus dem Inland hinnehmen müssen. Sie wären dramatisch in ihren Auswirkungen, wenn es nicht den Export gäbe. Die Vereinigten Staaten und unsere europäischen Nachbarn haben bisher mit ihren Käufen in der Bundesrepublik erheblich dazu beigetragen, daß die Einbrüche nicht noch stärker ausfielen. Schlimm wäre es, wenn der Export erlahmen würde. Gewiß, die Autoindustrie selbst hat die Zeichen der Zeit nach anfänglichem Sträuben zu spät erkannt und zunächst eine hinhaltende Taktik verfolgt, doch die Hauptlast der Verantwortung trägt die Bundesregierung mit ihren endlosen Diskussionen.

NEUER WEG

Der Personenkult um Parteichef Ceausescu treibt in Rumänien Blüten. Die in Bukarest in deutscher Sprache erscheinende Zeitung veröffentlichte am 26. Januar zu seinem Geburtstag Reime des Dichters Gustav Paal:

Er ist der Berg, der über die Wolken / *sein* Antlitz stolz in den Himmel erhebt, / der kraftgewaltig gleich einem Atlanten / das Land in den Händen, *zum Lichte* strebt. / Er ist der Berg, fest wie die Mauer, / gegossen zur Wehr aus Granit und Basalt. / An ihm brachen *Stürme*, Blitze *und* Fluten, / fest steht er und trotzt der Gewalt. / Er ist der Berg, der weit in die Fernen / der Welt eine Brücke der Freundschaft schlug, / ist Basis, Stützpunkt und Anlaufpiste / seinem Volke zum Höhenflug.

Irak ergriff jetzt wieder die militärische Initiative

Dennoch will Bagdad ein Ende des gefräßigen Krieges mit Iran / Von Günther Deschner

Im Golfkrieg, der nun schon viereinhalb Jahre andauert, haben irakische Streitkräfte eine neue Offensive im Südabschnitt der Front *begonnen, die sich nach allen vor*liegenden Meldungen erfolgreich entwickelte. Im irakischen Fernsehen waren vorgestern abend – seit langem ein seltenes Bild – eine große Zahl eingebrachter Gefangener sowie zerstörtes oder erbeutetes Kriegsmaterial des iranischen Gegners zu sehen.

Zum ersten Mal seit zwei Jahren ergriff damit Bagdad wieder die *militärische Initiative. Ihre Ziele* waren begrenzter Natur: Der politischen Führung Iraks ging es auch um eine Demonstration der noch vorhandenen Schlagkraft. Die militärische Führung verstand die Offensive als Präventivmaßnahme gegenüber einer seit Wochen erkennbaren Bereitstellung großer iranischer Verbände an der Front des Schatt al Arab. Seit Monaten hatte Teheran *immer wieder den* „entscheidenden Großangriff" angekündigt, noch in der vergangenen Woche hatte Irans Parlamentspräsident Rafsandschani zum erneuten Kampf „bis zum endgülti*gen Sieg" aufgerufen. Mit der* gelungenen Offensivoperation der letzten Tage hat die irakische Armee ihre Defensivpositionen vorteilhaft abgerundet.

Von einer Kriegsentscheidung sind beide Seiten jedoch gleich weit entfernt. Man erinnert sich: Im September 1980 war nach monatelangen Nadelstichen und Mordanschlägen iranischer Freischärler *die Armee Bagdads tief* in das iranische Khusestan vorgedrungen. Rund zwei Jahre später waren die Iraker fast wieder auf ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen.

Seit diesem Rückzug auf die internationale Grenze im Juni 1982 blieb der Frontverlauf weitgehend unverändert. Die Truppen des iranischen Gottesstaates waren in fünf Großoffensiven seither nicht *in der Lage, ihr Kriegsziel zu errei*chen – Basra und Bagdad einzunehmen und den irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu stürzen. Iran gelang es nicht, seine dreifache Überlegenheit an Zahl und den irakischen *Mangel* an strategischer Tiefe in ein kriegsentscheidendes Potential umzuwandeln. Umgekehrt war es Irak nicht möglich, seine zahlenmäßige und qualitative Überlegenheit an Waffen und Material (bei Panzern 2600 : 1000, bei Schützenpanzern 3000 : 800, bei Kampfflugzeugen 400 : 100) in einer raumgreifenden Offensive auszuspielen.

Die entstandene Patt-Situation wollte Bagdad durch zwei einander nur anscheinend widersprechende Bewegungen überwinden. Im militärischen Bereich versuchte Irak seit eineinhalb Jahren die iranische Erdölausfuhr zu unterbrechen. Vorhandene Pläne für einen vermutlich verlustreichen Angriff auf die iranische Verladeinsel Kharg, über die neunzig Prozent der Erd*ölausfuhr Teherans abgewickelt* werden, wurden allerdings nicht realisiert. Statt dessen entschloß man sich, den *internationalen* Schiffsverkehr zu dem Terminal durch Luftangriffe auf einzelne Seeziele zu lähmen – mit allerdings nur halbem Erfolg. Zwar wurde der Ölexport Irans über Kharg im Jahr 1984 um nahezu sechzig Prozent reduziert, aber auch der damit verbundene Einnahmerückgang brachte Teheran nicht an den Verhandlungstisch.

Im politischen Bereich zeigte Bagdad, auch wenn es den Golf-Krieg selbst begonnen hatte, seit 1983 eine nicht zu übersehene Bereitschaft zu einem Frieden „ohne Sieger und Besiegte". Die irakische Diplomatie wird nicht müde, die Bereitschaft zu betonen. Gerüchten über von Bagdad ausgestreckte Friedensfühler entspricht mit Sicherheit auch ein geheimdiplomatischer Tatbestand.

In dieses Szenario aus militärischen und politischen Schritten, *die auf das Einlenken der sich bis*lang unversöhnlich gebenden islamischen Republik Iran zielen, fügt *sich die gegenwärtige* Präventivoffensive der irakischen Truppen ein. Auch den unnachgiebigsten Flügeln der Teheraner Politik soll die Ausweglosigkeit eines khomeinischen „Siegfriedens" verdeutlicht werden.

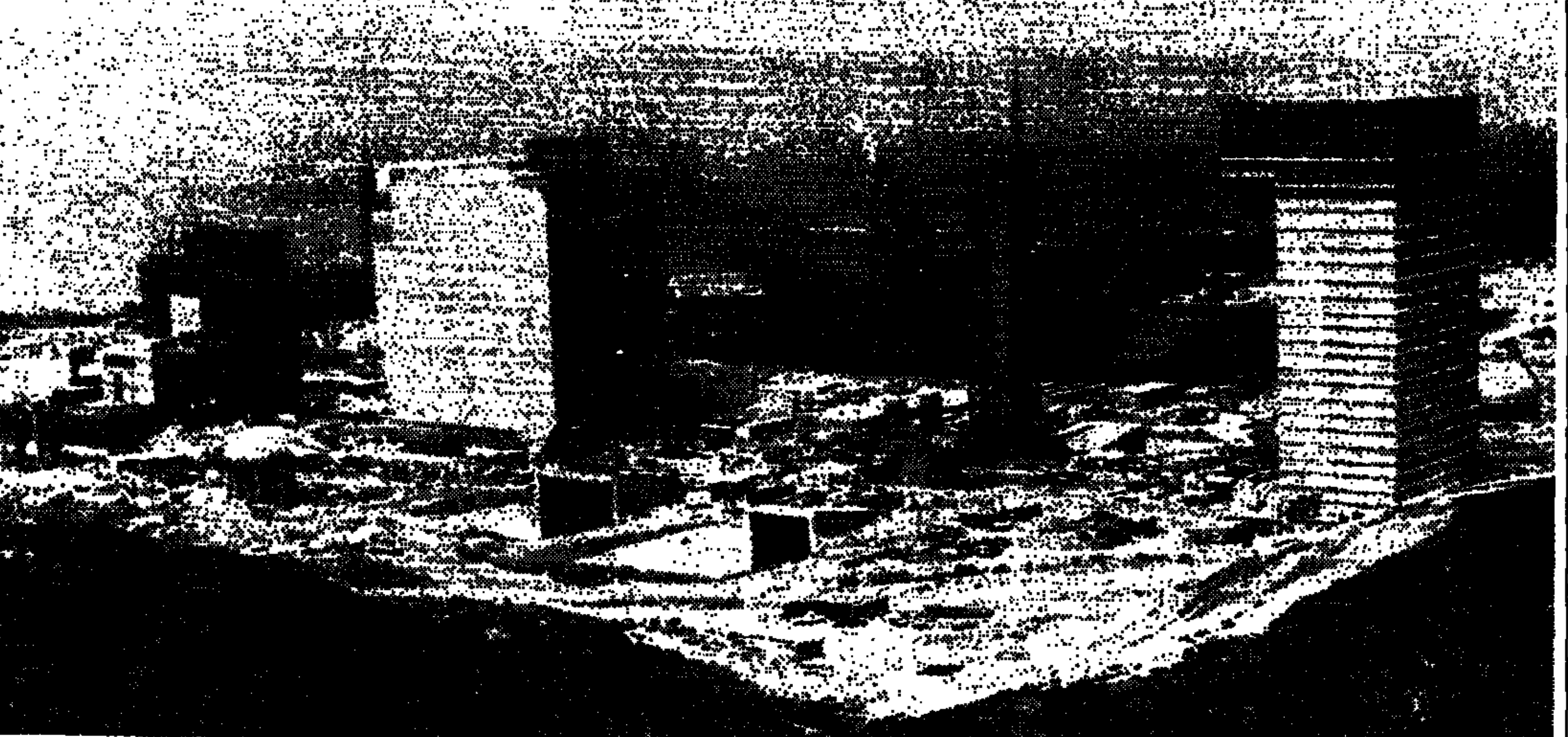
Beide Staaten können es sich nicht leisten, den gefräßigen Krieg endlos weiter zu füttern. Bagdad, das auch auf innere Spannungen – *zum Beispiel mit Kommunisten*, Schiiten oder Kurden – sowie auf den syrischen Nachbarn Rücksicht nehmen muß, hat die Vorteile des Friedens als erstes erkannt. Aus der Isolation, in der es sich noch vor ein paar Jahren befand, ist es heraus. Nicht nur die arabischen Golfanrainer haben die irakische Sache zu der ihren gemacht, sondern auch die USA bemühen sich *um ein konstruktives Verhältnis* zu dem Staat Saddam Husseins. Iran wird bloßes Hassen und Beten deswegen von Tag zu Tag weniger nützen.



Im Westen viel Neues: Amerika geht auf Polar-Kurs

Die bemannte militärische Raumfahrt der USA zieht nach Westen um: Von Cape Canaveral nach Vandenberg. Denn von Kalifornien aus – nicht von Florida – können die Raumflugzeuge in polare Umlaufbahnen geschossen werden, die strategisch bedeutsam sind.

Von A. BÄRWOLF



Einer der größten militärischen Sperrbezirke der Welt: Vandenberg Air Base mit seiner Shuttle-Startanlage FOTO: DIE WELT

Amerikas berühmtester Highway, der von Mexiko bis Kanada reicht, macht in Kalifornien hinter Santa Barbara bei Gaviota einen scharfen Knick landeinwärts, weg vom Pazifik. Würde der Highway 101, „el camino real", weiter entlang der Küste verlaufen, geriete er in eines der größten militärischen Sperrgebiete der Welt: Vandenberg Air Base – ein Areal von 26 000 Hektar Größe. Allein die gesperrte Steilküste mißt mehr als 50 Kilometer. Und die Hubschrauber, die Patrouille fliegen, benötigen eine volle Stunde, bevor sie die Grenzen von Vandenberg abgeflogen haben.

Hier standen vor bald 30 Jahren die aufgeblasenen Leiber der ersten Interkontinentalraketen der USA mit scharfen Atombomben startbereit. Hier starteten später die Atlas-Nachfolge-Generationen Titan, Minuteman und MX zu ihren Testflügen in Richtung des Kwajalein-Atolls.

Nach fast zehnjährigen Planungs- und Bauarbeiten sowie Ausgaben von fast drei Milliarden Dollar ist das militärische Kosmodrom *auf einem* weiten Vorsprung der kalifornischen Küste in den Pazifik an der Stelle des nebelreichen Pt. Arguello entstanden – rund 250 Kilometer nördlich von Los Angeles. Gigantische Bauwerke rollen zum Test schon auf Schienen zu der Stelle, von der aus der Shuttle mit seinem erfahrensten Versuchspiloten, Bob Crippen, 727 Sekunden nach dem Senkrechtstart in eine polare Umlaufbahn einschwenken wird. Und die Weltöffentlichkeit wird nur vom Start erfahren, nichts aber von dem, was da ins All getragen wird.

Der Bau eines zweiten Startplatzes für den Shuttle war notwendig, weil Raumschiffe von Florida aus nicht in polare Bahnen geschossen werden können. Die Himmelsmechanik und die spezifischen Einsatzerfordernisse sowie Sicherheitserwägungen machen einen Start von Florida aus in den polaren Korridor unmöglich, unter dem sich alle potentiellen Ziele auf der Erde hinwegdrehen. Die Planer von Cape Canaveral haben offensichtlich seinerzeit nicht den Weitblick gehabt, die militärstrategisch interessanten Polar-Bahnen zu berücksichtigen.

Das Startfenster in Florida liegt zwischen 35 Grad Nordost und 120 Grad Südost. Alle Seitenwinkel weiter nördlich oder weiter südlich würden den Shuttle im Start über bevölkertes Gebiet führen. Bei einem Fehlstart könnten die riesigen Startraketen in das Gebiet von Miami fallen. Beim Start nach Norden würde der Raumtransporter die Schallmauer über stark bevölkertem Gebiet durchbrechen. Beim Start nach Süden über einen Seitenwinkel von 120 Grad hinaus gäbe es auch völkerrechtliche Probleme.

Das Startfenster in Kalifornien dagegen liegt zwischen 158 und 201 Grad. Alle Starts *innerhalb* dieses Fensters führen über Wasser. Der Polarstart in Vandenberg muß allerdings mit einem hohen Preis erkauft werden: Der Raumtransporter kann von Kalifornien aus viel weniger schleppen als von Florida aus. Von Florida aus wird nach Osten, das heißt mit der Erdumdrehung gestartet. Beim Start von Florida aus kann der Shuttle mehr als 20 Tonnen in eine Erdkreisbahn schleppen. Von Kalifornien aus können nur gut zehn Tonnen in eine 185 Kilometer hohe Polarbahn befördert werden.

Man kann davon ausgehen, daß die für Amerika so wichtigen Frühwarnsatelliten, *die aus ihrer geostationären* Position in 36 000 Kilometern Höhe einen Salvenstart sowjetischer Atomraketen erkennen würden, weiterhin von Florida aus gestartet werden. Seit Anfang der 70er Jahre sind von Cape Canaveral aus mit konventionellen Raketen Frühwarnsatelliten gestartet worden, deren Infrarotsensoren die heißen Gase der Sowjetraketen in der Startphase erkennen.

Künftige *Frühwarnsatelliten, die* nur der Shuttle tragen kann, werden von Florida aus ihre Position am *Himmel beziehen, von der aus sie* Einblick in die Sowjetunion haben. Das gilt auch für die erst geplanten Satelliten, *die im Rahmen der* Strategischen Verteidigungsinitiative Präsident Reagans mit riesigen Infrarot-Teleskopen die heißen Raketengase der Feindraketen aufspüren und die die gestarteten Geschosse bis zu ihrem Brennschluß und Abschuß durch lichtgeschwinde Waffenstrahlen verfolgen.

Dagegen werden von Vandenberg aus mit dem Shuttle geheime Lasten gestartet werden, die auf ihren Polarbahnen in regelmäßigen Abständen das ganze Gebiet der Sowjetunion abdecken. *Die Sensoren dieser* Satelliten könnten auch unbemannte Minibomber (Cruise Missiles) „sehen", die von *Atom-Unterseebooten aus* gegen das amerikanische Festland gestartet würden.

Herzstück des Kosmodroms von Vandenberg ist die in den 60er Jahren konstruierte Startanlage mit dem mobilen Bedienungsgerüst (ganz rechts im Bild). Das Startkonzept von Vandenberg weicht wesentlich von dem in Florida ab. Am Cape wird der Shuttle nach der Montage komplett zum Abschußplatz gerollt. In Vandenberg wird der Raumflieger erst am Startplatz montiert. Wegen der oft widrigen Wetterverhältnisse von Pt. Arguello mußte eine gewaltige mobile Wetterschutzbühne gebaut werden. Die beiden Konstruktionen umschließen den Shuttle während der Montage.

Doch nicht nur der plötzlich einbrechende Nebel ist in Vandenberg ein Problem. Das militärische Kosmodrom liegt in einem Erdbebengebiet. Deswegen mußten die Startanlagen für den Shuttle mit seiner empfindlicher Elektronik erdbebensicher gemacht werden – wie die Hochhäuser von Los Angeles. Die Sicherheitsgrenze liegt bei sieben auf der Richter-Skala.

„Eine Vertreibung war bereits eine Vertreibung zuviel"

Fanatismus, Revanchismus – zahlreich sind die Vorwürfe in der Kontroverse um die Landsmannschaft der Schlesier. Ihr Vorsitzender Herbert Hupka paßt jedoch nicht in dieses Bild.

Von BERNT CONRAD

Wie fühlt man sich als Prügelknabe der Nation? Auf diese Frage reagiert Herbert Hupka erstaunt: „Ich hoffe, daß ich kein Prügelknabe der Nation bin. Ich habe kein Verständnis dafür, daß man sich jetzt plötzlich mit mir so beschäftigt. Dabei ist es interessant, daß plötzlich Schlesien entdeckt worden ist – so wie der Columbus Amerika entdeckt hat – als hätte es bisher überhaupt kein Schlesien gegeben."

Der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft und CDU-Bundestagsabgeordnete sagt das beim Frühstück, vor Diskussionen mit Schülern und Wahlkampfauftritten, in lächelnder Unbefangenheit. Weder das Tauziehen mit seinem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl über das Motto des Schlesier-Treffens 1985 noch die Empörung der Öffentlichkeit über zwei abstruse Artikel in der Verbandszeitschrift „Der Schlesier" scheinen den baumlangen 69jährigen Journalisten erschüttert zu haben.

Als Hupka Anfang der 70er Jahre – damals noch Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion – gegen die Ostpolitik von Bundeskanzlers Willy Brandt Front gemacht hatte, war er innerhalb der Sozialdemokratie einsam und isoliert. Parallelen zu seiner heutigen Lage in der CDU/CSU-Fraktion will der standfeste, in Ceylon geborene Schlesier aber auf keinen Fall akzeptieren. „In der Fraktion hat mich bisher keiner scharf angeguckt", versichert er mit Nachdruck.

Vor allem vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger fühlt sich Hupka gut behandelt. Kritische Bemerkungen des innerdeutschen Ministers Heinrich Windelen empfindet er als „freundschaftlichen Zuspruch".

In seinem unerschütterlichen Selbstvertrauen fühlt sich Hupka – der *nichts von einem* Fanatiker, *sondern* viel von einem humorvollen Plauderer an sich hat, wenngleich er *auch sehr ernst werden kann – durch* die fast 1000 Zuschriften bestärkt, die ihm nach seinem Eintreten für das *Motto* „Schlesien *bleibt unser*" zugeganen sind. Viele davon stammen von jungen Leuten, „die einfach sagen: *Gott sei Dank* ist endlich einmal über die deutsche Frage gesprochen worden. Wir leben an den deutschen Dingen vorbei. Wir sind zu oberflächlich. So kann man sich als Volk nicht benehmen."

Dieses neu aufgeflammte Interesse für die deutsche Frage, für die Oder-*Neiße-Gebiete und für das Nationale* schlechthin bildet für Hupka den positiven Aspekt der gegenwärtigen *Auseinandersetzung*. Doch welche Schlußfolgerungen zieht er daraus? Ist er wirklich der Demagoge und *Revanchist*, als den ihn nicht nur die osteuropäischen Medien, sondern auch seine einstigen sozialdemokratischen Genossen bezeichnen? Bohrt man im Gespräch tiefer, dann findet man davon keine Spur.

Hupka, dessen Mutter während der NS-Zeit im Konzentrationslager Theresienstadt inhaftiert war, leugnet keine Sekunde die von Deutschen an Polen, Russen, Juden und anderen *begangenen* Verbrechen. Für seine öffentlichen Hinweise darauf ist er nach seinen Worten innerhalb der Landsmannschaften niemals „geprügelt" worden. „Das sind ja keine Hornochsen." Doch gerade deshalb besteht er auf seinem Recht, das, was nach 1945 den Heimatvertriebenen angetan wurde, als Fortsetzung der Verbrechen, als Rache und Vergeltung zu kennzeichnen.

Diesen verhängnisvollen Kreislauf will Hupka auf keinen Fall fortsetzen. Sein völkerrechtlich und grundgesetzlich untermauertes Beharren darauf, daß die Oder-Neiße-Linie nicht die endgültige deutsch-polnische Grenze darstelle, bedeutet nicht, daß die heute in Schlesien, Pommern oder Ostpreußen wohnenden Polen von neuem vertrieben werden sollen. „Eine Vertreibung war bereits eine Vertreibung zuviel. Wer mit dem Gedanken der Vertreibung spielt, kann nicht ernstgenommen werden", betont der Unionspolitiker mit großem Nachdruck.

Eine dauerhafte Lösung stellt er sich im Rahmen eines „Europas der freien Vaterländer" vor, in dem nationale Grenzen keine zentrale Rolle mehr spielen. Bei der Erörterung darüber wird der sonst so nüchterne Hupka geradezu visionär: „Warum soll man nicht eines Tages in Breslau deutsch und polnisch sprechen können? Warum sollen wir uns nicht neue Formen des Miteinander und des Zusammenlebens vorstellen?" *Energisch bestreitet er jede Absicht*, die Grenzfrage einseitig auf Kosten des polnischen Volkes zu lösen. Das Problem seien die derzeit herrschenden und jede freie Regung unterdrückenden Kommunisten.

Mit seinen Vorstellungen – das versichert Hupka immer wieder – sieht *er sich in vollem Einklang mit* Helmut Kohl, dessen deutschlandpolitische Grundsätze er ebenso rühmt wie sein Auftreten gegenüber der sowjetischen Führung in Moskau.

Wie aber steht es mit dem Außenminister und FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher? Ihn will *Hupka keinesfalls daran hindern*, nach Warschau zu fahren. Im Gegenteil: Solche Gespräche hält der Schlesier für unumgänglich. Aber er fordert von Genscher, öffentlich mehr für die Menschenrechte und vor allem für die Deutschen in Polen einzutreten und die deutschen Rechtspositionen auch in der Grenzfrage zu vertreten. Dem FDP-Chef nimmt er übel, daß er pauschal eine „Handvoll Vertriebenenfunktionäre" beschuldigt hat, „mit der Friedenspolitik Schindluder zu treiben".

Aber Hupka will ausdrücklich „kein Öl ins Feuer gießen". Darum plädiert er für ein baldiges Gespräch der von Genscher angegriffenen „Funktionäre" mit dem Außenminister. Die gegenwärtige Diskussion „bis zu einer Koalitionskrise hochzuschaukeln" hält er für abwegig. Seinem abschließend verkündeten Rezept wird kaum jemand widersprechen können: „Wir brauchen in Bonn *mehr Gelassenheit. Denn ohne* sie können wir keine Politik treiben."

Entpuppt sich Leinens Ausstellung als Phantom?

Jo Leinen, ehemals Vorsitzender des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz", erhielt 1980 einen öffentlichen Zuschuß von 80 000 Mark für eine „Wanderausstellung Energiepolitik". Der Bundesrechnungshof fragt sich nun: Hat es eine solche Ausstellung überhaupt gegeben?

Von HEINZ HECK

Der Bundesrechnungshof verliert jetzt die Geduld. Am 6. Februar wollen die obersten Kassenprüfer der Nation ihre Akte Jo Leinen schließen, ganz gleich, was sie bis dahin herausgefunden haben. Seit dem 5. Dezember 1984, als der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages sie auf Initiative der Unionsabgeordneten damit beauftragte, versuchen sie, Licht in das Dunkel um die Verwendung öffentlicher Gelder *zu bringen, die 1980 und 1981 an Jo* Leinen geflossen sind.

Der Jurist Leinen (36), der im Falle eines *Wahlsiegs Lafontaines* an der Saar am 10. März Umweltminister werden soll, erweist sich dabei nicht als kooperationswillig, um es ganz vorsichtig auszudrücken. Leinen, bis vor kurzem Vorstand des „Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)" hatte bereits 1980 aus dem Titel „Bürgerdialog Kernenergie" des Forschungsministeriums (BMFT) einen Zuschuß von 80 000 Mark für eine „Wanderausstellung Energiepolitik" des BBU erhalten. Diese Zusage kam auf persönliche Intervention des damaligen Ministers Volker Hauff (SPD) zustande, nachdem die Experten seines Hauses die Austellung von vornherein als fachlich unzulänglich bezeichnet hatten.

Inzwischen läßt sich trotz oder gerade wegen der Recherchen der diskreten Kassenprüfer nicht einmal mehr mit letzter Sicherheit sagen, ob *die Ausstellung* überhaupt gewandert ist. Das wurde den staunenden Mitgliedern des Haushaltsausschusses kürzlich in einer Sitzung von den Prüfern des Bundesrechnungshofs eröffnet. So fehlen bisher jegliche Anhaltspunkte, die *normalerweise* für eine solche Veranstaltung sprechen, wie Zeitungsausschnitte mit Ankündigungen oder *Berichten*, Abrechnungen etwa über den Transport von Ausstellungsmaterial oder die Vorlage des Ausstellungsmaterials selbst.

Soviel scheint allerdings sicher: Das Jo Leinen Forschungsinstitut (was immer das ist) hat 28 500 Mark Honorar, also mehr als ein Drittel der 80 000 Mark, erhalten. Diese Zuwendung an den ehemaligen BBU-Vorstand hat auch der SPD-Abgeordnete Hans-Joachim Hoffmann (Saarbrük*ken)im Haushaltsausschuß* bestätigt, die Höhe des Honorars aber laut Sitzungsprotokoll mit dem Hinweis auf *die „dafür an sich vorgesehenen* 32 000 DM" herunterzuspielen versucht.

Ob die Frankfurter Kassenprüfer dem Haushaltsausschuß am 6. Februar Meldung machen können, daß es tatsächlich eine Wanderausstellung gegeben hat, ist im Moment völlig offen. Das dürfte auch von der Auskunftsbereitschaft Leinens abhängen. Nachdem dieser zunächst vereinbarte Termine unter Hinweis auf Weihnachtsurlaub und Wahlkampfverpflichtungen abgesagt hatte, ist es etwa Mitte Januar zu einem ersten Gespräch gekommen, das aber wenig Erhellendes zutage gefördert *hat. Jedenfalls konnte der* Rechnungshof seinem Auftrag, bis Mitte Januar seinen Prüfungsbericht abzuliefern, nicht nachkommen.

Immerhin lassen auch die betont zurückhaltenden Formulierungen in einem Zwischenbericht erkennen, daß den Prüfern einiges spanisch vorkommt. Das Bundesforschungs*ministerium hatte sich* bei der Wanderausstellung zu Hauffs Zeiten großzügig mit einem „vereinfachten Ver*wendungsnachweis" begnügt* „und auf die Vorlage der Einzelbelege zunächst verzichtet". Im Zwischenbericht heißt es dazu: „Wir halten es jedoch aufgrund unserer bisherigen Prüfungserkenntnisse – insbesondere nach der Einsicht in die einschlägigen Aktenvorgänge des BMFT – für erforderlich, die Belege im einzelnen zu prüfen." Geprüft wird ebenfalls noch die Verwendung von 25 000 Mark, die Leinen vom Hauff-Nachfolger Andreas von Bülow (SPD) 1981 für einen Essener Kohlekongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute erhalten hat.



Unbeantwortete Fragen: Jo Leinen
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Wenn bis zum 6. Februar keine *Klarheit herrscht*, wird der *neue* Amtschef, Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU), die Bundesgelder *zurückfordern* und *notfalls auch* gerichtliche Schritte einleiten müssen. Der zitierte SPD-Abgeordnete Hoffmann witterte im Ausschuß bereits „Vorverurteilung" mit Blick auf die Wahl im Saarland.

Unangenehm wird es auch für den Umweltschützer Hauff, der in Frankfurt sein Glück gegen Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) versucht. Denn am 10. März ist nicht nur Landtagswahl im Saarland, sondern auch Kommunalwahl in Hessen.

Ein Fernsehkanal nur für Spielfilme geplant

Abonnement soll 25 bis 30 Mark im Monat kosten

CLAUS LARASS, München

Das deutsche Fernsehspektrum soll noch in diesem Jahr um eine Variante reicher werden: Vermutlich im Spätsommer beginnt ein Spielfilm-Kanal per Abonnement.

Das neue Programm wird gleichzeitig dem österreichischen und Schweizer Fernsehzuschauer angeboten. Es soll auf Abonnementbasis pro Monat zwischen 25 und 30 Mark kosten. Etwa 180 Spielfilme, überwiegend die aktuelle Filmproduktion aus allen wichtigen Herstellungsländern, werden jährlich ins Programm aufgenommen, zu verschiedenen Sendezeiten mittags, nachmittags und abends angeboten und jeweils in verschiedenen Varianten wiederholt – je nach den Bedürfnissen der Zuschauer.

Der Name für den neuen Kanal steht noch nicht fest. Vorläufiger Arbeitstitel: „Tele-Club".

Die Initiative für dieses Projekt geht von drei deutschen Gruppen aus: dem Bertelsmann-Konzern, dem Axel Springer Verlag und der Münchner Beta-Taurus-Gruppe. Sie wollen den Kanal gemeinsam und zu gleichen Teilen starten.

Die Vereinbarung zwischen den drei Gruppen wurde gestern auf einer Pressekonferenz in München bekanntgegeben. Sie sieht nicht nur eine gemeinsame Programmgesellschaft, sondern auch eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft vor.

Die Programmgesellschaft wird unter Federführung der Beta-Taurus-Gruppe stehen. An ihr ist auch eine Beteiligung englischer und amerikanischer Gesellschafter vorgesehen. Aufgrund dieser Zusammensetzung entstehen keinerlei kartellrechtliche Probleme.

Die Vertriebsgesellschaft steht unter Federführung von Bertelsmann. Dafür steht die kartellrechtliche Genehmigung noch aus.

Für das Abonnement wird durch Direktvertrieb geworben. Die Verkaufsaktivitäten beginnen in einigen bestehenden Kabelnetzen, sie sind generell abhängig vom Fortschritt der Verkabelung. Rechtlich sind die Voraussetzungen für den Spielfilm-Kanal erst dort gegeben, wo Landesmediengesetze oder Vorschaltgesetze verabschiedet worden sind.

Auf der Pressekonferenz in München erklärte Bertelsmann-Vorstandsmitglied Manfred Lahnstein, der Film-Kanal sei inhaltlich klar abgegrenzt von den bisher bestehenden privaten und öffentlich-rechtlichen Programmen. Eine weitere Verflechtung der drei beteiligten Mediengruppen sei nicht vorgesehen. Das neue Projekt lasse sich nur unter Bündelung starker Kräfte und nur schrittweise durchsetzen.

Der Geschäftsführer Neue Medien des Axel Springer Verlages, Wolfgang Müller, wies ebenfalls auf den wirtschaftlichen Faktor des neuen Projektes hin: „Hier sind die auf nationaler Ebene engagierten Verlagshäuser angesprochen." Der Film-Kanal würde ausschließlich durch den Abo-Preis finanziert, es gebe also keinerlei Werbung.

Bodo Scriba von „Beta-Taurus" hofft, daß durch den neuen Spielfilm-Kanal die Filmkultur einen neuen Aufschwung erhält. Die Filmproduktionen seien heute so teuer geworden, daß sei allein durch den Absatz im Kino, über Video und die bisher bestehenden Fernsehprogramme nur noch schwer zu finanzieren seien.

Bangemann: FDP darf sich nicht verzetteln

Künftiger Parteichef sieht Anzeichen für Optimismus

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der künftige FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, ist optimistisch, daß die Freien Demokraten 1987 mindestens mit einem ähnlichen Ergebnis wie 1983 die Rückkehr in den Bundestag schaffen werden. Damals waren sie trotz der Bonner „Wende" auf sieben Prozent gekommen. Zuversichtlich äußerte er sich auch aufgrund von geheimen Umfragen zum Abschneiden der FDP bei den Wahlen in Berlin, im Saarland und Nordrhein-Westfalen. Ausdrücklich wandt er sich gegen Koalitionen mit der SPD. Für sie gebe es „derzeit keine gemeinsame Basis". Im übrigen habe die FDP „oft genug auf dem staatspolitischen Altar geblutet". Bangemann: „Das sollen jetzt mal andere machen."

Vor Journalisten meinte Bangemann gestern, eine Verbesserung des Zweitstimmen-Resultats bei den Bundestagswahlen auf neun bis zwölf Prozent sei zwar „ein ehrgeiziges Ziel, aber möglich". Dazu soll sich die FDP vor allem an drei Gruppen wenden: Ihre Stammwähler, die „Aussage-Wähler", die sie wegen ihres Programms befürworten und die „Funktionswähler", die gegen die Alleinregierung einer Partei sind. Außerdem sollen sich die Liberalen auf drei bis vier Schwerpunktthemen konzentrieren, die aus dem 1986 zu verabschiedenden Wahlprogramm hervorgehoben werden sollen. Sie dürften sich nicht „verzetteln".

So soll in der Außen- und Sicherheitspolitik die Fortsetzung der Ost- und Entspannungspolitik parallel mit dem Willen zur Reform der Beziehungen im Atlantischen Bündnis verdeutlicht werden. Denn es gehe um die Stärkung der Rolle der Europäer in der Nato und die Schaffung der europäischen politiischen Union.

Bei der Wirtschafts- und Umweltpolitik müsse die FDP versuchen, die „ökologische Marktwirtschaft" durchzusetzen. Unter anderem dazu sollen bereits auf dem Saarbrücker Parteitag mit dem „Liberalen Manifest" als Fortschreibung des Freiburger Programms, zu dessen „Vätern" er gehört, Beschlüsse gefaßt werden. Man könne „1984 nicht da weiter machen, wo wir 1971 aufgehört haben".

Die FPD soll dafür eintreten, daß nach 1987 der Spitzensteuersatz unter 50 Prozent gesenkt wird sowie steuerliche Privilegien für bestimmte Gruppen und Subventionen beseitigt werden. Es werde für sie „keine Standespolitik mit Schutzzäunen" geben. Abgebaut werden müsse aber Bürokratie, damit der einzelne mehr Freiraum zur wirtschaftlichen Entfaltung erhält. Zu den Plänen im Bereich der Rechts- und Gesellschaftspolitik gehörten neben einer Parlamentsreform die „Weiterentwicklung des Rechtsstaats". Er dürfe nicht zu einem „verrechtlichten Staat" werden.

Bangemann erwartet, daß es in der Wirtschafts- und Steuerpolitik Auseinandersetzungen mit dem „linken Flügel" der Union gibt. Aufgrund des Bündnisses mit der CDU/CSU und der von der FDP verfolgten Umweltpolitik sieht er – anders als in einer Koalition mit der SPD – gute Chancen, zu den Grünen abgewanderten Wähler zurückzuholen.

Nachrücklich appellierte Bangemann („Ich betrachte mich nicht als Retter der FDP.") an seine Partei, „die zerstörerische Selbstkritik zu beenden". Er, der stärker als Genscher auf „Teamarbeit" setzt, rief wegen der desolaten Parteikasse alle 72 000 Mitglieder auf, je 100 Mark zu spenden. Damit wäre die FDP bis auf weiteres über den Berg. Aufgrund der gegenwärtigen Situation könne die Bonner Parteizentrale „nur noch die Technik, nicht aber den Denkapparat" stellen. Hier müsse die Bundesfachausschüße stärker tätig werden.

Chancen für Zeitsoldaten

Mittelstand fördert Eingliederung von Reservisten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Um eine intensivere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bemüht sich die mittelständische Wirtschaft. Das Ziel ist, für ausscheidende Zeitsoldaten in diesem Wirtschaftsbereich Arbeitsplätze anzubieten und die in der Bundeswehr genossene berufliche Ausbildung dieser Gruppe nicht nur für Großunternehmen sondern künftig auch für mittelständische Betriebe nutzbar zu machen. Gleichzeitig ist dieser Wirtschaftszweig bestrebt, Aufträge aus dem Beschaffungsvolumen der Streitkräfte, das jährlich in die Milliarden geht, für sich zu buchen.

Eine vor einem Jahr von der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU gebildete Kommission, die der Bundestagsabgeordnete Bernd Wilz leitet, hat sich dieser Aufgabe verschrieben. Nach seinen Worten müssen der Mittelstand und die Streitkräfte grundsätzlich an einem guten Verhältnis zueinander interessiert sein, da beide auf ihre Weise – die Bundeswehr für die äußere Sicherheit, der Mittelstand für die Kräftigung der sozialen Marktwirtschaft – Garanten eines stabilen Staates sind. Zugunsten einer besseren Eingliederung ehemaliger Soldaten auf Zeit in das weitere Berufsleben läßt die Kommission gegenwärtig die Vergleichbarkeit der 6000 in der Bundeswehr erlernbaren Fähigkeiten für die rund 500 Berufe im kaufmännischen und industriellen Bereich erforschen.

Daraus soll sich eine ähnliche Praxis entwickeln wie heute längst bei den Handwerkskammern üblich, die die beim Militär erworbenen Kenntnisse von Zeitsoldaten überprüfen und entsprechend anerkennen.

Außerdem hat Wilz zufolge die Kommission an tausend Multiplikatoren im Mittelstand Broschüren über die Berufsförderungsmöglichkeiten von Soldaten versandt. Darüber hinaus läßt sie prüfen, ob es möglich ist, entsprechend dem amerikanischen Modell eine Arbeitgebergemeinschaft zur Förderung der Reservisten zu schaffen. Dahinter steht die Idee, in der Bundeswehr neue milizähnliche Einheiten zu schaffen, in denen Reservisten „Teilzeit-Dienst" tun.

Die Grünen residieren künftig in einem Schloß

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für den Preis von 1,4 Millionen Mark haben die Grünen in dem Bonn vorgelagerten Roisdorf ein 26 000 Quadratmeter großes Terrain gekauft, auf den die 1845 gebaute 30-Zimmer-Villa des Dombaumeisters Ernst Friedrich Zwirner steht, der den Kölner Dom im Auftrag der Hohenzollern im vorigen Jahrhundert zu Ende baute. Die Erwerbung, so Sprecher der Partei anläßlich der ersten Sitzung der Fraktion in dem zuletzt als Nervenklinik genutzten Gebäude, bedeute den Ausstieg aus dem „Kellerdasein" und ein „besseres Arbeitsangebot". Geplant ist, aus der Neuerwerbung den Sitz einer Parteistiftung zu machen, wie sie CDU, CSU, SPD und FDP auch schon besitzen.

Das „Haus Wittgenstein", das mit allem offensichtlich in den frühen fünfziger Jahren angeschafften Hausrat, Betten, Matratzen und der für Nervenkranke ausgelegten Hausordnung mit Anweisung für „Heilschlaf" und „Ruhigstellung" übernommen wurde, konnte nach Angaben von Grünen-Sprechern nur darum so preiswert eingekauft werden, weil der Konkurrent im Kampf um die Immobilie das Land Libyen und ein von seinem Staatschef Khadhafi ausgesandtes Team war. Die Leute in der „konservativen Gegend", so der Text bei der Vorstellung des „Haus Wittgenstein" für die Presse, hätten zwar auch bei der Nachricht, daß nunmehr die Grünen hier residieren würden, einen „gewissen Schock erlitten". Man wolle aber versuchen, durch Pflege des alten Parks und deren in klassizistischem Stil erbauter Villa Terrain wieder gut zu machen.

Über die vorgesehene Umtaufe des Hauses Wittgenstein wollten sich *Grünen-Sprecher* auf Befragen noch nicht äußern, fest stehe nur, daß es auf keinen Fall „Haus Petra Kelly" heißen werde. Die Erbengemeinschaft, aus deren Hand die Grünen das Anwesen nebst zwei zusätzlichen auf dem Parkgelände stehenden Häusern übernahmen, habe nur dafür gesorgt, daß das am Parktor angebrachte Schild der Nervenklinik nicht in die Hände des Nachbesitzers übergehe.

Bei den Verkaufsverhandlungen sei es eine Erleichterung gewesen, daß die mit der Übergabe beauftragte Miterbin Frau Angelika vom Hövel, geborene Freiin von Proff-Irnich-von Kesseler, sich als „den Grünen nahestehend" erwiesen habe.

Weitere Gebäude sind geplant

Um zu zeigen, daß es ihnen beim Kauf des „Hauses Wittgenstein" um eine langfristige Planung geht, haben die Grünen auch noch ein weiteres Gelände vor dem mit hohem grünen Eisengitter umfriedeten Park dazugekauft. Dies wurde mit der Absicht begründet, hier könne man noch „*weitere Gebäude*" errichten, wenn es einmal notwendig werden sollte. Das Ganze sei sowieso eine Sparmaßnahme, denn allein im letzten Jahr hätte man für Hotelkosten nach Bonn gekommener Partei- und Vorstandsmitglieder 400 000 Mark ausgeben müssen. Künftig sollten die rund 60 zur Zeit verfügbaren Betten von „Wittgenstein" zu solchen Übernachtungen genutzt werden. Es solle bewußt „keine Tagungsklitsche" hier entstehen, sondern ein „Ort für stille Arbeit".

Dies sieht auch die in den zum größten Teil reichlich abgewohnten und früher *mit unzureichenden Mitteln* teilrenovierten Räumen noch vorhandene „Hausordnung" der Nervenklinik vor, die „jedweden Alkoholgenuß" verbietet und mit jedem Satz auf absolute Ruhe drängt. Wörtlich heißt es hier: „Leider können wir um das Gemüt keinen Gipsverband legen." Die Patienten sollten andere Kranke mit ihren Sorgen nicht behelligen und „nicht mehr am Radio und am Fernsehen im Salon herumbasteln, als zur baldigen Zerstörung unerläßlich ist".

Mit Blick auf die Bundeshauptstadt

Neben diesem Salon und seinen ausgefransten Möbeln in Gelsenkirchener Barock befindet sich der Speisesaal der ehemaligen Klinik, der als größter Raum im Erdgeschoß mit Blick auf den Park über ein eilig gefülltes Wasserbecken hinweg den Blick in Richtung auf das rund acht Kilometer entfernte Bonn freigibt. Hier versammelten sich die der Bundestagsfraktion angehörenden Grünen am Dienstag zu einer Sitzung, die bis Mittwoch dauern soll und in der man unter anderem die juristischen Fragen um das von dieser Partei entworfene Rotationssystem für Abgeordnete besprechen will. Fraktionssprecher Lukas Beckmann: „Es wird so sein, daß die Rotation eben Teil des grünen Gewissens ist, und da der Abgeordnete gehalten ist, nach seinem Gewissen zu entscheiden, sehe ich keine Möglichkeit, ihn davon abzuhalten." Man wolle aber noch nicht sofort beschließen, sondern zunächst einmal „Meinungen sammeln". Das erste Arbeitspapier, das daraufhin im Speisesaal der Neuerwerbung an die Fraktion verteilt wird, trägt die Überschrift „Armut und Pflegenotstand".

Daß der Kölner Dombaumeister Zwirner ausgerechnet hier in Roisdorf seinen Alterssitz baute, der über dem Hauptportal noch sein Familienwappen und die Jahreszahl 1845 trägt, geht auf die Attraktion zurück, die diese Hänge in Richtung auf den Rhein hin seit kurfürstlicher Zeit für große Bauherren hatten. Die Gegend von Bornheim, zu dem Roisdorf jetzt gehört, wimmelt von Schlößchen und Palästen, die sich reiche Leute im Lauf der Jahrzehnte hierher setzten. Roisdorf hat einen Mineralbrunnen und hatte lange Zeit den Ehrgeiz, „ein zweites Spa" zu werden. Es blieb dann aber doch eine Ackerbürgergemeinde. Die Grünen besitzen in ihr jetzt insgesamt 38 bewohnbare Räume, zusätzlich noch Verschläge aller Art, in denen nach den Spuren auch *Patienten der Nervenklinik* untergebracht waren. Gleich neben der Halle gibt es einen etwas unheimlichen Behandlungsraum mit Bädern. Auf einigen Zimmern findet man als Wandschmuck Sprüche wie „Es geht mir jeden Tag und in jeder Hinsicht besser und besser".

Die SPD in Berlin einig: Kein Bündnis

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner Sozialdemokraten wollen – darin mit dem DGB der Stadt einig – nach der Wahl vom 10. März keine „hessischen Verhältnisse" herbeiführen. Führende Repräsentanten der rechten Mehrheit und linken Minderheit verständigten sich jetzt in seit November laufenden Gesprächen auf folgendes: Um die Partei vor einer „Zerreißprobe" zu bewahren, soll weder ein Bündnis mit der AL noch eine Große Koalition mit der CDU angestrebt werden, selbst wenn das Wahlergebnis dies zuließe.

Die SPD strebt statt dessen eine Duldung „unter Auflagen" eines CDU-Minderheitssenats unter Eberhard Diepgen an, *falls die FDP* – was auch die Union mehr und mehr annimmt – nicht den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schafft. Für diesen Fall soll entweder eine schriftliche Vereinbarung zwischen Verhandlungsdelegationen von SPD und CDU geschlossen oder auf andere Weise eine tragfähige Grundlage für den Fortgang der politischen Arbeit in der Stadt geschaffen werden. Eine neue Expertise der beiden SPD-Juristen Neumann und Körting erhärtete inzwischen die starke Verfassungsstellung des Senats, der nach dem 10. März nicht zurücktreten müsse, aber auf Duldung angewiesen sei.

Nach Informationen der WELT intensivierten sich die flügelübergreifenden Gespräche zwischen den SPD-Lagern im Spätherbst 1984. Federführend waren hierbei der frühere SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock; der auch von Befürwortern eines SPD-AL-Bündnisses unterstützte Gegenkandidat Hans Apels bei der Nominierung, Parlaments-Vizepräsident Alexander Longolius; Ex-Senator *Gerd Löffler* und *Ex-Fraktionschef* Klaus Riebschläger als beherrschende Figur der rechten SPD-Kreisvorsitzenden. Die Gespräche fanden jeweils im kleinsten Kreis statt und bildeten, im Gegensatz zu früheren SPD-Bräuchen, kein offenes linkes oder rechtes Plenum. Die Unterredungen führten zu folgenden strategischen Überlegungen:

– Eine Große Koalition helfe langfristig *nur der Union und schwäche die* SPD, der bei bestimmten politischen Punkten im Bündnis mit der Union die Spaltung drohe. Eine „Elefanten-Hochzeit" führe zudem dazu, daß die AL bei den Wahlen 1989 als einzige parlamentarische Opposition mit einem Stimmenanteil von 20 bis 25 Prozent rechnen könne.

– Ein rot-grünes Bündnis scheide nach dieser sich verfestigenden Ansicht aus mehreren Gründen aus: Die Alternativen hätten sich seit 1981 weder als politik- noch kooperationsfähig erwiesen; für Sozialdemokraten verbiete sich zudem, um die Gunst der AL zu buhlen.

Anfang Dezember schienen der Wortführer der Berliner SPD-Linken, Jürgen Egert, und die beiden SPD-Abgeordneten Wolfgang Nagel und Horst Kern in Richtung AL „auszubrechen", als sie die Unterstützer-Anzeige für ein rot-grünes Bündnis unterschrieben. Gegenüber dem SPD-Landesvorstand erklärte Egert dann, er habe zwar einen Diskussionsabend mit Otto Schily bestritten, dabei jedoch nur politische Übereinstimmungen und Abweichungen benannt.

Mit neuer Zuversicht blicken CDU und FDP dem 10. März entgegen

Von GEORG BAUER

Ist das Stimmungsbarometer im Saarland umgeschlagen? Das Tief, das die an der Saar regierende Koalition aus CDU und FDP im vergangenen Jahr über Monate durchlebte, als bittere Wahlschlappen die Atmosphäre bedrückten wie Regenschauer einen Betriebsausflug im Sommer, scheint vergessen. Das sich jetzt abzeichnende Hoch verhinderte vor allem eine lange Zeit frohlockende SPD-Opposition, die sich ihres Sieges bei den Landtagswahlen am 10. März sicher wähnte. Doch um die Saar-SPD ist es stiller geworden. Von der absoluten Mehrheit, wie sie der agile SPD-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine als Wahlziel formuliert hat, ist – wenn überhaupt – nur noch verhalten die Rede.

Hoffnung schöpft das CDU/FDP-Bündnis vor allem aus einer Umfrage der Gesellschafter des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung, deren Ergebnisse ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und FDP einerseits sowie SPD und Grünen andererseits prophezeien. Überraschend bei der Umfrage war, daß Werner Zeyer als Ministerpräsident in der Bevölkerung beliebter ist als sein Herausforderer Lafontaine. Solchermaßen beflügelt, konnte Zeyer auf dem jüngsten CDU-Parteitag Lafontaine in aggressivem Ton den Kampf ansagen.

Aggressiv – das Attribut trifft eigentlich auf den jüngeren Lafontaine zu. Doch der Zögling des bischöflichen Konvikts in Prüm scheint zur Zeit mit seinen Radikalforderungen – Austritt der Bundesrepublik aus der NATO – zurückzuhalten.

Hat Lafontaine in Verkennung des saarländischen Charakters mit seinem Sinn für die Werte Ruhe, Geborgenheit und Stetigkeit den Bogen überspannt? Zumindest in der Auswahl seiner Schattenminister bewies er nicht das rechte Geschick. Das trifft besonders auf den ehemaligen Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, zu, der das Amt des Umweltministers bekleiden soll. Das Murren gegen Leinen ist bis in SPD-Reihen zu vernehmen.

Vor allem vermissen die Saarländer an dem Bonner Parkett gewöhnten Nachwuchspolitiker das „Landsmannschaftliche". Er ist zwar im Saarland geboren, doch verstanden die Christdemokraten den Nerv der Bevölkerung zu treffen, als sie auf die Rolle Leinens im Zusammenhang mit der Großdemonstration in Brokdorf, bei der ein Polizist von zwei Demonstranten mit Spatenschlägen schwer verletzt worden war, zu sprechen kamen. *Der Polizist war Saarländer.*

Auch die Rechnung Lafontaines mit den Grünen scheint nicht aufzugehen. Leinen, der ihnen das Wasser abgraben und der SPD zur absoluten Mehrheit verhelfen soll, wird wohl kaum deren Einzug in den Landtag verhindern. Und auch an der Art und Weise ihrer zukünftigen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ließen die *Grünen keinen Zweifel.* Auf ihrem jüngsten Parteitag bestätigten sie noch einmal, eine Koalition – wie sie Lafontaine zur Conditio sine qua non erhoben hat, um die Grünen in die Verantwortung zu zwingen – komme nicht in Frage. Zur Tolerierung sei man hingegen bereit.

Landesbericht Saarland

Tolerierung – für Lafontaine, der das „Modell Hessen" angeblich vermeiden will, kam das Debakel seines Parteifreundes Holger Börner zum allerungünstigsten Zeitpunkt.

Die CDU/FDP-Koalition hingegen erhielt neuen Auftrieb. Sie wird im Wahlkampf keine Gelegenheit auslassen, darauf hinzuweisen, daß eine SPD-Minderheitsregierung, abhängig vom Wohlwollen der Grünen, die wirtschaftliche Krise des Saarlandes noch verstärken würde.

Tatsächlich sind die Probleme, mit denen sich Ministerpräsident Zeyer im vergangenen Jahr konfrontiert sah und die ihn auch, sollte er die Wahl gewinnen, 1985 begleiten werden, bedrückend. Da ist zum einen die hohe Arbeitslosigkeit, bei der das Saarland *im Ländervergleich mit etwas mehr* als 12 Prozent hinter Bremen den zweitschlechtesten Platz einnimmt. Und da ist, abgesehen von der Verschuldung des Landes, als Dauersorgenkind Arbed Saarstahl.

Doch damit nicht genug. Auch die Situation des Koalitionspartners machte Zeyer noch vor Jahresfrist wenig Hoffnung, seine Regierungszeit über den 10. März hinaus verlängern zu können. Die FDP unter dem damaligen Landesvorsitzenden Werner Klumpp bot ein Bild der Hilflosigkeit.

Klumpp trug mit seinem Rückzug aus der Politik (Verzicht auf eine erneute Kandidatur als Landesvorsitzender) dazu bei, die FDP dem Abgrund ein gutes Stück näherzubringen. Das tragikomische Stück, das die FDP mit ihrer verzweifelten Suche nach einem geeigneten Mann für das Wirtschaftsministerium vor den Augen einer mitleidig lächelnden saarländischen Öffentlichkeit aufführte, offenbarte, daß die Partei personell *am Ende war.*

Als Retter in der Not präsentierte die FDP dem Ministerpräsidenten in Absprache mit dem Bundesvorsitzenden Genscher den Karlsruher Bürgermeister Horst Rehberger. Er, so lautete wohl die Marschroute, sollte die nach Inhalten suchende Partei mit einer klaren Frontstellung gegen SPD und Grüne wieder auf Vordermann bringen.

Vorausgegangen waren für die Koalition deprimierende Kommunal- und Europa-Wahlen. Zum ersten Mal zeigte sich am 17. Juni die vom SPD-Bundesvorsitzenden Brandt beschworene Mehrheit links von Union und FDP. Mit 45,6 Prozent verwies die SPD bei den Gemeinderatswahlen die CDU (42,2 Prozent) deutlich auf den zweiten Platz. Und während die Grünen erstmalig im Saarland die *5-Prozent-Hürde nahmen, rutschte* die FDP unter die magische Marke.

Der Ministerpräsident griff, von der Partei seit langem gedrängt, noch vor der parlamentarischen Sommerpause zum Instrument der Kabinettsumbildung. Angesichts der Volksweisheit „Neue Besen kehren gut" lautete sein Argument: Mit neuen Leuten komme neuer Schwung in die Landespolitik. Und was zu Anfang den Anschein politischen Aktionismus hatte, die SPD-Opposition kommentierte die Umbesetzung als einen „Akt der politischen Verzweiflung, geboren aus nackter Angst", scheint sich zumindest nicht negativ auszuwirken.

Strauß: Cocom-Liste beachten

AFP, Paris

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, Franz Josef Strauß, hat in Paris betont, der Technologietransfer des Westens nach dem Ostblock müsse „unter Kontrolle bleiben".

In einem Vortrag vor dem „Executive-Club", einer Studiengesellschaft von *Wirtschaftsexperten und Industrievertretern*, meinte Strauß unter Hinweis auf die Kontrolliste für die Ausfuhr strategischer Güter (Cocom), in den USA dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß bei den Verbündeten die „Technologie-Exportkontrollen" nicht zuverlässig eingehalten werden. „Dann würden wir zusätzlich Gefahr laufen, künftig von innerwestlichem Techniktransfer mit den USA abgeschnitten zu *werden*", sagte Strauß.

Diepgen bleibt bei Auftritt mit Hupka

hrk. Berlin

Der Regierende Bürgermeister und Berliner CDU-Landeschef, Eberhard Diepgen, hält daran fest, am 8. Februar gemeinsam mit dem Vorsitzenden der schlesischen Landsmannschaft, Herbert Hupka, auf einer Veranstaltung zu sprechen. Diepgen lehnt es ab, einer Forderung der AL *zu entsprechen* und seine Teilnahme abzusagen.

Senatssprecher Winfried Fest teilte mit, Veranstalter der Versammlung sei die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung" innerhalb der Union. Gastgeber sei nicht die Landsmannschaft der Schlesier. Die Veranstaltung wende sich besonders an Aussiedler aus Polen und Übersiedler aus Ost-Berlin und der „DDR". Hupka werde dort in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der Vereinigung sprechen.

Zimmermann für Umwelt-Lkw

AP, München

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat noch für dieses Jahr gesetzliche Bestimmungen für umweltfreundliche Lastwagen angekündigt. Vor Journalisten in München sagte der CSU-Politiker, es gehe dabei um den Lärm und um die Dieselabgase. Die Geräuschminderung bei Lastwagen durch Kapselung des Motors halte er heute schon für machbar, bei vertretbaren Kosten und mit „erstaunlichem Erfolg".

Anders sehe es bei den Abgasen aus. Die Verminderung des Rußausstoßes aus dem Dieselmotor sei technisch noch nicht bewältigt. Wahrscheinlich werde sich eine Nachverbrennung der Abgase als Lösung *anbieten. Die Industrie forsche intensiv* auf diesem Gebiet.

Axel Springer bleibt in Berlin

ms. Berlin

Der Berliner Verleger Axel Springer hat keinerlei Absichten, seinen Berliner Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen. Mit dieser Erklärung ist der Bevollmächtigte des Verlegers, Bernhard Servatius, gestern entsprechenden Gerüchten entgegengetreten. Sie waren entstanden, nachdem in zufälliger Zeitgleichheit Verhandlungen mit dem kantonalen Finanzdepartment von Graubünden wegen der Errichtung einer Stiftung mit dem immer noch ungeklärten Entführungsfall *seines Enkels Axel* Sven Springer zusammenfielen.

Bernhard Servatius stellte klar: „Axel Springer hatte bereits im Herbst 1984 in Graubünden Verhandlungen zur Gründung einer Axel und Friede Springer-Stiftung aufgenommen. Diese Stiftung, die mit 250 000 Schweizer Franken dotiert ist, soll humanitären Zwecken dienen. Axel Springer hat im Kanton Graubünden *lediglich ein Feriendomizil.*" Ebenso wie die Regierung von Graubünden betonte Servatius, daß „die Vorgänge um den Springer-Enkel und ihre Verfolgung durch die schweizerischen und deutschen Polizeibehörden in *keinerlei Zusammenhang* mit der Gründung der Stiftung" stünden.

„DDR" signalisiert Interesse an Genf

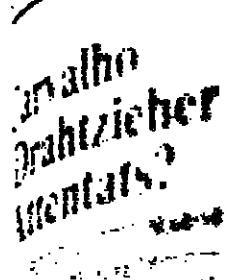
hrk. Berlin

Nur wenige Tage nach dem Abdruck eines Kommentars, der die Forderung nach einem Raketen-Stationierungsstopp „auf beiden Seiten" enthielt, hat Ost-Berlin abermals sein dringendes Interesse an einer baldigen Übereinkunft der Supermächte in Genf betont. Das SED-Blatt „Neues Deutschland" strich gestern als „positiv" heraus, daß sich die USA und UdSSR vor allem über die „Zielstellung" geeinigt hätten, sämtliche Atomwaffen abzuschaffen.

Offenbar um Vorbehalte vieler SED-Funktionäre gegen die neue Entwicklung zu zerstreuen, schreibt das Partei-Organ: „Es ist daher nicht verwunderlich, daß es hinsichtlich der Haltung Washingtons zur Verwirklichung der in der gemeinsamen Erklärung formulierten Zielstellung in der Welt nicht wenige skeptische Stimmen gibt."

Es sei sicherlich auch angebracht, „die Dinge nüchtern zu betrachten und dabei auch die Erfahrungen der Vergangenheit nicht außer acht zu lassen". Die internationale Lage gebe „weiter Anlaß zu ernster Sorge". Andererseits wachse jedoch der Einfluß der „Kräfte des Friedens, die den Kampf gegen die Politik der Konfrontation und Hochrüstung führen". Dieser Umstand habe „nicht zuletzt" auch in der Erklärung der beiden Außenminister Gromyko und Shultz ihren *Niederschlag gefunden.*

Das Interesse der „DDR"-Führung an den Gesprächen kommt in der Passage zum Ausdruck, die die mögliche Entwicklung nach einer Einigung beschreibt: „Die Überzeugung wird bestärkt, daß es möglich ist, nicht nur eine Wende vom Wettrüsten zur Abrüstung, von der Konfrontation zur Zusammenarbeit einzuleiten, sondern schließlich auch die nuklearen Massenvernichtungswaffen gänzlich abzuschaffen."



Dem ANZUS-Pakt steht ernste Krise ins Haus

USA bestehen auf Besuchserlaubnis ihrer Kriegsschiffe

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Der ANZUS-Pakt – das Militärbündnis zwischen Australien, Neuseeland und den USA – ist einer Zerreißprobe ausgesetzt. Seit Neuseeland Mitte letzten Jahres verkündete, daß es keine Besuche atomar betriebener oder atomar bewaffneter Kriegsschiffe mehr zulassen werde, war abzusehen, daß die USA diese Beschränkung ihres Bewegungsspielraums nicht hinnehmen würden.

Der offizielle Antrag der USA auf Besuchserlaubnis für ein Kriegsschiff im Anschluß an die geplanten Seemanöver im März enthält keinen Hinweis darauf, welches Schiff gemeint ist und ob es Kernwaffen an Bord hat. Darüber geben die Amerikaner ihren Verbündeten grundsätzlich keine Auskunft. In Neuseeland vermutet man, daß es sich um einen Zerstörer der Charles F. Adams-Klasse handelt, die mit Harpoon-Raketen ausgerüstet sind. Diese Raketen können mit konventionellen oder mit atomaren Sprengköpfen verwendet werden.

Die unerwünschte Besuchsanmeldung hat die regierende neuseeländische Labour-Party dazu veranlaßt, ihre anti-atomare Politik zu bekräftigen. Sie ist der einzige Teil des Labour-Programms, der noch von der überwältigenden Mehrheit der neuseeländischen Bevölkerung getragen wird. 75 Prozent der Neuseeländer wollen keine Atomwaffen im Lande – und Premierminister Lange hat wirtschaftlich und innenpolitisch an Popularität eingebüßt, seit er vor einem halben Jahr an die Regierung kam. Er und die Labour-Party stekken jetzt in der Zwickmühle. Sie müssen entweder weiter an Glaubwürdigkeit verlieren oder für Neuseeland auf den Schutz der Bündnispartner verzichten.

In dieser Schärfe entspricht die Konfrontation weder den Interessen Neuseelands noch denen der USA. Die ehemalige britische „Farm im Südpazifik" war stets ein zuverlässiger Bündnispartner der freien Welt. Die drei Millionen Neuseeländer und ihre Regierung sind pro-westlich und pro-amerikanisch. Daß sie den ANZUS-Pakt in einer atomwaffenfreien Zone fortsetzen wollen, mag von der nördlichen Halbkugel her gesehen unrealistisch erscheinen, ändert aber nichts an ihrer grundsätzlichen Bündnistreue. Wenn die USA dagegen ihre ganz auf Atomwaffen begründete Strategie mit diplomatischem Druck durchsetzen, wird die innenpolitische Konfrontation in Neuseeland gefördert und damit in erster Linie die Linke gestärkt.

Daß die USA Neuseeland gerade jetzt – und nicht erst im Juli, wenn die nächste ANZUS-Konferenz stattfindet – auf die Probe stellen, hat einen eindeutigen Grund. Die amerikanische Pazifik-Politik befindet sich nämlich selbst in einer Zwickmühle. Wenn Neuseeland das Recht eingeräumt wird, atomar betriebenen oder mit Kernwaffen ausgerüsteten Schiffen seines mächtigen Bündnispartners den Zugang zu eigenen Häfen zu verweigern, dann werden andere Verbündete der USA das gleiche Recht beanspruchen.

Die amerikanische Besuchsanmeldung folgte unmittelbar auf die Gespräche zwischen Japans Ministerpräsident Nakasone und Neuseelands Regierungschef Lange in Auckland, bei denen gemeinsame Sorgen über die Gefahren des atomaren Wettrüstens zur Sprache kamen. Japan gewährt mit Kernwaffen ausgerüsteten Schiffen theoretisch kein Besuchsrecht – dies ist sogar in der Verfassung vorgeschrieben –, aber in der Praxis erklärt die japanische Regierung in jedem Falle, daß keine Atomwaffen an Bord der Schiffe in japanischen Gewässern sind. Ein solcher Ausweg kommt für Neuseeland nicht in Frage.

In Australien hat Premierminister Bob Hawke eingeschränkte Besuchsrechte für Schiffe des amerikanischen Bündnispartners durchsetzen können – aber eine starke Fraktion seiner Labour-Party sympathisiert mit der Haltung Neuseelands. Sie würde sich in jedem Falle durchsetzen, wenn die USA jetzt zurückwichen und sich auf die Forderung Ministerpräsident Langes nach einem atomwaffenfreien Neuseeland einlassen würden. Australiens Premierminister Hawke, der die atomwaffenfreie Zone im Südpazifik nur als langfristiges Ziel vertritt, hat in einem persönlichen Schreiben an seinen neuseeländischen Kollegen versucht zu vermitteln. Es ist aufschlußreich, daß er seinen Brief weder mit dem Kabinett noch mit der Partei absprach.

188 britische Unterhaus-Abgeordnete fordern die Aufkündigung von Jalta

„Abkommen wurde von der Sowjetunion mißbraucht" / Zurück zur Selbstbestimmung

REINER GATERMANN, London

Im britischen Unterhaus liegt seit Montag dieser Woche eine Liste aus, in der sich alle Abgeordnete eintragen können, die einen an die Regierung gerichteten Vorschlag unterstützen, wonach sich Großbritannien weigern soll, „die Aufteilung Europas in Interessenssphären zu akzeptieren und erneut das Recht der Völker in Zentral- und Osteuropa auf echte Selbstbestimmung zu bestätigen". Am Dienstagnachmittag lagen die Unterschriften von 188 der 650 Mitglieder des Unterhauses vor, darunter die des Enkels von Sir Winston Churchill.

Den Initiatoren dieses Begehrens, darunter der konservative Abgeordnete Sir Peter Emery stellen fest, daß das Abkommen von Jalta, in denen die vier Siegermächte einvernehmlich die Zukunft von Europa im Sinne des Selbstbestimmungsrechtsvereinbarten„von Stalin und der Sowjetunion mißbraucht" worden sei und es jetzt zur 40. Wiederkehr des Jahrestages der Unterzeichnung des Jalta-Vertrages (am 11. Februar) für Großbritannien an der Zeit sei, sich von dem Abkommen zu distanzieren.

In der Erklärung heißt es weiter, die Teilnehmer der Jalta-Konferenz seien von der Voraussetzung ausgegangen, daß die von den Siegermächte beschlossene territoriale und politische Neuordnung Europas auf der selbstverständlichen Basis des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts und einer demokratischen Rechtsordnung für alle Länder geschehe. Davon seien zumindest die westlichen Siegermächte ausgegangen. Stalin und seine Nachfolger hätten jedoch teilweise unter Einsatz militärischer Mittel in verschiedener Hinsicht die Vereinbarung von Jalta gebrochen und gegen die Menschenrechte verstoßen.

Die von Abgeordneten aller Parteien unterzeichnete Aufforderung wird nun noch einige Zeit im Unterhaus zur Unterschrift ausliegen und es bleibt dann der Regierung überlassen, zu entscheiden, in welcher Form sie darauf reagiert. Normalerweise bedarf es zu ihrer Aktivierung eines erheblichen politischen Druckes, der – so lehrt die Erfahrung – dann entsteht, wenn das Kabinett in dem Ansinnen entweder ein Eigeninteresse sieht, es aufzugreifen oder wenn es von ungefähr 500 Abgeordneten unterstützt wird.



Er unterzeichnete das Begehren: Winston Spencer Churchill, Enkel des damaligen Premiers
FOTO:CAMERA PRESS

Pentagon-Budget: „Kürzung riskant"

DW. Washington

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat in einer Fernsehrede an die Bürger – ein für ein amerikanisches Regierungsmitglied ungewöhnliches Mittel – vor Streichungen im Verteidigungshaushalt gewarnt: Jede größere Kürzung des 313,7 Milliarden Dollar betragenden Pentagon-Budgets würde nicht nur die Position der USA bei den Abrüstungsgesprächen mit Moskau schwächen, sondern auch viele Arbeitsplätze vernichten. Jede Milliarde Dollar, die man aus dem Verteidigungsetat streiche, würde rund 35 000 Arbeitnehmer ihren Job kosten, sagte Weinberger. Die Rüstungsausgaben von nahezu zwei Billionen Dollar in den ersten fünf Jahren der Amtszeit Reagans seien erforderlich, um die militärische Stärke der USA angesichts der andauernden Aufrüstung der Sowjetunion wiederherzustellen.

Truppenaufmarsch in Afghanistan

dpa, Islamabad

Die Sowjetunion bereitet offenbar einen neuen Großangriff gegen Stellungen afghanischer Widerstandskämpfer im strategisch wichtigen Pandschirtal vor. Diplomatische Kreise in Islamabad und Neu-Delhi berichteten gestern, ein langer sowjetischer Militärkonvoi mit schweren Waffen sei auf dem Weg zum Pandschir-Tal gesichtet worden. Aus Kabul habe sich ein weiteres sowjetisches Truppenkontingent von rund 3000 Mann in Marsch gesetzt.

Nach Berichten der Widerstandskämpfer haben die Mudschahedin bei Angriffen auf feindliche Stellungen in der Schomali-Region am vergangenen Freitag 150 sowjetische Soldaten getötet und einen Hubschrauber abgeschossen. In den meisten Teilen Afghanistans behinderten Schneefälle die Aktivitäten der Freiheitskämpfer.

Skepsis gegenüber Vorschlag Moskaus

DW. Stockholm

Mit Zurückhaltung hat die westliche Seite auf den Entwurf eines Vertrages über gegenseitigen Gewaltverzicht reagiert, den die Sowjetunion gestern der Europäischen Abrüstungskonferenz in Stockholm vorlegte. Als wichtigste Bestimmung stellte der sowjetische Delegationsleiter Oleg Grynjewski die Verpflichtung heraus, daß kein Staat als erster nukleare und konventionelle Waffen anwendet. Der US-Chefdelegierte James Goodby sagte, der Westen sei zur Bestätigung des Gewaltverzichts bereit, aber nicht in Vertragsform. Dies entspreche nicht der Tradition der KSZE. Für die Bundesrepublik Deutschland erklärte Delegationsleiter Klaus Citron, der Entwurf sage nichts über den Verzicht auf die Androhung von Gewalt, enthalte also nicht die weitergehende Verpflichtung der UN-Charta.

Machtverschiebung in Syriens Baath-Partei

Rifaat geschwächt / Damaskus unterstützt jetzt Polisario

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Machtverhältnisse in Syrien gehören für das westliche Publikum zu den unausgeleuchteten Ecken der nahöstlichen Szenerie. Auch der zweiwöchige Regionalkongreß der regierenden Baath-Partei (prosowjetisch, marxistisch, panarabisch) hat vordergründig nicht viel Erhellendes für die interessierten Beobachter beigetragen. Einige Ereignisse im Vorfeld sowie einige Personalveränderungen in der Folge des Kongresses aber lassen darauf schließen, daß der Einfluß des Präsidentenbruders Rifaat Assad beträchtlich gesunken ist, und zwar zugunsten eines Sohnes von Präsident Assad und des sunnitischen Verteidigungsministers Tlass. Gleichzeitig scheint Syrien mehr Aufgaben im Sinne der sowjetischen Außenpolitik, nicht nur in Nahost, zu übernehmen.

Mitte November war Rifaat Assad aus seinem Schweizer Exil heimgekehrt. Er wurde freudig von seinen alten Freunden begrüßt. Damaskus hallte wider von Maschinengewehrsalven und Rifaats Stern schien stärker zu leuchten als je zuvor. Aber je näher der Kongreß der von seinem Bruder dominierten Regierungspartei rückte, umso stiller wurde es um ihn. Ein Freund nach dem anderen verlor bei den Delegiertenwahlen zu dem Kongreß das Mandat, so daß die Rifaat-Fraktion schließlich nur mit einer arg geschrumpften Minderheit auf dem Kongreß erschien. Zwar wurde Rifaat sowohl ins Regionalkommando als auch ins Zentralkomitee der Partei wiedergewählt, viele seiner Anhänger indes verloren ihre einflußreichen Ämter in der Parteiführung. An ihre Stelle traten hohe Militärs, die zur Fraktion von Tlass gerechnet werden können.

Im engsten Führungszirkel der Partei kann Rifaat künftig nur noch mit drei, möglicherweise sogar nur noch mit zwei der sieben Stimmen rechnen. Seine eigene Position ist nicht direkt gefährdet. Er ist jetzt aber machtpolitisch dem 22jährigen Präsidentensohn und Neffen, Bassel, gleichgestellt, dessen politische Karriere innerhalb der Partei vom Präsidentenvater stark gefördert wird.

Hinter dem parteipolitischen Manöver stand offensichtlich der Bruder Rifaats, Präsident Assad, der auf dem Kongreß als Generalsekretär und Vorsitzender der Partei bestätigt wurde. Auf die Drohung Rifaats, wieder nach Genf ins Exil zu gehen, wurde ihm aus dem Präsidentenpalast bedeutet, dies sei nicht mehr möglich. Als für Sicherheitsfragen zuständiger Vizepräsident könne er seinen Aufgaben nur in Syrien, nicht aber vom Ausland aus nachkommen. Außerdem würde seine Abwesenheit das interne politische Gleichgewicht in Syrien gefährden.

Zu den ersten Gratulanten für die „Wiederwahl" Präsident Assads zum Parteivorsitzenden gehörte der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur TASS brachte der Kremlchef seine „Befriedigung" über die „erfolgreiche Entwicklung" der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum Ausdruck. Wie die WELT zusätzlich aus zuverlässiger Quelle in Beirut erfährt, soll Assad zur Zeit von sowjetischen Ärzten behandelt werden. Sein Gesundheitszustand sei wieder bedenklicher. Als Gegengabe für die medizinischen und militärischen Dienstleistungen Moskaus soll Damaskus jetzt weitergehende Aufgaben in der arabischen Welt übernehmen. In diesem Sinn hat Syrien seine Beziehungen zu Algerien intensiviert, um die Ablehnungsfront zu aktivieren aber vor allem um die prosowjetische Polisario-Front militärisch zu unterstützen. Führende Untergrundkämpfer der Polisario werden zur Zeit in syrischen Militärcamps ausgebildet. Außerdem hat die Polisario sowjetische Luftabwehrraketen vom Typ SAM-7 erhalten, mit denen bei den jüngsten Kämpfen in der West-Sahara ein marokkanisches Kampfflugzeug vom Typ F-1 abgeschossen wurde. Das geschah bei Wadi Tenuechad, etwa acht Kilometer von der algerischen Grenze entfernt.

Die syrische Führung steht in enger Abstimmung mit Algerien in ständigem Kontakt mit der Polisario. So traf der syrische Vizepräsident Khaddam am 4. November vergangenen Jahres zu einem Blitzbesuch in Algier ein, bei dem er auch mit dem Generalsekretär der Polisario, Abdul Aziz, ein längeres Gespräch führte, obwohl Abdul Aziz gerade erst einen Monat vorher Damaskus besucht hatte. Seither sollen alle zwei bis drei Wochen Polisario-Kämpfer zur Ausbildung in Syrien eintreffen.

Ist Carvalho der Drahtzieher des Attentats?

ROLF GÖRTZ, Madrid

In der Nacht zum Montag beschossen Terroristen im Hafen von Lissabon drei Fregatten eines NATO-Geschwaders: „Ich sah es blitzen, hörte *das Rauschen von Werfergranaten* – der Einschlag lag weit ab. Dasselbe dreimal." Das meldete der Posten am Fallreep der britischen Fregatte „Arethusa" um drei *Uhr* morgens seinem Kommandanten, der gab erhöhte Alarmbereitschaft für die drei Fregatten seiner Halbflottille – zu der neben seinem Schiff eine norwegische und eine niederländische Fregatte gehörten.

Die Polizei ermittelte: Aus der Richtung des Rote-Kreuz-Palastes über dem Hafen von Lissabon feuerten Unbekannte mit einem Granatwerfer. drei Geschosse auf drei Fregatten eines im Hafen liegenden NATO-Geschwaders. Ohne Schaden anzurichten, schlugen sie etwa 200 Meter vor den an der Pier im Strom liegenden Schiffen in ein leeres Hafenbecken.

Programmgemäß ließ daher der *Kommodore* des NATO-Geschwaders, Kapitän zur See Klaus Schwab, um neun Uhr vormittags vom deutschen Zerstörer „Hamburg" das *Signal zum* Auslaufen des Verbandes geben. Die Schiffe hatten das Wochenende über in Lissabon „Landurlaub" für die Besatzungen.

Die portugiesische *Polizei* nimmt als sicher an, daß die linksextreme Terroristengruppe „Volkskräfte des 25. April" das Attentat verübt hat. Anführer soll – so lautet die offizielle Version der Regierung – der Organisator und Galionsfigur der Revolution der Roten Nelken vom 25. April 1974, Oberstleutnant Othelo Carvalho, sein. Auf das Konto seiner „FP 25" gehen zwei ganz ähnliche Anschläge vom November vergangenen Jahres. Dabei wurden am 25. November – dem Jahrestag des Aufstandes zweier roter Regimenter in Madrid – vier Werfergranaten auf die US-Botschaft abgefeuert, wobei drei Autos beschädigt wurden. Kurz darauf krachte es vor der NATO-Kommandozentrale Coimberlant. Ein Wagen ging in Trümmer. Der Terrororganisation, der außerdem mehrere Banküberfälle und Morde vorgeworfen werden, gehören unter anderem ehemalige Soldaten an. Sie wollen die demokratischen Institutionen stürzen und das kommunistische *Militärregime von 1974/75 wiedererrichten.* (SAD)

*

Bei einem Bombenanschlag ist gestern in der nordportugiesischen Stadt Vila Real der bekannte Auto-Rennfahrer Sidonio Cabanelas (30) ums Leben gekommen. Der Anschlag richtete sich gegen ein Busunternehmen, dessen Teilhaber und Geschäftsführer Cabanelas war. Ein Angestellter wurde schwer verletzt. Der Täter erklärte beim Eindringen in die Firma, er sei Mitglied der Terrororganisation „Volkskräfte des 25. April" (FP 25).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Athener Planspiele gegen Bonn

Hintergründe eines griechischen NATO-Eklats / Eine Beschwerde wird zum Bumerang

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Ein Eklat im NATO-Defense-College in Rom, ausgelöst von der griechischen Regierung von Ministerpräsident Andreas Papandreou, beschäftigt NATO-Militärkreise in Brüssel. Die Griechen führten Beschwerde über ein Planspiel an der NATO-Verteidigungsakademie, die seit dem 1. Juli 1984 von dem in der Bundeswehr hochgeachteten Generalleutnant Franz Uhle-Wettler geführt wird. Dabei ließen sie aber vollends außer acht, daß das von ihnen beanstandete Planspiel *zu voller Blüte gereift* war, als der griechische Generalleutnant Kotsolakes, der Vorgänger Uhle-Wettlers, Kommandant des Defense-*Colleges* war. Davon *war jedoch in* der Beschwerde Griechenlands keine Rede.

Ausgangspunkt der Klage aus Athen, die der griechische Generalstabschef, General Kouris, beim Vorsitzenden des NATO-Militärkomitees in Brüssel, dem niederländischen Viersterne-General Cornelius de Jager, einreichte, war ein Planspiel, das der ameriaknische Professor R. Fisher von der Harvard-Universität vor sechs Jahren für die NATO-Akademie entwickelt hatte. Professor Fisher liest am NATO Defense College über Krisenmanagement. In einem 50 Seiten umfassenden Drehbuch zum Planspiel befanden sich drei Zeilen, die von einem Militärputsch in Griechenland ausgingen.

Als das Planspiel, das mit fortschreitender *Zeit dynamisch* weiterentwickelt wird, im November 1984 wieder durrchgespielt wurde, machten griechische Lehrgangsteilnehmer einen schriftlichen Änderungsantrag, in dem sie darauf hinwiesen, daß die Unterstellung eines Militärputsches in Griechenland nicht mehr zeitgemäß sei. Der Antrag ging an General Uhle-Wettler, einen promovierten Historiker. Uhle-Wettler gab dem Antrag statt und ließ die beanstandete Stelle des Drehbuchs ändern.

Im Januar wurde der Vorgang in entstellter Form von griechischen Zeitungen hochgespielt und dem deutschen General die Schuld zugewiesen, die Unterstellung eines griechischen Militärputsches zugelassen zu haben. Von Uhle-Wettlers griechischem Vorgänger, der jahrelang die beanstandete Stelle durchgehen ließ, wurde in den Athener Meldungen nicht gesprochen. Daß der deutsche General handelte, nachdem ihm der Vorgang zur Kenntnis gebracht worden war, blieb unerwähnt. Nach Brüsseler Ansicht benutzten die griechischen Zeitungen die Geschichte, um Stimmung gegen einen General der Bundeswehr und die NATO machen zu können.

General de Jager hat dem Vernehmen nach das Beschwerdeschreiben des griechischen Generalstabschefs in einer Antwort erläutert und versichert, der Vorgang werde sich nicht wiederholen. Eine Entschuldigung wurde dem sicheren Vernehmen nach nicht nach Athen geschickt, schon um den griechischen Generalleutnant Kotsolakes zu schonen, dem in dreijähriger Amtszeit in Rom nichts Unpassendes an dem Planspiel aufgefallen war. Kotsolakes war übrigens zum Kommandanten des NATO Defense College ernannt worden, weil Griechenland damals wieder in die militärische Integration des Bündnisses zurückgekehrt war. Er übernahm die Stelle, die vorher von General Günter Kießling besetzt werden sollte. Da das nicht klappte, wurde Kießling vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt zum militärischen Oberkommando der NATO Shape geschickt.

Inzwischen hat die griechische Regierung drei Lehrgangsteilnehmer und einen griechischen Faculty Advisor (Fachberater) vom Defense College abgezogen. Sie sollen nicht ersetzt werden. Der SPD-Europaabgeordnete Gerd Walter verlangte in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Wörner, Generalleutnant Uhle-Wettler müsse wegen des Vorfalls abgelöst werden. Ihm standen offenbar nur griechische Quellen zur Verfügung. (SAD)

Generation der moderaten Männer

Brasiliens Kirche bewegt sich wieder zur Mitte / Roms wirkungsvolle Schlüsselfiguren

WERNER THOMAS, São Paulo

Der sechste Lateinamerika-Besuch des Papstes in sechs Jahren wird von den brasilianischen Medien aufmerksam verfolgt. Der Reisende will, wie es heißt, gelegentlich zur Befreiungstheologie Stellung nehmen. Seine Worte sollen auch dem größten katholischen Land der Welt gelten: Brasilien. Diese 130 Millionen Menschen zählende Nation mit sechs Kardinälen und zweihundert Bischöfen, war bisher das weiteste Experimentierfeld der linken Volkskirche gewesen. Zwei Kardinäle, Paulo Evaristo Arns (São Paulo) und Aloisio Lorscheider (Fortaleza), unterstützen offen deren Apostel, zum Beispiel den Franziska*nermönch Leonardo* Boff.

Boff, deutschstämmig wie viele brasilianische Geistliche, beherrscht seither die Schlagzeilen. In der allgemeinen *Aufregung um den* gesprächsfreudigen Pater, den Kardinal Ratzinger einen „Showman" nannte, ging jedoch eine wichtigere Entwicklung unter: Der Vatikan hat längst Kurskorrekturen vorgenommen. Die Kirche in Brasilien bewegt sich wieder zur Mitte. „Moderado" heißt die Parole Roms, moderat.

Spürbarer Wandel

Strategisch geplante Personalentscheidungen haben die Veränderungen bewirkt. Den allzu progressiven – oder linksliberalen – Kirchenführern wurden konservativer ausgerichtete Hilfsbischöfe zur Seite gestellt. So kommt es, daß Decio Pereira (44), und Boaventura Kloppenburg (64), heute Schlüssel*rollen spielen, obgleich ihre* Namen international kaum bekannt sind.

Pereira dient Kardinal Arns als Stellvertreter. Er ist einer von drei in den letzten fünf Jahren ernannten Hilfsbischöfen, die alle zum moderaten oder konservativen Lager gehören. Die Gruppe der zehn Hilfsbischöfe des Kardinals zählt nun fünf progressive und fünf moderate Geistliche. Pereira ist der wichtigste von allen. Der Sohn einer armen Arbeiterfamilie aus São Paulo, dessen Eltern früh starben, wird wahrscheinlich einmal Arns Nachfolger werden und damit die größte Erzdiözese Brasiliens – fast sechzig Bischöfe – übernehmen. Er führt bereits die Amtsgeschäfte des 63jährigen Kardinals, der an den Anfangserscheinungen der Parkinsonschen Krankheit leidet. Das Personal spürt schon einen Klimawechsel. Während Arns oft linke Besuche aus der ganzen Welt empfing, meidet Pereira solche Gäste. Er entpolitisiert das Erzbistum.

Boaventura Kloppenburg, in Deutschland geboren, in Brasilien aufgewachsen, profilierte sich als schärfster Kontrahent der Befreiungstheologie, die er „gefährlich" nennt, weil sie den Zielen der Marxisten diene. Der frühere Theologieprofessor und Autor des kritischen Buches „Iglesia Popular" (Volkskirche) amtiert seit 1982 als Hilfsbischof des Kardinals Avelar Brandao in Salvador. Brandao, der aus einer reichen Familie des Nordostens kommt, bewegte sich nicht ganz so weit nach links wie Arns aber läßt sich gern als „progressiv" einstufen. Mit Kloppenburg in der unmittelbaren Umgebung muß er jetzt vorsichtiger operieren.

Der Nordosten, die ärmste Region der Nation, ist das wichtigste Aktionsgebiet linker Priester, von denen viele *aus Europa stammen. Helder* Camara, der ehemalige Erzbischof von Olinda und Recife, der aus Altersgründen in den Ruhestand ging, war *bereits vor Arns eine Leitfigur* der Befreiungstheologen. Aber auch in diesem Erzbistum erfolgte eine Kurskorrektur: Nachfolger José Lamartine Soares denkt anders.

Die beiden konservativsten Kirchenführer Brasiliens befinden sich im Süden. Eugenio de Araujo Sales, der Kardinal von Rio de Janeiro, wird jedoch in zwei Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Claudio Colling ist der neue Erzbischof von Porto Alegre. Selbst für viele „Moderados" sind beide allzu konservativ.

Für Ausgleich und Konsens

Auch in der nationalen Bischofskonferenz macht sich die Trendwende bemerkbar. Kardinal Lorscheider präsidiert zwar die Organisation. Luciano Pedro Mendes de Almeida fungiert aber als Generalsekretär. Der 54jährige Bischof aus São Paulo, ein geschliffener Jesuit, vertritt ebenfalls *die moderate Richtung.* Die meisten Beobachter der kirchlichen Szene in Brasilien nennen Mendes neben Decio Pereira, wenn sie von den wichtig*sten Leuten der Zukunft sprechen.* Beide sind für den Ausgleich und den Konsens. Sie fördern das soziale Engagement der Kirche und unterstützen *die Struktur der Basisgemeinden,* von denen es in Brasilien 70 000 mit vier Millionen Mitgliedern gibt. Sie plädieren jedoch dafür, daß diese sich darauf konzentrieren, den Armen praktische Hilfe zu leisten (Unterricht in Kinderpflege, Gesundheitsfürsorge oder in einem Handwerk) und nicht Klassenkampfparolen zu predigen.

Die neue Generation der moderaten Männer beruft sich auf einen Brief des Papstes an die brasilianischen Bischöfe aus dem Jahre 1980. Die Kirche habe auch eine soziale Aufgabe, betonte Johannes Paul II. damals, aber die religiöse sei primär. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fluchthilfe

„Schulverweis nach Fluchthilfe?": WELT vom 17. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

man glaubt seinen Augen nicht zu trauen und auch seinen Ohren nicht, über die Folgeerscheinungen einer Fluchthilfe aus dem KZ der DDR, welche uns in Presse, Rundfunk und Fernsehen über Schüler, Lehrer und Schulverwaltung einer Schule in Marburg berichtet werden!

Für den von den Schülern befreiten Jungen aus der DDR und wohl auch für die Schüler selbst war das „Der Tag der Befreiung" in ihrem Leben!

Befreiung ist nie ohne Risiko für Befreier und Befreite!

Die Schüler haben im Grunde *nichts anderes getan, als den* Verfassungsauftrag der Präambel des Grundgesetzes zu erfüllen, indem sie wenigstens einem Deutschen aus der DDR dazu verhalfen, die *in der* UNO-Menschenrechts-Charta und in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantierten Menschenrechte und Grundfreiheiten wirklich zu leben und erleben zu können!

Mit freundlichen Grüßen
J. Rector,
Isny

*

Der Kommentar, welchen „die WELT am 17. Januar zum Thema „Schulverweis nach Fluchthilfe?" geschrieben hat, verdient nicht die Überschrift „Deutschstunde" sondern die Überschrift „Rechtsblindheit".

Das Strafgesetzbuch der „DDR" kann jedermann von der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben in Bonn beziehen.

Paragraph 105 StGB (staatsfeindlicher Menschenhandel) kommt hier überhaupt nicht in Betracht, wohl aber Paragraph 213 StGB (ungesetzlicher Grenzübertritt), und zwar der besonders schwere Fall des Abs. 3, Ziff. 5, daß die Tat zusammen mit anderen begangen ist. Nach dieser Vorschrift wird der Täter mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis acht Jahren bestraft.

Da es sich um Schüler der Klasse 11 handelt (also um Jugendliche zwischen 17 und 18 Jahren), kommt das 4. Kap. „Besonderheiten der strafrechtlichen Verantwortung Jugendlicher" in Betracht. Nach dieser Vorschrift kann das Gericht Jugendhaft für die Dauer von einer Woche bis zu drei Monaten anordnen (Paragraph 74), es kann aber auch auf Freiheitsstrafe erkennen (Paragraph 76).

Daß ein Gericht der „DDR" die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24. 7. 1978 nicht anwendet, müßte eigentlich auch einem Journalisten der WELT bekannt sein. Daß die Schüler ihre Tat schuldhaft im Sinne des Paragraphen 5, Abs. 1 begangen haben, daran gibt es für ein Gericht der „DDR" überhaupt keinen Zweifel. Fernsehen und Presse in der Bundesrepublik Deutschland berichten immer wieder darüber, daß die Organe der „DDR" die „Republikflucht" unnachsichtig bekämpfen. Die Schüler, die die Grenze zur „DDR" überschritten haben, konnten die sogenannten Grenzschutzanlagen (Metallgitterzäune, Wachttürme, geharkte Flächen, Hundeställe etc.) nicht übersehen.

Wer – trotz Kenntnis dieser Umstände – einem Menschen, der in der „DDR" wohnt, zur „Republikflucht" verhelfen möchte, der mache das mit sich selbst ab. Aber Lehrer und Mitschüler, die nicht eingeweiht sind oder das nicht billigen, in diese so gefährliche Situation mit hineinzuziehen, also den Helden auf Kosten anderer zu spielen, das ist eine bodenlose Gemeinheit.

Hier ist, entgegen der Auffassung des Journalisten der WELT, keine Deutschstunde und schon gar nicht eine Maßnahme des Bundespräsidenten erforderlich. Erforderlich aber ist juristische Nachhilfe, und zwar für den Journalisten und für die Eltern der Schüler, die mit dem Feuer gespielt haben.

Hochachtungsvoll
J. Sympher,
Neumünster 1

Lehrer-Bild

„Mit seinem Lehrer-Bild stand Geißler allein": WELT vom 19. Januar

Endlich hat erfreulicherweise ein prominenter CDU-Politiker beherzt die Grundprobleme heutiger Schulerziehung mit aller Deutlichkeit angesprochen und dadurch hoffentlich gewisse vermeidbare Folgen bedauerlicher Versäumnisse auch so mancher CDU-Kultusminister abgemildert. Beispiele ließen sich hierfür zahlreiche anführen, wenn man allein an die dankenswerte und zugleich erschütternde seinerzeitige Veröffentlichung der WELT-Serie „Das lernen unsere Kinder" aus dem Jahre 1982 erinnert.

Es geht um die rückhaltlose Aufdeckung der Ursachen, die zu dem derzeitigen Lehrer-Bild geführt haben. Daß der Minister Geißler mit seiner realistischen Ursachenfindung allein stand, ist eigentlich verwunderlich, zeigt aber, wie sehr fast alle Disputanten ideologisch verkrampft sind. Keine der in dem Artikel aufgezeigten „Entgegnungen" befaßt sich mit den zur Debatte stehenden Ursachen, geschweige denn, daß sie sie widerlegt. Die verblüffend simple Feststellung des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, diese junge Generation sei „nur eben anders" als die vorangegangenen, klärt nichts, und das Abschieben der Verantwortung auf die Elternhäuser ist zu einfach und bestätigt zum anderen die Argumentation des Ministers, da auch die Eltern der angesprochenen Generation das geistige Produkt derer sind, die das geschilderte Lehrer-Bild zu verantworten haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Thoene,
Lahr

Wort des Tages

» Unser Glück ist uns näher als wir es annehmen. Meistens ist es da, aber wir sehen es nicht, weil sich zwischen ihm und uns falsche Urteile über den Wert der Dinge drängen. Diese Vorurteile übernehmen wir oft von unserer Umgebung. Beginnen wir damit, sie auszuräumen. «

Henri Bergson; französischer Philosoph (1859–1941)

Personalien

EHRUNG

Die junge Schauspielerin **Ursela Monn** erhielt vom „Club der Filmjournalisten" in Berlin den „Ernst-Lubitsch-Preis" 1985. Der Preis wird seit 1957 zum Geburtstag des großen Regisseurs für die beste komödiantische Leistung in einem deutschsprachigen Film vergeben. Die Künstlerin bekam die Auszeichnung für die Hauptrolle in dem Streifen „Einmal Kudamm und zurück". Der Film schildert die Erlebnisse einer jungen nach West-Berlin geschmuggelten Ost-Berlinerin.

ERNENNUNGEN

Walter Gillessen (43) wird neuer Generalmusikdirektor des Westfälischen Sinfonieorchesters in Recklinghausen. Er gründete die nationale Philharmonie in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul und ist ständiger Gastdirigent des Nationalorchesters in Mexico City.

*

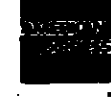
Der Moerser Stadtverordnete **Rudolf Erberich** (57) ist vom Prä*sidium des Nordrhein-Westfä*lischen Städte- und Gemeindebundes einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er tritt *die Nachfolge des* Paderborner Stadtdirektors **Wilhelm Ferlings** (55) an, der künftig als erster Vizepräsident tätig sein wird.

Der ehemalige Verlagsdirektor Dr. **Hans Funk** ist im Alter von 83 Jahren in seinem Haus in der Lüneburger Heide gestorben. Nach 1945 gehörte er zu den Organisatoren des Neubeginns der deutschen Presse. Der Berliner begann seine Verlagslaufbahn 1926 in seiner Heimatstadt beim Scherl-Verlag. Er war unter anderem Anzeigenleiter der „Berliner Illustrierten Nachtausgabe", der damals größten deutschen Boulevardzeitung. Bald nach Kriegsende kam er ins Verlagshaus Axel Springer, dem er von 1948 bis 1963 angehörte. Dr. Funk war Verlags*leiter des „Hamburger Abendblat*tes" und der „Bild-Zeitung". Seine Berufung zum Geschäftsführer der Berliner Zeitungsdruckerei GmbH *führte ihn in das alte* Berliner Zeitungsviertel zurück. Er hatte entscheidenden Anteil an den Vorbereitungen zum Aufbau des Berliner *Hauses* des Axel Springer Verlages. Hans Funk war außerdem an führender Stelle in den Berufsverbänden der deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverleger tätig und gehörte als Delegierter dem Deutschen Presserat an.

*

Der frühere Vizepräsident des Bundesfinanzhofes, **Günther Wauer**, ist in Prien am Chiemsee im Alter von 78 Jahren gestorben. 1955 wurde er Bundesrichter am Bundesfinanzhof. Von 1955 bis 1968 war er Mitglied der Strafrechtskommission des Deutschen Richterbundes. Von 1966 bis 1971 hatte er den Vorsitz des Vereins der Bundesrichter am Bundesfinanzhof übernommen. Günther Wauer war ein Experte auf dem Gebiet des Umsatzsteuerrechtes und Herausgeber eines bekannten Umsatzsteuerkommentars.







SCHACH / WM

Rückkehr zur Eröffnung mit dem Zug 1.e4

LUDEK PACHMAN, Bonn

Die Remis-Serie bei der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau geht weiter. Dennoch zeigt auch die 46. Partie eine gewisse Wandlung des Wettkampfes. Titelverteidiger Anatoli Karpow mußte sich gegen die Angriffsversuche von Garri Kasparow sorgfältig verteidigen, um das Unentschieden zu halten. Auffällig ist, daß beide Gegner in den letzten Spielen zum Eröffnungszug 1.e4 übergingen. Ein Zeichen dafür, daß sie etwas mehr wagen und mehr als die supersoliden Varianten des Damengambits wünschen, die bisher zu so vielen inhaltslosen Remis-Partien geführt haben. Man hat den Eindruck, daß in einer der nächsten Partien mit einem Volltreffer zu rechnen ist.

Die Notation (Weiß Kasparow, Spanisch): 1.e4 e5, 2.Sf3 Sc6, 3.Lb5 a6, 4.La4 Sf6, 5.0-0 Le7, 6.Te1 b5, 7.Lb3 d6, 8.c3 0-0, 9.h3 Lb7, 10.d4 Te8, 11.Sbd2 ...

In der 44. Partie erreichte Kasparow mit 11.a4 ein gutes Spiel. Es war jedoch sicher, daß Karpow eine Verstärkung seiner Verteidigung vorbereitet hatte.

11. ... Lf8, 12.a4 Dd7,

Nach h6 wäre zum Beispiel die aus der letzten sowjetischen Meisterschaft bekannte Fortsetzung möglich: 13.Lc2 exd4, 14.cxd4 Sb4, 15.Lb1 bxa4, 16.Txa4 a5, 17.Ta3 Dd7, 18.Sh4!. Dieser Plan ist keineswegs ungefährlich für Schwarz. Auch 12. ... Dd7 dient der Absicherung gegen das Störmanöver Sg5, was nun immer mit Sd8 beantwortet werden kann.

13.axb5 axb5, 14.Txa8 Lxa8,

Nach Txa8 könnte Weiß mit 15.Sf1 nebst Sg3 die Spannung im Zentrum aufrechterhalten. Nun geht 15.Sf1 nicht wegen exd4 nebst Sxe4.

15.d5 Sd8, 16.Sf1 h6,

Schwarz bereitet den Befreiungszug c6 vor und will verhindern, daß Weiß danach mit Lg5 nebst Lxf6 die volle Kontrolle über den Punkt d6 erhält.

17.S3h2 Sb7, 18.Lc2 Sc5, 19.b4 Sa6!,

Nur scheinbar steht der Springer hier im Abseits. Da Schwarz c6 plant, zielt er auf c7

20.Sg4 Sh7!,

Sxg4, 21.hxg4 wäre weniger gut. Zum Beispiel: 21. ... Le7, 22.g3! und Weiß kann nach Kg2, Se3, Th1 in der h-Linie operieren.

21.Sg3 c6, 22.dxc6 Lxc6, 23.Lb3 Sc7, 24.Df3 Se6, 25.h4 Dd8, 26.Td1! Da8!,

Den Bauern h4 konnte er nicht gut nehmen: Dxh4, 27.Sf5 Dd8, 28.Sxe5 und falls Seg5?, so folgt 29.Lxf7+!. Auch nach 27. ... Dh5, 28.Sxd6 Lxd6, 29.Txd6 wäre Weiß klar im Vorteil.

27.Ld5 Lxd5, 28.exd5 ...

Keinen Vorteil versprach 28.Txd5 Sc7, oder auch 28. ... Da1, 29.Td1 Tc8 usw.

28. ... Sc7, 29.Se4 Dc8,

Natürlich nicht Sxd5??, 30.Txd5! Dxd5, 31.Sef6+ und Weiß gewinnt.

30.Se3 Dd7, 31.Sf5 Ta8, 32.Dh3!? ...

Mit der Drohung 33.Sxh6+. Trotzdem wäre sofort Le3 nebst g4 effektiver.

Td8, 33.Le3 Dc8, 34.Df3 Se8, 35.Lb6 Td7, 36.h5 Db7, 37.Le3 Kh8, 38.g4 Le7, 39.Sxe7 Txe7, 40.g5 hxg5, 41.Lxg5 Tc7. – Remis.

Warum Remis bei einem noch halb vollen Brett? Am Königsflügel ist keine Gefahr für Schwarz zu sehen, und Weiß muß sich auch um seinen rückständigen Bauern c3 kümmern. Für einige Bobachter in Moskau kam das Remis überraschend früh. Sie waren der Meinung, Kasparow habe einen leichten Vorteil. Doch Karpow wäre wohl in der Lage gewesen, durch seine Defensiv-Taktik einen zweiten Sieg des Herausforderers zu verhindern. Karpow führt weiter 5:1 und benötigt noch einen Sieg.

OLYMPIA / Die Hälfte der Amtszeit von Juan Antonio Samaranch ist vorbei – Eine Zwischenbilanz

Riskante Manöver, viele Abhängigkeiten und die große Hoffnung auf den Friedensnobelpreis . . .

Von GÜNTER DEISTER

Als Juan Antonio Samaranch im August 1980 sein Amt antrat, besaß er die Gunst der Sowjetunion, war das Internationale Olympische Komitee (IOC) noch ein beschaulicher, nicht eben wohlhabender Herren-Klub, hatten ausgewiesene Berufssportler noch keinen Zutritt zu Olympischen Spielen. Viereinhalb Jahre später begegnet die UdSSR ihrem einstigen Günstling mit offener Gegnerschaft, verfügt der durch vier Frauen gesprengte Männer-Orden über ein Guthaben von über 120 Millionen Mark, darf selbst ein Fußball-Profi wie Dieter Schatzschneider um olympische Medaillen kämpfen. Nichts zeigt deutlicher, wie radikal sich die olympische Welt in den letzten vier Jahren unter der Führung des 64 Jahre alten Spaniers Samaranch gewandelt hat.

Zielstrebiger, energischer, aktiver und gewiefter ist keiner der sechs Samaranch-Vorgänger die Aufgabe als IOC-Präsident angegangen. Der erste Profi auf dem IOC-Thron, der sich seinen Fulltime-Job jährlich mit einer Aufwandsentschädigung von einer guten Million Mark honorieren läßt, ordnete das olympische Reich neu, besetzte Schlüsselpositionen mit den Männern seines Vertrauens, schlachtete heilige Kühe und zeigte eine imponierende Allgegenwart.

Schon jetzt hat der Industrielle aus Barcelona und ehemalige Botschafter seines Landes in Moskau nahezu 140 Länder besucht, zuallererst und am häufigsten die Supermächte USA und UdSSR. Denn auch dadurch unterscheidet sich der spanische Grande von seinen Vorgängern: Er zeigt Präsenz bei den Großen dieser Welt. Er möchte das IOC emporheben zur am meisten geachteten universellen Organisation, der möglichst bald die Weihen eines Friedensnobelpreises zuteil werden sollen.

Auf der bisherigen Wegstrecke des Spaniers als IOC-Präsident wurde Baden-Baden zur wichtigsten Station. Beim Olympischen Kongreß 1981 ließ Samaranch die Rolle des IOC als führende Kraft des Weltsports festschreiben und die Zulassungsbestimmungen für die Olympischen Spiele in einer Weise liberalisieren, daß selbst der reine Profi nicht mehr automatisch durch das Sieb der Startberechtigung fällt. In Baden-Baden schließlich traf das IOC auch jene Risikowahl, deren Folgen für die olympische Bewegung noch unabsehbar sind: Südkoreas Hauptstadt Seoul wurde zum Austragungsort der Sommerspiele 1988.

Wie schon bei den Boykott-Spielen in Los Angeles wird der diplomatisch geschulte Samaranch in der nächsten Zeit als Krisen-Manager in ganz besonderer Weise gefordert sein. Allerdings haben sich die Vorzeichen mit der Wiederaufnahme des Dialogs der Großmächte verbessert. Der IOC-Präsident weiß am besten, daß die Spiele in Seoul ganz von der politischen Großwetterlage abhängen.

Der IOC-Präsident selbst treibt die Spiele in ein riskantes Manöver. Indem Samaranch durch die Aufnahme populärer Sportarten wie Tennis und die Zulassung von Profis Olympische Spiele noch attraktiver macht und somit ganz offensichtlich „offene Spiele" anstrebt, wächst auch ihre Abhängigkeit – Olympische Spiele als willkommenes Mittel für einen politischen Zweck. Gleichzeitig wird die Gefahr finanzieller Zwänge noch größer. Wer den Marktwert der Spiele um jeden Preis erhöht, bleibt nicht Herr im eigenen Haus, sondern macht sich abhängig vom Geld anderer.

Auf großes Interesse stoßen in diesem Zusammenhang das für die nächsten Wochen angekündigte endgültige Olympia-Programm 1988 und der Abschluß des Pokers um die amerikanischen Fernsehrechte. Am Grad der Nachgiebigkeit gegenüber den US-Fernseh-Giganten, die das Seoul-Programm möglichst nach ihren Wünschen gestaltet sehen wollen, wird auch Samaranch gemessen werden müssen.

Der Spanier sagt, trotz der Boykott-Spiele von 1980 und 1984 sei die Einigkeit der olympischen Bewegung nie größer gewesen. Diese Beurteilung ist mit Vorsicht zu genießen. Es stimmt, das Verhältnis des IOC zu den internationalen Verbänden und (161) Nationalen Olympischen Komitees (NOK) ist in den letzten vier Jahren enger geworden. Samaranch hat die Zusammenarbeit neu strukturiert und institutionalisiert. Doch letzten Endes sind es die Gaben aus dem Millionen-Topf olympischer Fernseheinnahmen, mit denen der Spanier seine Partner befriedigt und sie zugleich in ein Netz von Abhängigkeiten schlägt.

Die größte Gefahr für die olympische Einheit droht indessen aus Moskau. Die Sowjets haben das IOC erst vor wenigen Wochen der ständigen Verletzung der olympischen Regeln bezichtigt und mit einer Spaltung des Weltsports gedroht.

Man hat dem IOC im Verlauf seiner 90jährigen Geschichte immer wieder vorgeworfen, es hinke der Wirklichkeit hinterher und bilde gleichsam eine Insel der Seligen. Der Manager Samaranch hat das IOC im Sturmschritt an die Gegenwart herangeführt und die olympische Bewegung gleichsam verweltlicht. Ob die daraus entstehenden Chancen die Risiken überwinden, wird erst später zu beurteilen sein.

Fest steht schon jetzt, daß Juan Antonio Samaranch als ein großer Veränderer in die Geschichte des IOC eingehen wird.

SKI ALPIN / WM wird heute in Bormio eröffnet

Bestzeit für den frisch operierten Zurbriggen

sid/dpa/DW, Bormio

Das Vabanquespiel hat sich gelohnt: Pirmin Zurbriggen scheint noch vor Beginn des Skiweltmeisterschaft in Bormio seinen ersten Sieg errungen zu haben. Nur 15 Tage nach seiner Meniskusoperation beherrschte der 23jährige Schweizer das erste Training zur WM-Abfahrt am Sonntag schon wieder souverän (Die WM wird heute eröffnet, der erste Wettbewerb findet morgen statt). „Für den vierten Tag, den ich wieder auf Skiern stehe, war das ganz gut. Ich spürte das Knie selbst bei dem Wahnsinnsprung nicht," strahlte er über seine Leistung, die der Konkurrenz Kopfschmerzen bereitet. Wer soll Zurbiggen stoppen?

Vielleicht Helmut Höflehner, der Österreicher, der während Zurbriggens Verletzungspause von sich reden machte und ebenso wie sein großer Konkurrent zwei Weltcup-Abfahrten gewann. In Bormio jedoch war er zunächst vom Auftreten Zurbriggens beeindruckt: „Für mich ist Pirmins Einstand eine echte Überraschung," kommentierte er dessen Leistung mit einem Unterton der Resignation. Höflehner selbst beendete das Training als Siebter, mit zwei Sekunden Rücksatnd auf Zurbriggen. Trotzdem erwartet die Konkurrenz einen Zweikampf der beiden. „Die beiden machen das Rennen unter sich aus," glaubt auch Harti Weirather, der Weltmeister von 1982. Er selbst wird seit Monaten von einer Bandscheibenverletzung geplagt und gehört in Bormio nicht zum Favoritenkreis.

Grund für die Favoritenrolle von Zurbriggen und Höflehner ist die anspruchsvolle Strecke, die am Tag vor der Eröffnung der Skiweltmeisterschaften Hauptgesprächsthema unter den Aktiven war. Weil die ursprünglich für Dezember geplanten WM-Tests in Bormio ausgefallen waren, lernten die Abfahrer die Strecke „Stelvio" erst jetzt kennen. Ihr Urteil dazu fiel schon fast euphorisch aus: „Die Strecke ist einfach wunderbar," strahlte der Trainingsbeste Pirmin Zurbriggen. Und Harti Weirather ergänzte: „Sie ist eine Mischung aus den beiden klassischen Strecken von Kitzbühel und Wengen. Es fehlen lediglich die langen Gleitstücke." Für zwei Milliarden Lire (etwa 3,5 Millionen Mark) ist auf der 3430 m langen Piste die größte Kunstschneeanlage Europas installiert worden, „keine Autobahn, sondern die schwerste Piste der Welt," wie Pistenchef Orestre Peccedi erläutert. Und der Österreicher Franz Klammer ergänzt: „Im oberen Bereich muß man ganz perfekt fahren, der Steilhang ist noch steiler als in Kitzbühel. Es gibt etliche Passagen, an denen man sich wirklich überwinden muß. Insgesamt gesehen ist es ein Kurs für Techniker wie Höflehner oder Zurbriggen."

Als wesentlich leichter gilt die um einen Kilometer kürzere Damen-Abfahrt, für die Michaela Figini nach den beiden ersten Trainingsläufen als eindeutige Favoritin anzusehen ist. Die 18jährige Schweizerin, die in diesemm Winter den Weltcup nach Belieben beherrscht, lag beim ersten Trainingslauf klar vorne und wurde beim zweiten Lauf Dritte. Doch auch die deutschen Läuferinnen gaben gestern Anlaß zu berechtigten Hoffnungen. Nach dem ersten Lauf wurde Michaela Gerg (Lenggries) auf Platz sieben und Traul Hächer (Schleching) auf Platz neun registriert. Im zweiten Lauf fuhr die Münchnerin Marina Kiehl nur auf Platz 17. „Ich bin noch nicht zufrieden, aber in den nächsten Trainingsfahrten kommt das schon noch hin," gibt sich die 20jährige frühere Junioren-Weltmeisterin optimistisch.

Hoffnungsvoll wie die Aktiven geben sich auch die Organisatoren der Weltmeisterschaft. Sie investierten bisher 22 Milliarden Lire (37 Millionen Mark), um die WM auszurichten und Bormio zum konkurrenzfähigen Wintersportort umzurüsten. Dabei zogen sie sich den Zorn der Umweltschützer zu, die den Organisatoren vorwarfen, im Übereifer hunderte von Bäumen im Stilfser Naturschutzpark abgeholzt zu haben und eine historische, eisenhaltige Quelle im 2000 Jahre alte Bormio vernichtet zu haben. Die massiven Protesten der Umweltschützer hatten Erfolg: Die Slalom-Rennen der Frauen, die in Santa Caterina geplant waren, wurden nach Bormio verlegt.

Dort sind seit Weihnachten rund 1000 Helfer im Einsatz, um die beiden WM-Orte Bormio und Santa Caterina in der Region Valtellina für die Gäste herzurichten. Jeweils 30 000 Zuschauer werden zu den Abfahrtsrennen erwartet, zwischen 7000 und 8000 zu den anderen Disziplinen. Ihre Eintrittsgelder sowie die Einnahmen aus Werbe- und Fernsehrechten sollen ein Viertel der Ausgaben wieder hereinspielen (Wettbewerbe und Fernsehprogramm siehe im *untenstehenden* Kasten).

SPORT-NACHRICHTEN

Noch keine Freigabe

Mannheim (sid) – Noch keine Einigung erzielt haben die beiden Eishockey-Bundesligisten ERC Mannheim und Düsseldorfer EG über einen möglichen Wechsel der Mannheimer Nationalspieler Roy Roedger und Manfred Wolf. Die Spieler haben zwar einen Dreijahresvertrag in Düsseldorf unterschrieben, von Mannheim jedoch noch keine Freigabe erhalten, weil der Klub insgesamt 600 000 Mark Ablöse verlangt.

In „DDR" zurückgekehrt

Berlin (dpa) – Nach einer kurzen Zwischenstation beim Eishockey-Bundesligisten Mannheimer ERC ist der im Dezember in den Westen geflüchtete „DDR"-Auswahlspieler Stefan Steinbock wieder nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Im Gegensatz zu seinem ehemaligen Mannschaftskameraden Guido Hiller (20), der im September nach Mannheim geflüchtet war, hatte Steinbock beim ERC keinen Vertrag erhalten.

Rückrunde soll beginnen

Frankfurt (dpa) – Für einen termingerechten Rückrundenstart am Wochenende haben sich die Manager der Fußball-Bundesligavereine ausgesprochen. Das bereits zweimal verschobene Nachholspiel zwischen Bielefeld und Dortmund wurde für den 16. Februar neu angesetzt.

Michael Paul verletzt

Kaiserau (sid) – Ohne Rückraumspieler Michael Paul vom TV Großwallstadt werden die Handball-Länderspiele gegen Holland (1.-3. Februar) und Polen (8.-10. Februar) stattfinden. Der Nationalspieler erlitt im Europapokalspiel bei Dukla Prag erneut eine Schulterverletzung.

14jährige schlug Horvath

Marco Island (sid) – Die erst 14jährige Argentinierin Gabriela Sabatini sorgte beim Damen-Tennis-Turnier in Marco Island (Florida) für die große Überraschung. Sie besiegte die Amerikanerin Kathy Horvath, Nummer 12 der Setzliste, klar mit 6:3, 6:1. Gabriela Sabatini bestritt erst ihr viertes Turnier als Tennis-Profi und erreichte bereits vor zwei Wochen in Denver das Halbfinale.

Pfaff: Fingerbruch

München (dpa) – Jean Marie Pfaff, Torwart des Bundesliga-Tabellenführers FC Bayern München, hat sich erneut verletzt. Pfaff, der zu Beginn der Saison wegen einer Leistenverletzung operiert wurde, erlitt am Montag beim Training einen Fingerbruch und muß etwa sechs Wochen pausieren.

UdSSR im Halbfinale

Cochin (dpa) – Durch einen 2:0-Sieg über die Auswahl Irans erreichte die Fußball-Nationalmannschaft der UdSSR das Halbfinale beim Acht-Länder-Turnier um den Nehru-Goldcup.

Schultz überraschte

Memphis (sid) – Der international unbekannte Amerikaner Bud Schultz, 185. in der Weltrangliste, sorgte in der ersten Runde des mit 315 000 Dollar dotierten Tennis-Turniers von Memphis für eine große Überraschung. Er besiegte den um 148 Plätze höher geführten Victor Pecci (Paraguay) mit 5:7, 6:3, 6:3.

ZAHLEN

MOTORSPORT

Rallye Monte Carlo, Stand nach zwölf von 34 Sonderprüfungen: 1. Vatanen/Harryman (Finnland/England) Peugeot 205 Turbo 3:54:02 Stunden, 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Audi Quattro 2:04 zurück, 3. Salonen/Harjanne (Finnland) Peugeot 205 5:55, 4. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi 6:11, 5. Toivonen/Piironen (Finnland) Lancia Rally 12:35, 6. Saby/Fauchille (Frankreich) Peugeot 15:24.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: unbesetzt, 2: 760 856,40, 3: 17 259,50, 4: 207,40, 5: 12,80. – **Toto,** Elferwette: 1: 647,80, 2: 43,10, 3: 7,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 212 393,00, 2: 6 436,10, 3: 273,40, 4: 20,00, 5: 3,40. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 3838,30, 2: 365,50, Rennen B: 1: 535,60, 2: 63,20. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 259 800,40. (ohne Gewähr)

RALLYE

Walter Röhrl fiel zurück

sid, Grenoble

Am Montag war der zweimalige Weltmeister Walter Röhrl für die Franzosen noch der „Monsieur Monte Carlo", in der Nacht zum Dienstag wurde er von dem Finnen Ari Vatanen jedoch regelrecht vorgeführt. Von der achten zur zwölften Sonderprüfung der Rallye Monte Carlo fuhren Vatanen und sein Beifahrer Terry Harryman mit ihrem Peugeot 205 Turbo fünfmal Bestzeit und verwiesen den viermaligen Sieger Röhrl auf Platz zwei. Der Audi-Werksfahrer hat 2:04 Minuten Rückstand.

Röhrl hatte den Führungswechsel befürchtet: „Ich habe für die anderen den Schneepflug spielen müssen." Der Neuschnee auf den Straßen zwischen Domaine du Rouret und dem Zwischenziel Grenoble schuf außerdem Bedingungen, bei denen der 360 PS starke Peugeot mit Mittelmotor dem von einem Frontmotor getriebenen 400 PS starken Audi Quattro überlegen war. Deshalb war Röhrl über den zweiten Platz gar nicht so verärgert – jetzt muß Vatanen als erster durch den Schnee.

Röhrl klagte bei dieser Etappe über Schwierigkeiten mit dem zweiten Gang. An seinem Quattro wurde das Getriebe gewechselt. Hinter der vorgehaltenen Hand wurde außerdem gemunkelt, die französische Reifenfirma Michelin, Ausrüster von Röhrl und dem Peugeot-Team, würde ihre Landsleute mit neuentwickelten Reifen ausstatten, die dem Ingolstädter Werk vorenthalten würden.

Die Szenen des Spitzenduells wiederholten sich beim Kampf um den dritten Platz. Den verlor der schwedische Weltmeister Stig Blomqvist (6:11 zurück) auf dem zweiten Audi an den Finnen Tim Salonen (5:55 zurück) auf dem zweiten Peugeot. Abgeschlagen sind mittlerweile die Lancias, die mit ihrem Hinterradantrieb den allradgetriebenen Peugeots und Audis auf glattem Straßenbelag deutlich unterlegen sind.

STAND ● PUNKT

Harm Beyer, zweiter Teil

Wer das Feuer fürchtet, riecht immer und überall Rauch. Ist es das, was Harm Beyer, den Präsidenten des Deutschen Schwimm-Verbandes, schon dann untertauchen läßt, wenn am fernen Horizont Konflikte mit den ach so lieben Kollegen aus der „DDR" auftauchen? Beyer ist jener wichtige Amtsträger im Sport der Bundesrepublik, der den geflüchteten „DDR"-Schwimmer Jens-Peter Berndt (er studiert inzwischen in den USA) lieber nicht als Mitglied in einem seiner Vereine sehen wollte – mit Rücksicht auf den Verband der „DDR": „Wir wollen ein normales Verhältnis haben."

Folglich ist für einen Mann wie Beyer auch dies „normal": Der Bundestrainer meldet Frank Hoffmeister für das internationale Schwimmfest von Bonn (8. bis 10. Februar), der Präsident streicht ihn von der Liste. Hoffmeister ist nämlich auch einer von denen, für die „wir nicht zum Sammelbecken werden dürfen" (Beyer) – er hat sich im Mai 1984 in Rom von der „DDR"-Mannschaft abgesetzt und startet jetzt für die SG Bochum-Wattenscheid.

Beyer beruft sich auf die Regeln des internationalen Verbandes, die einen Verbandswechsel mit einer Sperre von einem Jahr belegen. Und dann fragt er: „Soll ich mich nun in Schwierigkeiten begeben?" Die Schwierigkeit: Auch „DDR"-Athleten haben für Bonn gemeldet, die Furcht vor ihrem Rückzug ist stärker als die Menschlichkeit.

Den Vorschlag seines eigenen Schwimmwartes, Hoffmeister unter seinem Vereinsnamen starten zu lassen, hat Beyer weggewischt: „Wo ist die sachliche Notwendigkeit, diesen Mann starten zu lassen?" Vielleicht in seiner Leistung, Herr Präsident?

Es ist eben so: Kleinmut und Verzagtheit entspringen nicht aus irgendwelchen widrigen Umständen, sondern aus der Schwäche des Gemüts.

DW.

Programm und Fernsehen

Auch die alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Bormio werden zu einem Fernseh-Ereignis. Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) und das Zweite Programm (ZDF) berichten in Original-Übertragungen von allen Wettbewerben. Beide Sendeanstalten zeigen darüber hinaus weitere Berichte in ihren festen Sportsendungen an den Wochenenden.

Heute: Eröffnung

Morgen: Kombinationsabfahrt der Frauen. – **ZDF:** Original von 10.55 bis 12.00 Uhr.

1. Februar: Kombinations-Abfahrt der Männer. – **ARD:** Original von 11.55 bis 13.15 Uhr, Zusammenfassung von 17.20 bis 17.50 Uhr.

2. Februar: Abfahrt der Frauen. – **ARD:** Original von 11.55 bis 13.15 Uhr.

3. Februar: Abfahrt der Männer. – **ZDF:** Original von 11.55 bis 13.15 Uhr.

4. Februar: Kombinations-Slalom der Frauen. – **ARD:** Original von 9.55 bis 11.00 Uhr (1. Lauf) und von 12.10 bis 13.00 Uhr (2. Lauf). Zusammenfassung von 17.20 bis 17.50 Uhr.

5. Februar: Kombinations-Slalom der Männer. – **ZDF:** Original von 9.55 bis 11.30 Uhr (1. Lauf) und von 13.25 bis 14.15 Uhr (2. Lauf), Zusammenfassung ab 22.05 Uhr.

6. Februar: Riesenslalom der Frauen. – **ARD:** Original von 9.55 bis 11.45 Uhr (1. Lauf) und von 13.25 bis 14.30 Uhr (2. Lauf), Zusammenfassung von 17.20 bis 17.50 Uhr, WM-Studio von 21.45 bis 22.30 Uhr.

7. Februar: Riesenslalom der Männer. – **ZDF:** Original von 9.55 bis 11.45 Uhr (1. Lauf) und von 13.25 bis 14.30 Uhr (2. Lauf), Zusammenfassung ab 22.05 Uhr.

8. Februar: Ruhetag.

9. Februar: Slalom der Frauen. – **ZDF:** Original von 9.55 bis 11.30 Uhr (1. Lauf) und von 13.25 bis 14.15 Uhr (2. Lauf).

10. Februar: Slalom der Männer. – **ARD:** Original von 9.55 bis 11.15 Uhr (1. Lauf) und von 13.20 bis 14.15 Uhr (2. Lauf).

(Über Autos mit Zukunft: Der maßgeschneiderte Umweltschutz von Volkswagen und Audi.)

Zukunftssicher.

1. Das Umrüstangebot mit ungeregeltem Katalysator.
Wenn Sie beim Autokauf weiterhin die freie Wahl hinsichtlich Modell, Motorversion und PS-Zahl haben wollen, wenn Sie ungehindert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit von bleifreiem Benzin fahren wollen, wenn Sie Ihren nächsten Urlaub im Ausland verbringen wollen, wenn Sie den Zeitpunkt selbst bestimmen wollen, ab wann Sie mit Katalysator fahren – dann ist unser Umrüstangebot das richtige für Sie. Sie suchen sich Ihr Auto wie bisher nach Ihren persönlichen Wünschen und Bedürfnissen aus und lassen es später von Ihrem V.A.G Partner durch den Einbau eines Katalysators umrüsten. Diese Möglichkeit besteht für alle Volkswagen-Pkw (außer Käfer) und alle Audi-Modelle. Die Preise liegen je nach Modell zwischen 430,– und 950,– Mark (unverbindliche Preisempfehlung ab Werk zzgl. geringer Montagekosten). Damit reduzieren Sie die Emissionen so weit, daß Ihr Fahrzeug in den Genuß der geplanten Steuervorteile kommen wird. Und Sie haben die Sicherheit, ein Auto mit Zukunft zu fahren, das Sie auch später problemlos wieder verkaufen können.

2. Das Dieselprogramm.
Wenn Sie bei Ihrem nächsten Kauf die Katalysatorfrage vergessen wollen – dann ist unser umfangreiches Dieselprogramm das richtige für Sie. Sie fahren mit allen unseren Diesel-Pkw umweltfreundlich, wirtschaftlich und können sich frei in Europa bewegen. Außerdem entsprechen unsere neuen Golf und Jetta Diesel mit Schaltgetriebe den zukünftigen strengen Abgasvorschriften. Dafür erreichen Sie bei einer entsprechenden Zulassung eine mögliche Steuerbefreiung von über vier Jahren.

3. Das Ab-Werk-Angebot mit geregeltem Katalysator.
Wenn Sie sicher sein können, daß auf Ihren Fahrstrecken immer bleifreies Benzin zur Verfügung steht, was im besonderen im Ausland auf absehbare Zeit nicht gegeben sein wird – dann empfehlen wir Ihnen unsere Modelle mit geregeltem Katalysator. Den können Sie direkt ab Werk eingebaut erhalten. Wenn Sie ihn als Beipack mitbestellen, dann können Sie selbst den Zeitpunkt des Einbaus bestimmen.
Das Angebot:
1,8 l-Motor, 66 kW/90 PS, für Golf, Jetta, Passat Schrägheck, Passat Stufenheck, Passat Variant, Audi 80, Audi Coupé.
1,8 l-Motor, 70 kW/95 PS, für Golf Cabrio.
2,2 l-Motor, 85 kW/115 PS, für Audi 90, Audi 100.
2,2 l-Turbo-Motor, 104 kW/141 PS, für Audi 200 turbo.

Bei uns können Sie also sofort das Auto Ihrer Wünsche bestellen. Denn mit einem Volkswagen oder Audi sind Sie für alle gesetzlichen Bestimmungen gerüstet und können folglich die von der Regierung jeweils vorgesehenen steuerlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen.

Wollen Sie noch mehr über unsere Autos mit Zukunft erfahren? Ihr V.A.G Partner berät Sie gern.




Anträge auf Kabelanschluß stark gestiegen

PETER JENTSCH, Bonn

Zur Jahreswende waren 1,018 Millionen Haushalte an das Kabelfernsehnetz der Bundespost angeschlossen. Das entspricht bei 2,9 Millionen anschließbaren Haushalten einer Anschlußdichte von 35 Prozent. Bis Ende 1985 will die Post insgesamt etwa 4,8 Millionen Haushalte anschließbar machen und bis 1987 acht Millionen. Wie Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gestern in Bonn weiter erklärte, können seit diesem Monat 120 000 Haushalte Satellitenprogramme über Kabelfernsehnetze empfangen. Ab Februar soll sich diese Zahl auf 185 000 Haushalte erhöhen, bis zum Jahresende auf mehr als eine Million.

Im Laufe dieses Jahres werde die Post insgesamt 136 Empfangsanlagen für den Satelliten Intelsat V aufbauen, der seit Jahresbeginn mit insgesamt sechs Fernsehkanälen sendebereit ist. Pro Kanal zahle die Post zwei Millionen Mark Miete. Schwarz-Schilling kritisierte in diesem Zusammenhang die „zögerliche Haltung der Ministerpräsidenten", die bis heute immer noch keine Entscheidung über die Nutzung der Intelsat-Kanäle getroffen hätten, obwohl sie noch Mitte 1983 die zügige Anmietung durch die Bundespost gefordert hätten. Der Minister: „Die Bundesländer lassen dadurch keinerlei sichere Planungsgrundlage für die Post zu." Er verwies zugleich darauf, daß diese Verzögerung und etwa in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen immer noch unklare Einspeisungspolitik zu einer Verschiebung der Amortisationsgrenze der Kabelfernsehnetze um ein Jahr führen könne.

Schwarz-Schilling verteidigte den schnellen Ausbau der Kabelnetze mit dem Hinweis: „Die Anträge auf Kabelanschluß sind dramatisch gestiegen." Aufgrund dieser Entwicklung werde das ursprünglich vorgesehene Investitionsvolumen von einer Milliarde Mark 1985 kaum ausreichen; man überlege zur Zeit, diese Mittel aufzustocken. Die Ausbaustrategie der Post sei so angelegt, daß Ballungsgebiete nicht bevorzugt würden. Er machte zugleich deutlich, daß allein bei der Bundespost 7900 Arbeitskräfte mit der Verkabelung befaßt seien. In anderen Industriebereichen, etwa in der Elektrotechnik und im Tiefbau, seien rund 12 000 Arbeitsplätze betroffen.

USA erhöhen Militärhilfe für Israel. Sendestation als Gegenleistung?

Rabin bei Shultz / Washington lehnt Nahost-Konferenz unter Beteiligung Moskaus ab

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Mit großer Zufriedenheit verfolgen israelische Regierungskreise den ersten Arbeitsbesuch von Verteidigungsminister Rabin in Washington. Das Verhältnis zu den USA war selten so ungetrübt wie jetzt, heißt es. Rabin wird heute von Präsident Reagan empfangen, der die letzte Entscheidung über eine Aufstockung der amerikanischen Militär- und Wirtschaftshilfe an Israel treffen muß.

Außenminister Shultz hat Rabin bereits gestern zugesichert, daß die USA nach wie vor nicht an einer internationalen Nahost-Konferenz mit der Sowjetunion interessiert seien und daß Israel über den geplanten Meinungsaustausch mit Moskau in Nahost-Fragen voll informiert werde. Rabin wiederum unterrichtete die US-Regierung über die Sparmaßnahmen und Etat-Kürzungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise in Israel.

Regierungskreise geben zu, daß die Abhängigkeit Israels von den USA selten größer war als heute. So werden Hilfszahlungen kaum noch als Kredite gegeben, sondern als Geschenke. Israel soll im Haushaltsjahr 1986, das am 1. Oktober 1985 beginnt, für 1,8 Milliarden Dollar (400 Millionen mehr als 1985) Militärhilfe erhalten, 400 Millionen weniger als erhofft. Die Wirtschaftshilfe beträgt für 1986 wie im Vorjahr rund 1,2 Milliarden Dollar. Darüber hinaus hat Israel um 800 Millionen Dollar als Nothilfe noch für 1985 gebeten, außerdem um zusätzliche Militärhilfe von 500 Millionen Dollar für die nächsten zwei Jahre. Darüber ist in Washington aber noch nicht entschieden worden.

In Jerusalem weiß man jedoch, daß zusätzliche Zahlungen wegen des US-Budgetdefizits schwer zu erreichen sind. Für die Israelis ist daher wichtig, daß Rabin in Washington verstärkte amerikanische Rüstungskäufe in Israel erreicht. So will Jerusalem weiterhin Haifa als Anlaufstation und Reparatur-Hafen für die 6. US-Flotte im Mittelmeer einsetzen, aber auch amerikanische Flugzeuge aus dem NATO-Bereich warten. Außerdem übernahmen die USA gegen Leihgebühren zwölf israelische Kfir-Kampfflugzeuge zur Darstellung von Übungsluftkämpfen.

Auf alle Fälle wird die israelisch-amerikanische Gemeinschaftsarbeit an dem neuen Kampfflugzeug Lavi fortgesetzt, nachdem für die Entwicklung schon 800 Millionen Dollar ausgegeben wurden. Die gesamten Entwicklungskosten werden auf mindestens 1,5 Milliarden Dollar geschätzt, zu denen Washington eine Milliarde beiträgt. Die erste Maschine soll in zwei Jahren fliegen.

Wegen dieser engen Zusammenarbeit ist in Jerusalem auch noch keine Entscheidung gefallen, wie Israel im Falle neuer umfangreicher amerikanischer Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, Jordanien und einige Golfstaaten reagieren soll. Die Saudis allein sollen 40 weitere F-15-Kampfflugzeuge erhalten, doch könnten sich die Saudis auch für 14 französische Mirage 2000 entscheiden. Kronprinz Abdallah verhandelt darüber zur Zeit in Paris.

Als eine Gegenleistung für die Finanzhilfe Amerikas, die nicht zuletzt durch die Überrüstung der arabischen Nachbarn Israels notwendig ist, verlangt Washington die Erlaubnis zum Bau einer großen Sendestation für die Stimme Amerikas in Israel, damit die Südgebiete der Sowjetunion besser erreicht werden können. Israel zögert bisher, weil es Rückwirkungen auf die ohnehin geringen Ausreisegenehmigungen (900 im vergangenen Jahr) für sowjetrussische Juden befürchtet. (SAD)

„Frauen sollten neue Technologien akzeptieren"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Frauen müssen sich stärker mathematisch-naturwissenschaftlichen Berufsfeldern zuwenden, wenn sie in der von Mikroelektronik gesteuerten Arbeitswelt Beschäftigungs- und Aufstiegschancen haben wollen. Dies sagte Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms gestern in Bonn anläßlich der Eröffnung eines von der CDU veranstalteten Hearings zum Thema „Frauenbeschäftigung und neue Technologien". Zu den Sachverständigen der Tagung gehörten Repräsentanten von 19 Behörden und Organisationen.

Mit der Anhörung, so Frau Wilms, soll ein Beitrag „zur Weiterentwicklung und Konkretisierung der Programmatik der CDU in einem Bereich geleistet werden, der vor tiefgreifenden Veränderungen steht". Es soll damit auch der 33. Bundesparteitag der CDU im März in Essen vorbereitet werden, der die Fragen der Situation der Frauen in Familie und Gesellschaft, Arbeitsleben und Politik in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellen wird.

Frau Wilms betonte, das klare Bekenntnis der CDU zu den neuen Technologien bedeute nicht „blinden Fortschrittsglauben". Schon auf dem Stuttgarter Parteitag 1984 habe man festgestellt, daß „nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, auch unter gesellschaftspolitischen oder moralischen Gesichtspunkten wünschenswert" sei.

Wenn aber in Zukunft bis zu 70 Prozent aller Arbeitsplätze von den neuen Techniken betroffen sein würden, wie neueste Untersuchungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegen, dann dürften Frauen nicht „technische Analphabeten" sein.

Der Beauftragte der Bundesanstalt für Arbeit legte dar, daß sich derzeit mehr als 80 Prozent der erwerbstätigen Frauen auf weniger als 20 Berufsgruppen verteilen; die Einseitigkeit gehe so weit, daß vier von zehn erwerbstätigen Frauen als Bürokraft oder als „Warenkauffrau" beschäftigt sind. Obwohl sich neue Möglichkeiten für die Beschäftigung von Frauen mit der neuen Technologie ergäben, habe sich ihre berufliche Situation verschlechtert.

Kampf um das neue Hochschulrahmengesetz

Dorothee Wilms muß CDU-Länder überzeugen / SPD wartet ab

PETER PHILIPPS, Bonn

Das kommende Wochenende wird für Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms ganz im Zeichen ihres Rettungsversuches für das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) stehen. Im Gespräch auf Ministerebene soll der bereits einmal mit den CDU-Kollegen in den Ländern sowie dem Koalitionspartner FDP gefundene Kompromiß erneut beschworen werden, der kürzlich von den Ministerialbeamten im zuständigen Bundesratsausschuß zur Überraschung der Bonner einseitig aufgekündigt worden ist.

Laut und vernehmlich hat bereits der konservative „Bund Freiheit der Wissenschaft" für die Sache der Bundesministerin Partei ergriffen: Zwar gehen ihm „einige Teile des Novellierungs-Entwurfs nicht weit genug", aber auf dem eingeschlagenen Weg würden jedenfalls „Kräfte freigesetzt, die zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems führten". Vor allem die „Bürokraten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz", die jetzt die Novelle in Frage stellten, verstießen „gegen von der Union jahrelang hochgehaltene Prinzipien" und machten sich „zum Helfershelfer der Gleichmacher". Es bestehe die Gefahr, „daß ein für die Zukunft unseres Hochschulsystems unbedingt erforderliches Reformvorhaben an der unheiligen Koalition aus Bequemlichkeit und Verstocktheit scheitert".

Zwei Streitpunkte

Es sind zwei Kernbereiche, in denen sich plötzlich der Widerstand der unionsregierten Länder, die im Bundesrat über die entscheidende Mehrheit verfügen, gegen den von ihren Ministern selbst mitgetragenen Kompromiß-Entwurf formieren: Zum einen sind sie nicht bereit, Autonomie-Freiräume der Hochschulen in der vorgesehenen Form zu tolerieren, zum anderen steht die Frage der Professoren-Mehrheit in den Gremien als Streitpunkt wieder im Raum.

Prinzipiell wollen zumindest die Kultus-Bürokratien der CDU-regierten „B-Länder" den Professoren eine absolute Mehrheit sichern – wobei die Haltung Schleswig-Holsteins insofern noch unklar ist, als dessen Vertreter im Bundesrats-Unterausschuß für, im Kulturausschuß aber (gemeinsam mit den „A-Ländern") gegen die absolute Ordinarien-Mehrheit stimmte. Doch in diesem Punkt kann Dorothee Wilms keine Zugeständnisse machen und hat dies auch schon bei der ersten Kompromiß-Findung verdeutlicht: Der Koalitionspartner FDP würde eine solche Regelung nicht mittragen. Als kleinster gemeinsamer Nenner war deshalb im Gesetzentwurf festgeschrieben worden, daß es zur Wahl der Hochschulleitung der Mehrheit der Mitglieder des Wahlgremiums und der Mehrheit der ihm angehörenden Professoren bedarf, bzw. bereits bei der Nominierung der Kandidaten die Mehrheit der Professoren hinter den Vorschlägen stehen muß.

Blitzaktion „Broschüre"

Zu den strittigen Vorhaben der Novelle, die nach Meinung der Bundesministerin ebenfalls durch eine Kompromiß-Vereinbarung geregelt schienen, gehören stärkere Eigenverantwortlichkeiten der Hochschulen für geworbene Drittmittel, für die Form ihrer Leitung – Rektor oder Präsident – und für besondere Studienmöglichkeiten abseits der eingefahrenen Gänge.

Dorothee Wilms, deren politischer Stellenwert bei einer Niederlage in der von ihr selbst vorrangig betriebenen HRG-Novellierung erheblich leiden würde, will die Auseinandersetzung mit ihren CDU-Kollegen unter allen Umständen siegreich durchstehen. Diesen Willen hat sie jetzt noch einmal dadurch unterstrichen, daß sie in einer Blitzaktion eine Broschüre herausgegeben hat, in der „22 Fragen und Antworten" ihre Positionen bekräftigen. Taktisch geschickt wird darin auch – um zumindest eine Front zu begradigen – die wieder kritischer gewordene Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) eingebunden: „Die Novelle hat alle Änderungsempfehlungen der WRK aufgenommen und stimmt dabei im wesentlichen auch in der Sache mit den WRK-Vorschlägen überein." Die naturgemäß opponierenden SPD-Minister aus den „A-Ländern", die hinter vorgehaltener Hand durchaus eine partielle Sympathie für das neue HRG erkennen lassen, können sich angesichts des vor allem CDU-internen Streits ohnehin abwartend zurücklehnen.

Wird die Pille überflüssig?

dpa, Bonn

Das Bonner Gesundheitsministerium hat 1,2 Millionen Mark für die wissenschaftliche Überprüfung natürlicher Methoden der Empfängnisverhütung und ihre Verbreitung in der Bevölkerung bewilligt. Mit der Ausführung des auf drei Jahre angelegten Modellprojekts wurde die katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Beratung beauftragt. 300 000 Mark steuert die Bundesarbeitsgemeinschaft nach Angaben des Ministeriums aus eigenen Mitteln bei. In fünf Studien soll das Für und Wider natürlicher Empfängnisverhütung untersucht werden.

Dabei geht es unter anderem um die Sicherheit der gebräuchlichen Methoden, den Einfluß auf das Stillverhalten und die psychologischen Auswirkungen auf Ehe oder Partnerschaft.

Versöhnungskirche „lebt weiter"

hrk. Berlin

Der Name der am Montag vollends gesprengten „Versöhnungskirche" auf der Ost-Berliner Seite der Mauer werde in der im Westen beheimateten Gemeinde weiterleben, erklärte Berlins evangelischer Bischof Martin Kruse. Daher sei nicht zu erwarten, daß die Kirche der Anregung von Bürgermeister Lummer folge, ein anderes Gotteshaus im Bereich der Mauer mit diesem Namen zu versehen. Noch vor der Sprengung hatte Lummer erklärt: „In diesem Fall wird das Symbol der Versöhnung ein Opfer der Mauer. Es wäre besser, wenn die Mauer ein Opfer der Versöhnung würde." Ursprünglich war die letzte Sprengung für den 12. Februar vorgesehen. Nach Appellen aus dem Westteil der Stadt hielt es die östliche Seite offenbar für angezeigt, den Turm schon vorher zu zerstören.

RAF vor Ende des Hungerstreiks?

W. K. Bonn

Der Hungerstreik von Häftlingen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) bröckelt anscheinend ab. Mit dem 33jährigen Knut Folkerts gab gestern ein Mitglied des „harten Kerns" der Terrorgruppe den Streik auf. Folkerts verbüßt in Celle eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Zwei weitere Häftlinge, Günter Sonnenberg und der Untersuchungsgefangene Roland Ellermann aus Bremen, brachen ebenfalls die Aktion ab, die eine neue Front der Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland bewirken soll. An dem Hungerstreik von ursprünglich 38 Häftlingen beteiligten sich gestern noch 27 RAF-Inhaftierte und sechs Sympathisanten. 300 Parteitagsdelegierte der Grünen in Nordrhein-Westfalen kündigten ihre Unterstützung der RAF-Kampagne an.

Greift ungewöhliche Themen auf: „Der grüne Punkt"

Kind mit vier Vätern

Mütter, die ein kleines Kind versorgen müssen und gleichzeitig berufstätig sind, haben bei uns heute viele Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Nach der Zeit des Mutterschutzes kann Mutterschaftsurlaub genommen werden, danach kann man auf Teilzeitarbeit übergehen. Es gibt die Tagesmutter, das Kindertagheim oder den Kindergarten. Für die meisten berufstätigen Mütter in den Ländern der sogenannten Dritten Welt gibt es alle diese Möglichkeiten nicht. So betreuen in dem ostafrikanischen Land Kenia Kinder im Grundschulalter für geringes Entgelt kleine Kinder fremder Familien, anstatt zur Schule zu gehen. Sieben- und Achtjährige sind der tägliche Muttterersatz von morgens bis abends."

Der Autor Karl-Horst Marquart beschreibt aus eigenem Erleben als Arzt in Kenia ein Stück Alltag aus dem Dasein des kleinen Paul Oviambo, der gerne zur Schule ginge, wenn er eine Schuluniform hätte und den Job als „Tagesvater" bei einem kleinen Kind los wäre. 15 Minuten für Erwachsene, die durch ein anschließendes Hörspiel für Vorschüler zum nämlichen Thema abgerundet werden.

„Spielen Afrikaner-Kinder auch Fangen?", fragen süddeutsche Kinder ihre Tagesmutter und versuchen, sich im Gespräch miteinander und im improvisierten Spiel in das Lebensgefühl einer „Kindheit in fernen Ländern" hineinzudenken. Weitere Sendungen handelten von zwei märchenhaften Geschichten, die die einfühlsame Autorin Linde von Keyserling von einem Aufenthalt auf der Insel Tonga mitgebracht hat. Großmütter erzählen von ihrer fernen Heimat und dem einfachen Leben, das so idyllisch anmutet, wenn Kinder und die Mutter sich Geschichten im Dunklen erzählen.

„Der grüne Punkt", eine „Sendung für Erwachsene mit einem Hörspiel für Kinder" vom Süddeutschen Rundfunk, an der sich die 2. Programme des Südwestfunks und des Saarländischen Rundfunks beteiligen, hat sich viel vorgenommen für das laufende Jahr. Als eine rare Insel im Meer des „Dreiminuten-Häppchen-Unwesens" ist diese Sendung ganz auf die Zielgruppe einer aufgeschlossenen Dauerkundschaft eingestellt, die bewußt hört und kritisch und interessiert reagiert, die sich nicht scheut, sondern darauf wartet, sich in Ruhe auf ein Thema einlassen zu können.

Mütter werden von Kindern beauftragt, Sendungen mitzuschneiden, während die Jüngsten im Kindergarten oder in der Schule sind. Kindergärtnerinnen benutzen die Programme in der Gestaltung ihres Kindergartenalltags und regen Themen an. Seitenlange Briefe und ausgiebige Telefonate nehmen die öffentliche Anstalt als Ansprechpartner ernst und den Zusammenbruch der gestreßten Redaktion in Kauf.

Der starken Hörer-Resonanz ist es zuzuschreiben, daß seit Oktober vergangenen Jahres mehr Originalsendungen als bisher laufen, und zwar vier originale Programme für Erwachsene an Montagen, Dienstagen, Donnerstagen und Freitagen, die jeweils ein gemeinsames Thema widerspiegeln: Nach „Den Kindern in fernen Ländern" geht es in einer anderen Sendung zum Beispiel um die Problematik der Scheidungskinder beim „Tiroler Poker in den Ferien".

Die Redakteurin Gabriele Hoffmann unterhält sich mit einem Kind über seine vier Väter. Sie ist erfreut und bestürzt zugleich, wie bruchlos die Neunjährige sich in eine grotesk verzwickte Familiensituation fügt. Hier können sich Eltern und Großeltern an die eigene Kindheit erinnern und Impulse aus dem Verhalten von Kindern heute aufnehmen.

Hochgesteckt ist auch der Anspruch an die künstlerische Qulität und an den Unterhaltungswert der Sendungen. Kinder lieben es, Geschichten öfter zu hören. Von den Eltern erhofft man sich, daß sie zuhören. Die „Uraltsendung" aus dem Jahre 1973 ist den Kinderschuhen längst entwachsen; das Traumziel der „Sesamstraße", Kinder über ihre Eltern zu erreichen, scheint dem „Grünen Punkt" zu glücken (350 000 Erwachsenen-Hörer hat die jüngste elektronische Medienanalyse ermittelt). Kinder diskutieren nach dem Hören wie die Alten. Sie spielen das Gehörte nach. Vielfach nehmen sie die Geschichten für bare Münze und wollen aktiv eingreifen. Hier ist der behutsame Regisseur gefragt, der ohne Knalleffekte auskommt.

Ein Problem über Jahre hinweg waren die schauspielernden Supermütter. Mit ihrem herzlieben Getue reduzierten sie alle Hörer-Eltern zu totalen Nieten und Schreckschrauben. Hier ist mittlerweile die Realität wohltuend eingekehrt. Junge Eltern wollen nicht von Experten und mütterlichen Glanznummern profitieren. Sie möchten sich als Gleiche unter Gleichen erleben und in dem Gefühl bestärkt werden, daß sie nicht allein dastehen mit ihren Schwierigkeiten. Sie brauchen Hilfe und Denkanstöße zu „winzigen Lösungsschritten".

Das Radio als Instrument der gutnachbarlichen Lebenshilfe, „Der grüne Punkt" macht's deutlich, hat seine Rolle als wichtiges Surrogat noch nicht ausgespielt. INGRID ZAHN

KRITIK

Liebe geht durch den Computer

Matchmaker, Matchmaker, make me a match", flehen Mädchen im heiratsfähigen Alter in dem Musical „Anatevka". Dem heiligen Stand der Ehe gilt ihr Sehnen, und um ans Ziel zu gelangen, ist es – seit Jahrhunderten – üblich, sich eines Matchmakers, eines Heiratsvermittlers, zu bedienen.

Die Zeiten haben sich geändert, das Sehnen aber blieb, und das uralte Gewerbe der Ehevermittler existiert nach wie vor. Nur nennen sie sich heute Partnerinstitute, die aufwendig mit Karteien, Telefon, Computern und Video arbeiten: **Liebe kann man nicht verkaufen** (ZDF) betitelte Anna Doubek ihre Reportage vom Geschäft mit der Suche nach Zweisamkeit. Diese Suche gilt als legitim und menschlich verständlich, aber ein Dienstleistungsunternehmen dafür zu bemühen – oftmals gegen üppige Bezahlung – hat einen peinlichen Beigeschmack, meinen viele.

Wieso eigentlich? Solange die Firmen für eine angemessene Summe seriöse Vermittlung liefern, ist nichts dagegen einzuwenden. Erfolg garantieren können sie ohnehin nicht.

Aber die Zahl derer, die mit Lockvogelangeboten arbeiten, auf Adressenhandel aufgebaut sind und ihre Klientel mit unsittlichen Verträgen knebeln, scheint beachtlich. Die lassen sich denn auch nicht in die Karten schauen beziehungsweise filmen, wie die Reporterin dokumentierte.

Enttäuschte und betrogene Kunden dagegen, die vor der Kamera aussagten, fand sie mehrere. Und nur ein einziges Paar, das sich sein Glück etwas hatte kosten lassen und es nun seit drei Jahren auskostet.

BRIGITTE HELFER

Man muß wissen, wo was steht

Nichts Musisches ist uns fremd", sagte Monika Moos mit ihrem charmanten Lächeln, und in der Tat: Wer bei **denkmal** (ZDF) mitdenken will, der muß schon über allerlei Kenntnisse verfügen. Alles gleich wissen, so warnten auch die Autoren, kann wohl kaum einer, aber wissen, wo es steht ...

„Fernsehen bildet", hieß es früher. Mittlerweile passiert das nicht mehr allzu häufig. Aber die „denkmal"-Serie, der ein möglichst langes Leben zu wünschen ist, macht vielleicht darauf aufmerksam, daß Bildung auch Spaß machen kann, daß ihr eine zutiefst humane Rolle jenseits der praktisch umsetzbaren Fertigkeiten zukommt.

Die erste Sendung hatte professionelle Mängel (die Kameraführung war ziemlich einfallslos, der Schnitt oft brutal, die Moderation gelegentlich etwas umständlich), die, so hat Helmut Greulich versprochen, alsbald abgestellt werden. Aber fürs Fernsehen war dieses Programm schon eine Neuheit. Der Zuschauer, der etwas von der Sendung haben will, muß sich schon etwas anstrengen und neben dem TV-Medium auch andere Medien zu Rate ziehen – Bücher zum Bespiel.

Und in der Aktivierung des Zuschauers liegt sicher das größte Verdienst der Sendung. Fragen, die auf das Verständnis von Zusammenhängen abzielen, kommen nicht vor. Das ist wohl auch zuviel verlangt, aber vielleicht kann man das demnächst noch stärker bei den Lösungswegen berücksichtigen. Übrigens: Wolfgang Kieling als angesäuselter Wahlveranstaltungsbesucher war göttlich ...

GERHARD CHARLES RUMP

STUDIO

Ab September 1985, nach Beendigung des Sommersonderprogramms der Dritten, wird auch das Westdeutsche Fernsehen, das Dritte Programm vom WDR, **auf die Tagesschau verzichten**, die das WDF vom Ersten Programm um 20.00 Uhr übernimmt. Dies kündigte der Regionalbeauftragte des WDR, Claus Hinrich Casdorff, an. Damit wird von diesem Datum an nur noch das Dritte Fernsehprogramm der Nordkette die ARD-Nachrichtensendung übernehmen. Nach den Worten Casdorffs scheint es sicher, daß ab September die „Aktuelle Stunde" von „West 3" von 19.00 bis 20.00 Uhr – seit dem Start der Regionalisierung mit 15minütigen Aufschaltungen in der zweiten Stundenhälfte – mit einer Länge von insgesamt 75 Minuten ausgestrahlt werden wird. Eine inhaltliche Neukonzeption der dann (ohne die „Fenster") wieder insgesamt 60minütigen landesweiten Leisten ist, wie aus dem WDR verlautet, bislang nicht vorgesehen.

Bei einer Verlängerung der „Aktuellen Stunde" bis um 20.15 Uhr wird es darauf ankommen, den Umschalteffekt um 20.00 Uhr in die ARD-Tagesschau zu vermeiden. Die regionalen „Fenster" sollen, wie betont wird, aus diesem Grund keinesfalls auf diese Zeit gelegt werden. Bei der derzeitigen Konzeption starten sie nach dem Sportteil Ernst Hubertys um 19.35 Uhr. fk

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Nacht fiel über Gotenhafen
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Der grüne Magnet
Hans-Werner Kock und seine Kollegen berichten live aus den Messehallen unter dem Berliner Funkturm über die diesjährige Leistungsschau der Landwirtschaft.
16.55 Lemmi und die Schmöker
Z wie Zacharias
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Die Jagd nach dem Bunyip
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jugend-Stil
Für den neuen Jugendabend der ARD fragen Jungredakteure die Bevölkerung nach ihrer Meinung von der „heutigen Jugend", beschäftigen sich mit „bewußten Jugendlichen" von heute und gestern und versuchen mit Videos, Kabarett und Gesprächen Moden in Musik, Kleidung und Wohnen aufzuzeigen. Für den musikalischen Rahmen sorgen die Kölner Rockgruppe BAP, die „Searchers", die „Spencer David Group" sowie der Münchner Liedermacher Konstantin Wecker.
22.00 Brennpunkt
Der neue Terrorismus – Hunger und Bomben
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Schuldschein für einen Toten
Kojak betätigt sich als Lockvogel, um einen Rauschgift-Ring auszuheben. Damit die Gangster glauben, Kojak sei bestechlich, arrangiert er eine Pokerpartie.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Mohrle
Kater Mohrle, der letzte Lebensgefährte von Frau Bullinger, wird tot aufgefunden. Sie versucht daraufhin, Selbstmord zu begehen.
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Filme, Facts und Favoriten vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 Kennzeichen D
Opfer eigener Strategie – Der Hungerstreik der RAF-Gefangenen / Das Brot der späten Jahre – Was Betroffene über die Rentenerhöhung denken / Salzige Nachbarschaft – Grenzüberschreitender Kali-Bergbau an der Werra / Würdigung Heinrich Albertz' anläßlich seines 70. Geburtstags
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Das zweite Ja
21.45 heute-journal
22.05 Kirche der 1000 Hügel
Basisgemeinden in Ruanda
22.35 Das Spiel, der Wahn, der Tod und die Liebe
Filme aus dem 4. Wettbewerb Europäischer Filmhochschulen
23.45 Thriller
Die 250 000-Dollar-Puppe
0.55 heute

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: Holger Klemme
21.45 off-off
22.30 Texas Rangers
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Fred MacMurray, Jack Oakie, Jean Parker, Lloyd Nolan u. a.
Regie: King Vidor
0.05 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Auskunft (4)
19.30 Der Bauernpräsident
20.00 Tageschau
20.15 extra drei
21.00 China – das Reich der Mitte
Rückkehr der Mönche
21.30 Die gelben Berge
21.45 Der Film-Club
Mein Essen mit André
Amerikanischer Spielfilm (1981)
23.30 Actualités françaises
23.45 Nachrichten

HESSEN

18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes
18.55 Die kleine Dampflok
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Rasse = Klasse?
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Wasserkuppe unterm Funkturm
21.30 Drei aktuell
22.00 Wieviel Zungen hat die Musikplatte?
22.10 Die Kanakerbraut
23.15 Die Wahrheit des Romans ist immer verborgen

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Heute: Rodgau Monotones
20.15 Der neue Schweizer Film
Fragen, woher man kommt
21.00 Messidor
Schweizer.-franz. Spielfilm (1978)
Regie: Alain Tanner
23.00 Gärten in England
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Alpine Ski-Weltmeisterschaften Bormio/Italien
Auftaktsendung aus dem WM-Studio
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Mutter gesucht (1)
Fernsehfilm in drei Teilen
22.55 Z. E. N.
23.00 Mbalachanda – Zukunft für das Dorf
Entwicklungshilfe für Malawi
23.45 Rundschau
23.50 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Postflieger
15.00 Indian River
Rauchsignale
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Mit eigener Kraft
17.00 Großes Barriere-Riff
Gefahr in Verzug
Australischer Dokumentarfilm von Ben Cropp
18.00 Es darf gelacht werden
Der Mann im Korb oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
5. Folge
Regie: Michael Hopf
19.10 Sport Report
Der Umsteiger – Porträt des Eiskunstläufers Norbert Schramm / Fußball: Das Neueste zum Start der Bundesliga
Moderation: Barbara Thode
19.35 Tele-Kiosk
Die Fernseh-Illustrierte mit den bewegten Bildern, präsentiert von Günter Willumeit
20.30 Love Boat
5. Folge
In dieser Folge von „Love Boat" sehen wir den „Letzten der Stubbing", des Käpt'ns Neffe, der von der See nichts wissen will, statt dessen aber dem klassischen Ballett verfallen ist.
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Matchless
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Patrick O'Neal, Ira von Fürstenberg u. a.
Regie: Alberto Lattuada
Witzige Agentengeschichte um einen amerikanischen Journalisten, der „aus Versehen" Agent geworden ist und die schwierigsten Aufgaben mit Leichtigkeit ausführt.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Aktion Grün
8. Wie man sich in die Arbeit kniet
Merlin
8. Die Vision
19.00 heute
19.30 Hits des Jahres '83
Die Super-Hitparade im ZDF präsentiert von Dieter Thomas Heck
Regie: Ekkehard Böhmer
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Wie ein Adler im Wind
Tagebuch eines Weltrekordversuchs
Von Karl Senne
Sind Ziel-Rückkehrflüge von über 1000 Kilometer möglich – ohne Motor, getragen nur vom Wind? Der Film schildert den Versuch, einen neuen Segelflugrekord aufzustellen, die Vorbereitungen und Schwierigkeiten, und zeigt Bilder von einer großartigen Alpenlandschaft.
23.15 3SAT-Nachrichten

Prinzip Hoffnung

des. – Die Werkzeugmaschinenindustrie in der Bundesrepubli, die seit Jahren das Prinzip Hoffnung auf ihre Fahnen geschrieben hat, erkennt einen neuen Silberstreif am Horizont. Wenn sich die ersten Hochrechnungen stabilisieren sollten, dürfte das Jahr 1984 die Wende zum Besseren gebracht haben. Vor allem im Ausland wird die hohe Leistungsfähigkeit der Branche honoriert. Der Gewinn weiterer Anteile auf dem Weltmarkt und zweistellige Zuwachsraten beim Auftragseingang unterstreichen diese Einschätzung.

Ihre Anstrengungen auf den Gebieten Forschung und Entwicklung haben die noch im Markt verbliebenen deutschen Werkzeugmaschinen-Hersteller teuer bezahlt. Seit vielen Jahren liegt die Branche, gemessen an der Ertragsentwicklung, am Ende der Rangliste aller Industriezweige. Wenn jetzt vereinzelt Stimmen laut werden, die von günstigeren Aussichten sprechen, so wird gewachsenes Selbstbewußtsein deutlich. Die Wettbewerbsposition der deutschen Hersteller, auch gegenüber Japan, hat sich verbessert. Die Erfolge auf dem US-amerikanischen Markt beweisen das.

Gerade das Beispiel USA zeigt, wie schnell ein im Grunde potenter Anbieter zur Bedeutungslosigkeit verkümmern kann, wenn entwicklungsmäßig über längere Zeit hinweg nichts getan wird: Praktisch gibt es dort keine Werkzeugmaschinenindustrie mehr, die auf dem Weltmarkt *konkurrenzfähig* wäre. Davon, so hoffen die deutschen Hersteller, werde man profitieren, wenn es gilt, den völlig veralteten Maschinenpark zu ersetzen.

Wie gewohnt

Ha. (Brüssel) – Agrarpreissenkungen auf der ganzen Linie fordern die europäischen Verbraucherorganisationen. Sie haben damit auch in diesem Jahr wieder ein Kontrastprogramm zu den Überlegungen des Bauernverbandes Kopa vorgelegt. Wie angenehm klingt ihre Forderung, die Butterpreise so zu ermäßigen, daß die Hausfrauen das ganze Jahr über „Weihnachtsbutter" kaufen können. Wer (außer den betroffenen Landwirten) hätte schon etwas dagegen einzuwenden, wenn das Getreide um fünf Prozent billiger würde, da es schließlich nicht nur als Ausgangsprodukt für Brot und Kuchen, sondern auch für Schweinefleisch, Eier und Geflügel die Lebenshaltungskosten belastet? Die Erfahrung freilich zeigt, daß die Verbraucherappelle schnell im Papierkorb landen. Die Agrarpolitiker fühlen sich da schon eher den berufsständischen Organisationen ihrer Klientel verpflichtet. Wenn's nicht klappt mit den bäuerlichen Preiswünschen, liegt's vor allem am Schwund der EG-Kasse. Anwälte der Verbraucher sind die Finanzminister.

AUTOINDUSTRIE / Dramatische Bestellrückgänge – Export nach wie vor gut

Klarheit um Technik und Steuern kann den Nachfragestau abbauen

HARALD POSNY, **Frankfurt**

Die deutsche Autoindustrie droht nach vorangegangener Bremsstrecke in den Rückwärtsgang zu verfallen, sollte es nicht gelingen, möglichst schnell den auf 400 000 Pkw/Kombi bezifferten Kaufstau aufgrund der Katalysator-Diskussion aufzulösen. Der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Hans Erdmann-Schönbeck, geht im laufenden Jahr von einem deutschen Marktpotential von 2,5 Mill. Pkw aus. Davon könnten nach den vorhandenen Kapazitäten der Zulieferindustrie etwa ein Drittel mit Abgas-Katalysatoren ausgestattet sein.

Derzeit ist man freilich von solchen Prognosen weit entfernt. Das zeigt die Entwicklung der Inlands-Auftragseingänge. Sie lagen in den letzten drei Monaten des Jahres 1984 um 20 Prozent unter dem Vorjahr, und das mit von Monat zu Monat dramatischeren *Minusraten. Im Dezember* betrug sie saisonbereinigt 25 Prozent. Nur dank des 15 Prozent-Plus im Export und drastischen Lagerabbaus bei Herstellern und Handel kam man bei den Gesamtbestellungen auf das noch moderate Minus von drei Prozent. Auch im Januar habe sich „noch nichts bewegt".

Die Gründe für den Produktionsabbau (von 3,5 Prozent auf 4 Mill. Kfz insgesamt und um 3,2 Prozent auf 3,75 Mill. Pkw) sowie die auf 2,39 Mill. (minus 1,4 Prozent) zurückgefahrenen Inlandszulassungen ortete Schönbeck einmal im Metall-Streik des vergangenen Jahres und in seinen Folgen. Ohne Produktionsausfall wäre ein Zuwachs möglich gewesen. Die größten Einbußen seien jedoch vor allem seit Oktober durch die anhaltende Verunsicherung potentieller Käufer um das Katalysator-Auto und die mögliche steuerliche Begünstigung seines Erwerbs bzw. des Umbaus entstanden. Allein der neuerliche Exportrekord von 2,20 Mill. Einheiten (plus 0,3 Prozent), einschließlich Nutzfahrzeuge unverändert 2,35 Mill., habe die Branche mit „einem blauen Auge *davonkommen* lassen".

Schönbeck und VDA-Hauptgeschäftsführer Achim Diekmann machten jedoch deutlich: „Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die in den letzten Monaten spürbar gewordene Schwäche des Inlandsmarktes fortsetzen würde, denn sicher kann eine Steigerung der Ausfuhr nur für eine begrenzte Zeit Ausfälle am heimischen Markt ausgleichen." In der Tat sieht der Export für 1985 „positiv bis sehr gut" aus. Man glaubt vielleicht wieder an eine weitere Steigerung – wenn auch mit Fragezeichen. Dies gilt für wichtige EG-Märkte, aber auch *für die USA.*

Im Streit um die Katalysatortechnik, die politische Unentschlossenheit Bonns und die angestrebten US-Abgasgrenzwerte, für die bis heute noch kein rechtlicher Rahmen geschaffen wurde, ist die VDA-Führung sichtlich bestrebt, Öl in die Wogen *der oft von Mißverständnissen* geprägten und oft ins Persönlich-Polemische abgleitenden Auseinandersetzungen zu gießen. So begrüßt der VDA ausdrücklich die Regierungs*entscheidung über die steuerliche Be*handlung schadstoffarmer Autos: „Damit dürfte ein wesentlicher Beitrag zum Abbau der Verunsicherung geleistet sein."

Diekmann verwies auf die milliardenschweren Investitionen der Branche für die neue Umwelttechnik bei Autobauern und Zulieferern. Ein erheblicher Anteil der auf 11 (16) Mrd. *DM geschätzten Investitionen* im laufenden Jahr würde in Umweltforschung und -entwicklung fließen. Bis 1989, schätzt der VDA, wird die gesamte Modellpalette der deutschen Hersteller auf die neue Technik umgestellt sein.

Nicht zuletzt die Kfz-Umwelttechnik hat der Branche 1984 einschließlich Zulieferer 22 000 neue Arbeitskräfte beschert, im laufenden Jahr könnten es nochmals 14 000 werden. Die Kaufzurückhaltung hat jedoch Einstellungsüberlegungen vorerst auf Eis geschoben. So wird man sich *wohl einstweilen mit Sonderschich*ten behelfen. Dies war auch 1984 der Fall, als in der Produktions-Aufholjagd 140 000 Autos (ein Drittel des Ausfalls) über Sonderschichten und modifizierte Urlaubsregelungen „eingefahren" wurden.

DEUTSCHE BP

Raffinerien Hamburg und Hünxe werden stillgelegt

HANS BAUMANN, Essen

Die Deutsche BP AG, Hamburg, hat in *Abstimmung mit der Mutterge*sellschaft The British Petroleum Company, London, beschlossen, ihre fünf Raffineriestandorte Hamburg-Neuhof, Hamburg-Finkenwerder, *Hünxe, Vohburg und Ingolstadt* einer neuen, entscheidenden Umstrukturierung zu unterziehen. Dabei bleiben die Anlagen in Hamburg und an der Ruhr auf der Strecke. Die Schmierölraffinerie Schindler in Hamburg wird modernisiert und Vohburg und Ingolstadt werden mit einer Pipeline zu einer Anlage verschmolzen. Die Mutter in London wird für diesen Zweck einen Zuschuß von 500 Mill. DM leisten.

Damit geht ein Teil des großen Veba-BP-Handels von 1978/79 zu Ende, der die BP mit 24 Mill. Tonnen Durchsatzkapazität zum größten deutschen Raffineur machte. Von den jetzt noch vorhandenen rund zehn Mill. Tonnen Rohöl- und Rückstandsverarbeitung werden nach der bevorstehenden Operation noch rund *fünf Mill. Tonnen in Vohburg* erhalten bleiben, davon aber nur noch rund 2,5 Mill. Tonnen für die BP, der Rest steht der Agip und für einen Lohnverarbeitungsvertrag für die Shell zur Verfügung. BP ist damit binnen neun Jahren vom größten zum kleinsten Ölverarbeiter der Bundesrepublik abgestiegen.

Wie der Vorstandsvorsitzende der BP, Hellmuth Buddenberg in einem Gespräch mit der WELT sagte, wird BP das Geschäftsjahr 1984 mit einem Verlust aus den fünf Raffineriestand*orten von 170 Mill. Mark abschließen.* Insgesamt wird sich ein Bilanzverlust von 500 Mill. Mark einstellen, 280 Mill. Mark aus den Raffinerieanpassungsmaßnahmen und 220 Mill. Mark für Rückstellungen. *Die* zusammen wird Mutter BP in London einbringen und so das Bilanzergebnis ausgleichen. Damit hat BP London seit dem Veba-BP-Handel insgesamt zwei Mrd. DM nach Hamburg transferiert.

Die Schmierölraffinerie Schindler, BP-Tochter, wird mit 25 Mill. Mark modernisiert. Sie wird dann eine Kapazität von 300 000 (430 000) Tonnen haben. Für weitere 45 Mill. Mark werden die Standorte Vohburg und Ingolstadt (Eriag) um Veredelungsanlagen ausgebaut und mit einer Pipeline verbunden. Die Eriag-Raffinerieanlagen werden stillgelegt.

Von den rund 7000 Beschäftigten der BP werden von dem jüngsten Schnitt rund 800 Mitarbeiter betroffen sein und weitere 200 bei der Gemeinschaftsraffinerie Eriag. Mit dem Betriebsrat werden Verhandlungen aufgenommen. Kündigungen sollen nach dem BP-Stützungsplan erfolgen.

Nach Auskunft von Hellmuth Buddenberg wird sich die Deutsche BP künftig auf die großen BP-Kapazitäten in Westeuropa (rund 80 Mill. Tonnen) stützen, wovon allein in Rotterdam 37 Mill. Tonnen in Betrieb sind.

Eine notwendige Roßkur

Von HANS BAUMANN

Seit 80 Jahren Raffineur in Deutschland, schickt sich nun die Deutsche BP AG, Hamburg, an, rigoros das Skalpell an die verbliebenen rund zehn Millionen Tonnen Rohöl- und Rückstandsverarbeitungskapazitäten zu legen. Eine Sensation? Ja und nein. Ja, weil sich ein Multi in der Bundesrepublik Deutschland praktisch von der Verarbeitungsstufe beim Mineralöl verabschiedett; ein Multi, der nach dem spektakulären Veba-BP-Handel für 800 Millionen Mark um die Jahreswende 1978/79 zum größen deutschen Rohölverarbeiter aufgestiegen war, jetzt aber nur noch 2,5 Mill. Tonnen Verarbeitungskapazität in Bayern betreiben wird, deren Leben aber genau genommen nur erhalten bleibt, weil Rotterdam so fern ist.

Eine Sensation kann man den Beschluß der BP zu einer Roßkur nicht nennen, wenn man bedenkt, daß BP schon bis Ende 1984 rund 35 Prozent seiner Raffineriekapazität abgeworfen hatte; hier spiegelte sich die Erkenntnis wider, daß die Krux des deuschen Mineralölmarktes die Überkapazitäten bei Rohöl und heute wohl auch schon bei der Rückstandsverarbeitung ist. Man bedenke, daß in den letzten beiden Jahren die Konversionskapazität in Europa (West) von 100 Millionen Jahrestonnen Durchsatzkapazität auf 130 Millionen Tonnen gestiegen ist, daß plötzlich Schweröle zum schönsten Rohöl wurden.

Den mutigen Schritt, den die BP jetzt vom Raffineur in Richtung Agentur am Mineralölmarkt geht, hat ihr Partner von 1978/79, die Veba, schon vollzogen. Sie kappte die Kostenproduzenten, ging mit großen Schritten in die Konversion und holte die Venezolaner mit ihren großen Schwerölvorräten als 50-Prozent-Partner in ihre Ruhröl-GmbH. Veba-Öl schreibt schwarze Zahlen.

Das will auch Hellmuth Buddenberg. Er verweist darauf, daß der Abschluß 1984 ausgeglichen wird – wenn auch mit Mutters Hilfe – daß 1985 bereits ein positives operatives Ergebnis ausgewiesen wird und daß 1986 der jetzt anlaufende Prozeß der Gesundschrumpfung abgeschlossen sein wird. Dann wird auch die Geschäftssparte Öl wieder positive Ergebnisse bringen, wie BP das heute beispielsweise schon von ihren Aktivitäten bei Kohle, Gas, Kunststoff und Petrochemie melden kann. Jetzt wird sich auch die Übernahme der Handelsaktivitäten von der Veba (Strohmeyer, Fanal) auszahlen. Sie können frei von den Verarbeitungsverlusten ihre Geschäfte machen und sich dort eindecken, wo es sich gerade besonders lohnt.

Daß die BP ihre Anlagen an der Ruhr und in Hamburg vorerst einmotten wird, kann nur schlecht mit einer erwarteten Besserung der Rohölverarbeitung begründet werden. Aber vielleicht findet sich eines Tages ein Käufer mit eigenen Rohölquellen, der es für sinnvoller hält, am Ort des Verbrauches die Fertigprodukte zu produzieren, statt sie etwa in Saudi-Arabien selbst aus dem Rohöl zu gewinnen und sie dann an den großen Markt Westeuropa zu transportieren.

Die Perspektive des Mineralölverbrauchs in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 läßt jedenfalls keine andere Deutung zu. 1984 betrug der Bedarf noch knapp über 100 Mill. Tonnen bei 106,6 Mill. Tonnen Raffineriekapazität und rund 35 Prozent Fertigprodukte-Einfuhr. Im Jahr 2000 wird der Bedarf auf 79,5 Mill. Tonnen Mineralölprodukte fallen, wie es der *Mineralölwirtschaftsverband* errechnet hat. Die Erkenntnis daraus: Es wird nicht bei der angekündigten Schließung der Mobil-Oil-Raffinerie in Wilhelmshaven und bei dem *Schnitt der BP bleiben können.* Vielmehr wird man damit rechnen müssen, daß bei weiterem Ansteigen der Fertigproduktenimporte die Raffineriekapazität kräftig unter den prognostizierten *Produktenbedarf* von 79,5 Mill. Tonnen fallen muß.

Der Schritt der BP setzt also keinen Punkt hinter die Leidenszeit der Ölverarbeitung in der Bundesrepublik. Seit zehn Jahren ist die Raffination defizitär. Da hilft nur Abwurf von Raffinerien – wohl auch im Sekundärbereich und Unternehmensverbund. Wozu gerade die Multis prädestiniert sind. Daß dabei auch künftig Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben, ist beklagenswert. Aber wenigstens werden die verbleibenden Plätze durch die Stillegungen sicherer.

AUF EIN WORT



» Wirtschaftliches Wachstum, dieser heute *mit soviel gedanklicher* Einseitigkeit und emotionalen Hypotheken belastete Begriff, sollte zweckmäßiger durch den einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung ersetzt werden. Diese schließt je nach den Gegebenheiten mengenmäßige Produktionssteigerungen ebenso wie qualitative Verbesserungen in sich ein. «

Dr. Peter von Siemens, Mitglied des Aufsichtsrats-Ehrenpräsidiums der Siemens AG, Berlin/München
FOTO: WOLF, P. PRANGE

SPARKASSENVERBAND

Geiger spricht sich gegen eine Leitzinserhöhung aus

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die deutsche Wirtschaft kann nach Auffassung des Sparkassenverbandspräsidenten Helmut Geiger 1985 mit einem ähnlichen Wirtschaftswachstum wie 1984 rechnen. Für nicht unproblematisch hält Geiger die starke Abhängigkeit der Konjunktur von außenwirtschaftlichen Ereignissen. Der überhöhte Dollarkurs berge die große Gefahr eines plötzlichen Rückschlags und eines Ausbaus von falschen Kapazitäten exportorientierter Industriezweige in sich. Die binnenwirtschaftliche Konjunktur läuft dagegen nach Geigers Einschätzung recht verhalten.

Nachdrücklich warnte der Sparkassenpräsident die Bundesbank vor einer wechselkursorientierten Zinspolitik, die nur dann *ultima ratio* sein könne, wenn ohne solche Gegenmaßnahmen ernste Gefahren für die Stabilität der DM drohen. Diese Gefahr sieht Geiger jedoch derzeit nicht. Er lehnt eine Leitzinserhöhung ab, weil kaum damit gerechnet werden könne, daß höhere DM-Zinsen den Dollarkurs wesentlich beeinflussen. Er fürchtet vielmehr, daß eine Zinserhöhung die Dynamik der Wirtschaft schwächt, was eher auf den Wechselkurs der DM drückt. Wenn höhere Zinsen die Binnenwirtschaft lähmen, werde der Drang in den Export noch stärker, was nicht nur die deutsche Wirtschaft anfälliger mache, sondern vor allem dem Protektionismus, ins*besondere in den USA, Auftrieb* gebe.

Geiger ist auch gegen eine Leitzinserhöhung zwecks flexiblerer Geldmarktsteuerung über Pensionsgeschäfte. Statt über solche Geschäfte, *sollte* die Bundesbank *Liquidität* durch eine Mindestreservesenkung freigeben.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Beitrittsverhandlungen noch ohne greifbares Ergebnis

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Kaum Fortschritte gebracht hat die Verhandlungsrunde über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals. Da die Gemeinschaft noch nicht imstande war, auf Gegenvorschläge Madrids und Lissabons zu den umstrittenen Übergangsregelungen im Agrar- und Fischereibereich zu antworten, blieb es im wesentlichen bei einer Gegenüberstellung bekannter Positionen.

Der für die Beitrittsfrage zuständige EG-Vizepräsident Natali kündigte für Ende nächster Woche die Vorlage eines Papiers an, mit dem ein globaler Einigungsversuch über alle noch offenen Probleme versucht werden soll. Eine solche „Paketlösung" hatte auch Bundesaußenminister Genscher *kürzlich bei Kommissions*präsident Delors angeregt.

Geplant ist jetzt eine eingehende Verhandlungsrunde der Außenminister am 18. und 19. Februar. Außerdem wurde eine Sondersitzung der Minister für März in Aussicht genommen, um den Ende März tagenden Regierungschefs den Abschluß der Verhandlungen melden zu können.

Parallel sollen auch die Bemühungen um eine Einigung über die „Integrierten Mittelmeer-Programme" vorangetrieben werden. Delors hat den Außenministern vorgeschlagen, den von den meisten Regierungen für viel zu hoch gehaltenen bisherigen Mittelansatz (knapp 15 Milliarden Mark für sechs Jahre) dadurch zu senken, daß die Strukturhilfen zeitlich gestreckt und stärker auf Griechenland konzentriert werden. Die Kommission erwägt auch, mehr auf Darlehen der Europäischen Investitionsbank um*zuschalten.* Bonn würde es vorziehen, wenn die Projekte, deren Finanzierung Athen zur Bedingung für die Erweiterung macht, über die Brüsseler Fonds geleitet würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Alfred Herrhausen zum Nachfolger Guths gewählt

Frankfurt *(cd)* – *Bei der Deutschen* Bank sind die mit Spannung erwarteten Spitzenpersonal-Entscheidungen gefallen. Alfred Herrhausen wurde vom Vorstand zum Sprecher als Nachfolger von Wilfried Guth gewählt, der zur Hauptversammlung am 14. Mai zusammen mit Vorstandsmitglied Robert Ehret in den Aufsichtsrat überwechselt, aus dem Franz Heinrich Ulrich und Hans Zeith ausscheiden. Diese Vorschläge des Vorstands müssen noch vom Aufsichtsrat am 27. März beschlossen werden. Ergänzt wird der Vorstand durch Rolf E. Breuer und Georg Krupp, die vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern bestellt wurden.

Opec: Noch keine Einigung

Genf (DW.) – Die 13 Ölminister, die sich in Genf zu einer Opec-Sonderseitzung getroffen haben, konnten sich bis gestern nachmittag noch *nicht einigen. Die Diskussion* dreht sich um die Preisdifferenz zwischen dem geltenden Richtpreis für Leichtöl – 29 Dollar pro Barrel – und dem Preis für schweres Öl. Nachdem am Montag noch abgelehnt worden war, den Richtpreis zu ändern, entstanden gestern Gerüchte, die Minister würden möglicherweise von diesem Standpunkt abweichen. Saudi Arabiens Ölminister Jamani erklärte allerdings, 29 Dollar pro Barrel Leichtöl bliebe der Leitfaden für den Ölmarkt. Der ägyptische Ölminister als offizieller Beobachter der Gespräche hat die Konferenz aufgrund von Unstimmigkeiten verlassen.

Freigabe der Benzinpreise

Paris/Luxemburg (dpa/VWD) – Die Kraftstoffpreise in Frankreich werden ab heute freigegeben. Diese Entscheidung der Regierung ist die Folge eines gestern vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gefällten Urteils, nach dem das gegenwärtige Verfahren zur Preisfestsetzung durch den Staat dem Grundsatz des freien Handels in der EG widerspricht. Nach dem Spruch des Europäischen Gerichtshofes verstößt das seit 1982 geltende Verfahren gegen Artikel 30 der Römischen Verträge.

Airbus-Chef wird abgelöst

Paris (dpa) – Der Chef der europäischen Airbus-Industrie, Bernard Lathière, wird abgelöst. Das kündigte der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, Aufsichtsratsvorsitzender des Airbus-Konsortiums, gestern nach einem Gespräch mit Fabius an. Nach seinen Worten wird möglicherweise auch die „Nummer Zwei" des Konsortiums, Generaldirektor Roger Beteille, „aus gesundheitlichen Gründen" seinen Posten aufgeben.

Umsatz gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelsunternehmen der Bundesrepublik haben 1984 nach vorläufigen Ergebnissen rund 806 Mrd. DM umgesetzt. *Das waren nach Angaben des* Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, rund 35 Mrd. DM mehr als 1983. Die nominale Zunahme betrug fünf Prozent, die reale zwei Prozent. Beim Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ergab sich 1984 ein Umsatz von rund 408 Mrd. DM, der Großhandel mit Fertigwaren setzte rund 398 Mrd. DM um.

Mehr Erdgas gefördert

Hannover (dos) – Eine Steigerung um 0,8 Mrd. Kubikmeter oder 4,8 Prozent auf 18,3 Mrd. Kubikmeter ergab sich 1984 für die Erdgasförderung in der Bundesrepublik. Nach Angaben des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) erreichte die gesamte Naturgasförderung aus inländischen Feldern einschließlich des bei der Erdölgewinnung anfallenden Erdölgases knapp 18,6 Mrd. Kubikmeter.

Wochenausweis

	23.1.	15.1.	23.12.
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	65,5	65,7	64,8
Kredite an Banken	86,3	96,1	97,1
Wertpapiere	4,8	4,3	4,3
Bargeldumlauf	104,3	106,8	112,9
Einl. v. Banken	39,3	58,5	44,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	6,1	3,0	4,9

GRÖNLAND / Austritt aus der EG zum 1. Februar

Weiterhin finanzielle Hilfe

WILHELM HADLER, Brüssel

In der EG herrscht Kommen und Gehen. Ehe noch die Gemeinschaft den Beitrittswünschen Spaniens und Portugals entsprechen konnte, schert das halb autonom gewordene Grönland am 1. Februar bereits wieder aus dem Zehnerverband aus.

Der Gemeinsame Markt verliert damit die Hälfte seiner Fläche, allerdings nur 50 000 seiner 275 Millionen Einwohner. Daß den EG-Europäern die Entlassung der „grünen Insel" nicht leichtgefallen ist, zeigt schon die Tatsache, daß über den (in den Römischen Verträgen nicht vorgesehenen) Austritt fast zwei Jahre verhandelt werden mußte.

Grönland befindet sich jetzt in der Gesellschaft so entfernten Inseln wie Neukaledonien, den Falklands oder den britischen Jungfraueninseln. Es hat den Status eines überseeischen Gebiets und genießt im Rahmen des Lomé-Abkommens nicht nur Zollfreiheit für seine Fischexporte, sondern auch eine europäische Finanzhilfe von jährlich 59 Millionen DM.

Von Anfang an waren die Grönländer mißtrauisch, als sie – quasi im Gepäck der Dänen – 1973 in das Territorium der Gemeinschaft integriert wurden. Eine offene Revolte gab es, als sie 1979 das Selbstverwaltungsrecht erhielten. Damals kündigte sich in Brüssel bereits die gemeinsame Fischereipolitik an, die ihren Wunsch nach einer freien Verfügung über ihre Fischgründe in Frage stellte. 1982 sprachen sich 52 Prozent der Inselbewohner in einem Referendum für den Austritt aus der EG aus. Die Gemeinschaft war für eine solche Initiative nicht gerüstet, sie konnte sich aber dem Ersuchen nicht widersetzen.

Die Grönländer meinten zunächst, ihre Bereitschaft, weiterhin zollfrei Waren aus der EG zu beziehen, rechtfertige auch die Forderung nach einer Fortsetzung der Brüsseler Finanzhilfe. Schließlich importieren sie zehnmal mehr als sie an Fisch und Erzen in die EG liefern. Erst im Laufe der Verhandlungen stimmten sie dann einem Rahmenabkommen über Fischereifragen zu. Es sichert den EG-Fischern weitgehend ihre bisherigen Fangrechte.

Nach einem Quotensystem, das jedes Jahr neu ausgehandelt werden muß, können die Trawler der EG zum Beispiel 1985 rund 63 300 Tonnen Rotbarsch und 11 500 Tonnen Kabeljau östlich von Grönland fangen. Dem Inselstaat ist es weitgehend gelungen, Herr über den eigenen Fisch zu bleiben. Zwar gibt es im Rahmenabkommen eine Wachstumsklausel, die den EG-Fischern im Falle zunehmender Fischbestände zwanzig Prozent der zusätzlichen Fänge sichert. Nach dem Grundsatz „Ohne Geld kein Fisch" müßte sich die EG dafür allerdings durch eine höhere Finanzhilfe erkenntlich zeigen müssen.

Kritik an knappen Kaffee-Exporten

dpa/VWD, Hamburg

Die deutsche Kaffeewirtschaft übt scharfe Kritik an den restriktiven Kaffeexporten wichtiger Herstellerländer der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO). Die im internationalen Kaffeeabkommen festgelegten Quoten würden nicht eingehalten. Im abgelaufenen Quartal Oktober/Dezember seien statt der vorgeschriebenen Quote von 16,2 Millionen Sack (1 Sack = 60 Kilogramm) nur 12,2 Mill. Sack an die Verbraucher-Mitgliedsländer verschifft worden. Der Deutsche Kaffee-Verband, Hamburg, betrachtet die erzwungene Angebotsverknappung mit großer Sorge, denn dadurch entstehe ein zu hohes Preisniveau. Auf der nächsten ICO-Ratstagung im März in London steht das Thema voraussichtlich zur Debatte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Amberg: Kurt Ebert, Kraftfahrzeugmeister, Auerbach/Opf.; **Aschaffenburg:** Gerhard Haus, Kfz-Meister; **Burgwedel:** Uwe Henking, Kaufmann, Inh. d. Hifi Galerie Burgwedel, Großburgwedel; **Celle:** Celler Eisenbau Engelking GmbH; **Coburg:** Nachl. d. Eduard Karl Borzel; **Coesfeld:** CCF. Baustoff-Handelsges. mbH, Goch; **Detmold:** H + H Hausbau u. Hausvertrieb GmbH, Bad Salzuflen; **Essen:** Hermann Gatzemeier; August Sistermann, Fliesenlegermeister, Sprichhövel; H. Lenatz Ges. f. Fensterreinigung mbH, Fachbetrieb f. Bauwerksabdichtung; **Köln:** Nachl. d. Rudolf Kühn; **Lübbecke:** Fa. Wilhelm Vetter (Möbel-Vetter), Stemwede; **Neustadt:** Plato-Elektronik-Kühn GmbH; **Uelzen:** Goldschmiede Klaus-Ludwig Bräckerbohm GmbH; **Würzburg:** Diether Stellberger Bauträgerunternehmen GmbH & Co. KG.

Vergleich beantragt: Hof: Jürgen Höra, Fliesenleger; **Köln:** DS Moden-Collections GmbH (vormals: „Caren" Pfleger GmbH).

AGRARWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit dem Präsidenten des US-Bauernverbandes

EG trägt Schuld an Fehlentwicklungen

HENNER LAVALL, Berlin

„Den Verantwortlichen in der Europäischen Gemeinschaft fehlt der Blick für die Realitäten." Nur so lasse sich erklären, daß die EG insbesondere auf dem Agrarsektor weiter riesige Überschüsse produziert und diese mit Subventionen auf den Weltmarkt wirft, meinte der Präsident des amerikanischen Bauernverbandwes „American Farm Bureau Federation" Robert B. Delano. In einem WELT-Gespräch anläßlich der Grünen Woche in Berlin ging er hart mit der EG ins Gericht und forderte sie auf, die offensichtlichen Fehlentwicklungen endlich zu registrieren und, was noch viel wichtiger sei, abzustellen.

In den Vereinigten Staaten hätten die Farmer eine ähnliche Situation vor Jahren überwinden müssen. Im Gegensatz zu ihren europäischen Kollegen hätten sie sich dem Kampf gestellt – die kurzfristigen wirtschaftlichen Folgen akzeptierend. Deshalb konnten die Probleme gemeistert werden. „Natürlich hat uns unsere Regierung dabei kräftig geholfen", räumte der Präsident des größten Bauernverbandes der Welt ein. So sei das Getreide-Lieferembargo gegenüber der Sowjetunion von US-Präsident Ronald Reagan rechtzeitig aufgehoben worden, um die Überschüsse abzubauen. Zudem sei das Konjunkturprogramm der Administration in Washington so erfolgreich, daß die Inflationsrate von 15 Prozent auf inzwischen rund vier Prozent gesunken sei.

Aber auch in den USA ist die Landwirtschaft noch nicht am Ende des Weges angelangt. Die Pläne der kommenden Jahre sehen vor, die staatlichen Garantiepreise für Agrarprodukte, sie liegen über den Marktpreisen, abzubauen und nur noch das Marktniveau gelten zu lassen. Ähnliche Schritte empfahl Delano auch der europäischen Landwirtschaft.

Die gestörten Beziehungen der beiden größten Nahrungsmittel-Lieferanten auf dem Weltmarkt führt er ohne Einschränkung auf die EG-Politik zurück. Präsident Reagan habe niemals Agrarprodukte als Waffe der Diplomatie eingesetzt, wie es jetzt von seiten der Gemeinschaft wieder angedroht werde. Sollten tatsächlich Einfuhrbeschränkungen der EG für US-Futtermittel und ölhaltige Produkte wie Sojabohnen eingeführt werden, dann, so Delano, „können die Europäer sicher sein, daß es in den Vereinigten Staaten Befürworter von Gegenmaßnahmen geben wird". Der US-Bauernverband, als Vertreter von 95 Prozent aller amerikanischen Farmer, habe sich bisher immer gegen derartige Bestrebungen, die unter anderem eine Beschränkung der Automobil-Importe vorsehen, ausgesprochen.

Verärgert seien die Mitglieder des Farm Bureaus allerdings über einige Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die versuchten, Absatzmärkte durch hohe Exportsubventionen in den Griff zu bekommen. „*Auch unsere Geduld mit dem größ*ten Störenfried auf dem Welt-Nahrungsmittelmarkt ist einmal zu Ende", warnte Delano. Die USA seien dennoch bereit, ein neues, positives Kapitel in den Beziehungen zur Gemeinschaft aufzuschlagen. „Wir müssen weg vom Protektionismus, denn bei Handelskriegen kann es nur Verlierer geben."

RISIKOKAPITAL / Kabinett verabschiedet Bericht

Privatinvestitionen stärken

HEINZ HECK, Bonn

Bei den staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragskraft der Unternehmen hat die geplante Lohn- und Einkommensteuerreform „absolute Priorität". Das erklärt die Bundesregierung in dem Bericht *über die „Verbesserung* der Risikokapitalausstattung der deutschen Wirtschaft", den das Kabinett heute verabschiedet. Der Bundestag hatte diesen Bericht mit einem Prüfungsauftrag vom Juni 1984 angefordert.

Die Bundesregierung sieht in der Korrektur der aus dem starken Eigenkapitalrückgang in den 70er Jahren resultierenden wirtschaftlichen Fehlentwicklungen „eine vorrangige politische Aufgabe". In den beiden letzten Jahren seien bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden, die zu einer verbesserten Kapitalausstattung der Unternehmen geführt hätten. Dabei wird an die „vielfältigen steuerlichen Entlastungen" erinnert sowie an „die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung, die der Wirtschaft die Beschaffung von Eigenkapital über den Kapitalmarkt erleichtert haben".

Neben der Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen sei eine Verbesserung der Außenfinanzierungsmöglichkeiten erforderlich. Der Staat könne die Eigenanstrengungen der Wirtschaft nur durch den Abbau von Hemmnissen bei der Kapitalaufnahme von außen und der Gründung neuer Unternehmen begleitend unterstützen. Dabei gehe es nicht allein um die verstärkte Bereitstellung von Eigenkapital für technologische Neuerungen. Erforderlich sei vielmehr eine generelle Besserung der Finanzierungsbedingungen für private Investitionen.

Zur Herstellung eines chancengleichen Wettbewerbs für mittelständische und junge Unternehmen gegenüber größeren wird ein Gesetz für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften vorbereitet. Damit sollen indirekte Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen erleichtert werden. Dadurch sollen auch überbetriebliche Beteiligungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer erweitert werden.

STAHLINDUSTRIE / OECD: Absatz und Produktion sinken in der EG wieder

Weitere Arbeitsplatzverluste zu befürchten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Stahlkonjunktur der meisten westlichen Industriestaaten, vor allem aber der EG, wird sich in diesem Jahr wieder verschlechtern, meint die OECD in ihrem jüngsten Stahlmarktbericht. Nachdem die Rohstahlproduktion der OECD-Zone 1984 um 9,3 Prozent auf 368 Mill. Tonnen gesteigert wurde, dürfte sie 1985 insgesamt stagnieren und in der EG sogar um zwei Prozent (nach plus zehn Prozent 1984) zurückgehen. Demzufolge würde es wahrscheinlich zu einem weiteren Belegschaftsabbau kommen. Im letzten Jahr hatte er in der EG sieben Prozent und in den USA zwei Prozent erreicht. Andererseits wurden die Überkapazitäten weiter abgebaut.

In dem OECD-Bericht wird davor gewarnt, den letztjährigen Zuwachs des sichtbaren Stahlverbrauchs um durchschnittlich 13 Prozent zu überschätzen. Er beruhe zwar zum Teil auf den verstärkten Wirtschaftswachstum (plus 4,8 Prozent) und dabei insbesondere auf der Zunahme der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen (plus acht Prozent). Vor allem haben Produzenten, Handel und Verbraucher ihre Stahlvorräte stark erhöht. Der effektive Verbrauch war deshalb schwächer als er erscheint.

Davon ausgehend, daß der sichtbare Verbrauch 1984 immer noch um zehn Prozent unter dem von 1979, *dem Höhepunkt des gegenwärtigen* Konjunkturzyklus, gelegen hatte, vertreten die OECD-Experten die Auffassung, daß die Baisse-Tendenz weiter andauern wird.

Diese Tendenz erkläre sich aus den wirtschaftlichen Strukturveränderungen (weniger Hardware und mehr Software) sowie aus der fortschreitenden Substitution des Stahls durch andere Materialien (Kunststoffe). So verminderte sich der Stahlverbrauch je Sozialprodukteinheit zwischen 1973 und 1984 um 3,7 Prozent.

Unter diesen Umständen und angesichts des nachlassenden Wirtschaftswachstums rechnet die OECD für dieses Jahr mit einem Rückgang des sichtbaren Stahlverbrauchs um zwei Prozent – dabei um vier Prozent in den USA und um je 1,6 Prozent in Japan und der EG, während die übrigen westeuropäischen Staaten einen Verbrauchszuwachs von zwei Prozent verzeichnen sollten. Wegen des befürchteten Abbaus der Lagerbestände könnte der effektive Verbrauch aber noch stärker zurückgehen.

Auch die Exportaussichten werden in dem Stahlbericht als „nicht sehr ermutigend" bezeichnet. Aufgrund der jüngsten amerikanischen Restriktionen dürfte die Stahleinfuhr der USA gegenüber 1984 um 27 Prozent zurückgehen und damit ihr Marktanteil an Importstahl auf 20 (26,5) Prozent fallen.

Dazu kämen die nachlassenden Importe der Entwicklungsländer, deren eigene Stahlproduktion stärker als ihr Verbrauch steigt. Für die EG erwartet die OECD 1985 einen Exportrückgang um 8,3 Prozent nach einem Zuwachs von 2,1 Prozent 1984.

WOHLENBERG / Drehmaschinenreihe neu konstruiert

Kräftiges Wachstum erwartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit „optimistischer Zuversicht" beurteilt der hannoversche Werkzeugmaschinen-Hersteller H. Wohlenberg KG die Aussichten für das Geschäftsjahr 1985. Hans Rüdiger, geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens, bezieht sich mit dieser Aussage nicht nur auf den Umsatz, sondern gleichermaßen auf das Ergebnis, das „endlich wieder voll lukrativ" zu werden verspricht.

Die günstige Entwicklung wird nach den Worten Rüdigers im wesentlichen von den Besserungstendenzen im Bereich der Drehmaschinen geprägt. In dieser Sparte verfüge Wohlenberg über einen „knackigen Auftragsbestand". Aber auch der andere Produktbereich, die Papierschneidemaschinen, gebe keinen Grund zur Klage. Rüdiger geht davon *aus, daß 1985 der Umsatz um rund* 20 Prozent auf 120 (1984: 101) Mill. DM steigen wird. Die Anteile am Umsatz dürften sich dabei zu Gunsten der Drehmaschinen verschieben. Auf sie entfielen 1984 nur gut 40 Prozent bei einer auf 88 (96) Prozent verringerten Exportquote. Im laufenden Jahr werde der Drehmaschinen-Umsatz 50 Prozent der Gesamterlöse erreichen.

Begünstigt wird diese Entwicklung durch einen Auftrag aus den USA über die Lieferung von 20 fast gleichartigen Drehmaschinen im Wert von rund 35 Mill. DM; der Auftrag ist bis Mitte 1986 abzuwickeln und sichert die Grundauslastung. „Übervoll ausgelastet" sei ferner die Gießerei. Über Erwarten gut entwickelt sich die Mitte 1984 übernommene Firma Ehlermann in Verden, die einen Umsatz von 11,3 Mill. DM erzielte.

Die Erfolge im ansonsten desolaten Werkzeugmaschien-Markt führt Rüdiger auf die „völlig neu konstruierte Drehmaschien-Reihe" zurück. Das jetzt vorgestellte CNC-gesteuerte Be*arbeitungszentrum erlaubt dem* automatisierten Werkzeug-System Wechsel zum Drehen, Bohren, Fräsen, Gewindeschleifen und sei das „Größte und Komplexeste", was der Markt zu bieten habe.

Amtsgericht Hamburg-Wandsbek
– Abteilung 710 –

Geschäfts-Nr.: 710 IV–VI 1278/84 Hamburg 70, den 23. 1. 1985

Die Verwaltung des Nachlasses des am 18. 11. 1984 verstorbenen

Fritz Adolf Roß

zuletzt wohnhaft gewesen in 2000 Hamburg 70, Pulverhof 10, wurde angeordnet.

Nachlaßverwalter ist:
Dr. Werner Appel, Rechtsanwalt, Mönckebergstr. 11, 2000 Hamburg 1

Helms
Rechtspfleger

SPARKASSEN / Ersparnisbildung deutlich belebt

Mehr kurzfristige Kredite

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das private Sparen bei den Sparkassen hat sich 1984 trotz einer nur geringfügigen Zunahme der Realeinkommen und des Entsparungsprozesses bei den Arbeitslosen nach dem 1983er Tiefpunkt deutlich belebt. Allerdings hat die Ersparnisbildung die Ergebnisse der Jahre 1980 bis 1982 noch nicht wieder erreicht; dennoch ist Sparkassenpräsident Helmut Geiger mit dem Ergebnis zufrieden.

Nimmt man alle Sparformen zusammen, so stieg das Sparaufkommen von 16,4 auf 23 Mrd. DM. 54 Prozent des Spargeldaufkommens entfielen auf Spareinlagen, unter denen besonders die besser verzinslichen Sondersparformen gefragt waren. Etwa 26 Prozent der privaten Ersparnis wanderte in Sparkassenbriefe und -obligationen, jeweils zehn Prozent wurden auf Terminkonten und in Wertpapieren angelegt. Bei regionaler Betrachtung ergibt sich ein Süd-Nordgefälle; in Bayern und Baden-Württemberg waren die Durchschnittswerte pro Einwohner erheblich höher als in anderen Bundesländern. Außerdem wird nach Beobachtungen der Sparkassen in den vorwiegend ländlichen Gebieten mehr gespart als in städtischen Regionen, was sich vermutlich auch aus häufigen Nebenerwerbstätigkeiten – etwa in der Landwirtschaft – erklärt.

Das Kreditwachstum der Sparkassen war 1984 mit einem Anstieg um rund 6,6 Prozent auf 444 Mrd. DM prozentual etwa ebenso hoch wie im Vorjahr. Die verhältnismäßig starke Zunahme der kurzfristigen Kredite deutet, so Geiger, auf eine verstärkte Finanzierung der Lageraufstockung in der mittelständischen Wirtschaft hin, während Investitionskredite nicht mehr so stark wuchsen. Wegen des Zinsabbaus in den letzten drei Jahren hat sich der Schwerpunkt dennoch auf das mittlere und langfristige Kreditgeschäft verlagert.

Die Bilanzsumme der Sparkassen stieg um 7,1 Prozent auf 665 Mrd. DM. Geiger bezeichnete die Ertragslage trotz eines leichten Rückganges der Zinsspanne von 3,36 auf 3,46 Prozent als „hoch anständig".

LIEBHERR / Kapazitäten gut ausgelastet – Verbraucher bevorzugen einfache und preiswerte Hausgeräte

Mit Kältetechnik steigen die Marktanteile

W. NEITZEL, Ochsenhausen

Gab es vor nunmehr 30 Jahren in der etablierten Hausgeräte-Branche vielerorts nur mildes Lächeln über den Einfall des schwäbischen Baumaschinen-Unternehmers Hans Liebherr, eine Kühlschrank-Fertigung aufzuziehen, so dürften etwaige Vorbehalte längst in Respekt umgeschlagen sein. Sicherlich ist einigen das Lachen vergangen. Denn mit großer Zielstrebigkeit hat Liebherr im Zuge seiner Diversifikationsstrategie – zunächst ging er zusätzlich in den Bereich der Werkzeugmaschinen (1952) – in nunmehr genau drei Jahrzehnten im Bereich der Kühl- und Gefriergeräte auf (zumindest in der Sparte des Kühlens) von relativ stark gesättigten Märkten zu einer hervorragenden Position gebracht. Nach letzten Erhebungen kommt Liebherr als Branchenzweiter im Sektor Kühlen in der Bundesrepublik (stückzahlmäßig) auf einen Marktanteil von 21 Prozent, bei Gefriergeräten sogar auf 29 Prozent.

„Da wir weitgehend vom Ersatzbedarf abhängen, brauchen wir einen heißen Sommer", erklärt Gunther Morlok, Geschäftsführer der Liebherr-Hausgeräte GmbH, Ochsenhausen, die Marktschrumpfung des Jahres 1984, die durch ein verhältnismäßig kühles (die Kühlschrankmotoren schonendes) Sommerwetter und durch die Arbeitskämpfe und ihre Auswirkungen verursacht wurde. Im vergangenen Jahr kauften die Deutschen sieben Prozent weniger Kühlgeräte (hier beträgt die Marktsättigung 96 Prozent) und elf Prozent weniger Gefriergeräte (55 Prozent Marktsättigung).

Allgemein sei ein starker Käufertrend hin zu einfacheren und preiswerteren Ausführungen festzustellen. *Hinzu komme ein kräftiger Import*druck, der aus europaweit vorhandenen Überkapazitäten resultiere und für einen erheblichen Preisdruck sorge.

Die Liebherr-Hausgeräte GmbH hingegen kann sich einer recht ordentlichen Kapazitätsauslastung (90 Prozent) rühmen und blickt deshalb auch recht zuversichtlich in das laufende Jahr 1985. Avisiert wird mindestens wieder die Umsatzzahl des Jahres 1984. Morlok: „Wir wollen um Marktanteile fighten." Immerhin hat Liebherr seine Marktanteile bei diesen Hausgeräten innerhalb von zehn Jahren verdoppelt.

In 1984 hatte das Ochsenhausener Unternehmen zwar mit einem Umsatz von 320 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr zwar einen Rückgang von fünf Prozent hinnehmen müssen, doch fiel das Minus moderater aus als im Branchendurchschnitt. Die Exportquote vergrößerte sich auf 22 (19) Prozent. Etwa 40 Prozent des Umsatzes entfallen auf das sogenannte Industriegeschäft, das sind Lieferungen an große Küchenmöbelhersteller (für Einbauküchen) und an Hausgeräte-Produzenten, die selbst keine Kühl- und Gefriergeräte herstellen. 60 Prozent des Umsatzes werden mit dem Handel abgewickelt, wobei Liebherr ausschließlich fachhandelsorientiert (Kaufhäuser einbezogen) vorgeht. Die befriedigende Ertragslage früherer Jahre habe sich zwar etwas verschlechtert, man schreibe aber immer noch schwarze Zahlen. In einer weiteren Ausdehnung der Fertigungstiefe, die schon ansehnlich ist, könnten durchaus noch weitere Reserven freigemacht werden. Investiert wurden im vergangenen Jahr in Ochsenhausen 7,5 (8,5) Mill. DM, darunter war beispielsweise auch der Bau eines modernen Ausbildungszentrums. Die Tageskapazität des Werks liegt bei 3200 Geräten.

Seit 1981 besteht innerhalb des Liebherr-Konzerns eine zweite Hausgeräte-Firma, nämlich in Lienz/Österreich. Hier beträgt die Tageskapazität etwa 700 Kühl- und Gefriergeräte, eine Zahl, die sich bei Einführung einer zweiten Schicht verdoppeln ließe. Die Lienzer Firma (45 000 qm Fertigungsfläche), die in 1984 umgerechnet rund 85 Mill. DM umsetzte, produziert auch Kühl- und Gefriergeräte für den gastronomischen und sonstigen gewerblichen Bedarf. Liebherr fertigte in seinen zwei Hausgeräte-Werken, die rund 1800 Beschäftigte zählen (davon 1400 in Ochsenhausen) im vergangenen Jahr 790 000 Geräte.

R + V VERSICHERUNG

Zufrieden mit der Entwicklung

adh. Frankfurt

Zufrieden mit der Entwicklung im vergangenen Jahr zeigt sich die R + V Versicherungsgruppe. Mit einer konsolidierten Beitragseinnahme von 3,1 (i. V. 2,9) Mrd. DM sei die Position in der Spitzengruppe der deutschen Versicherungswirtschaft behauptet worden, heißt es in einem ersten Überblick der zum Raiffeisen-Volksbankenverbund gehörenden Gruppe. Auch bei R + V sind zwar im vergangenen Jahr die Beiträge schwächer gewachsen als im Jahr zuvor; die Ertragsentwicklung liege über alle Sparten „mindestens" auf Vorjahresniveau.

In der Sachversicherung der Gruppe, der R + V Allgemeine Versicherungs AG, nahm die verbuchte Beitragseinnahme um 7,3 Prozenet auf 1,46 (1,38) Mrd. DM zu, dabei gab es in den Sparten allerdings Unterschiede: In der Kraftfahrtversicherung machte die Beitragszunahme gut 5,5 Prozent auf rund 680 Mill. DM aus. Gleichzeitig verschlechterte sich aber in der Kfz-Haftpflichtversicherung das Ergebnis, da die Schäden zunahmen und der Aufwand pro Schaden stieg.

Das gilt auch für die Allgemeine Haftpflicht, wo gleichzeitig das Beitragsaufkommen leicht auf 166 Mill. DM zurückfiel. Im reinen Sachversicherungsbereich stieg das Beitragsaufkommen dagegen um 12,5 Prozent auf 360 Mill. DM, sinkender Schadenaufwand und geringere Kosten sorgten für ein positives Ergebnis.

Bei der R + V Lebensversicherung wuchsen die Beiträge nach der zehnprozentigen Steigerung im Vorjahr um sechs Prozent auf 1,32 Mrd. DM. Bei durchschnittlich geringeren Versicherungssummen sank die neu abgeschlossene Summe aber um 4,8 Prozent auf 7,3 Mrd. DM. Mit 52 Mrd. DM Bestand am Jahresende steht R + V Leben an vierter Stelle unter den deutschen Versicherungen. Die gesamten Kapitalanlagen der Gruppe machen rund 11,7 Mrd. DM aus (davon 8,8 Mrd. DM, plus 14 Prozent, bei R + V Leben).

HUTA-HEGERFELD / Plan zur Sanierung vorgelegt

Verlust übersteigt Eigenmittel

dpa/VWD, Essen

Das seit längerem mit Finanzschwierigkeiten kämpfende Bauunternehmen Huta-Hegerfeld AG, Essen, hat Verluste von 46,1 Mill. DM zu verkraften und damit mehr als das Grundkapital (25 Mill. DM) und die Rücklagen (20,1 Mill. DM) zusammengerechnet verloren. Wie den Aktionären in einer außerordentlichen Hauptversammlung in Essen mitgeteilt wurde, ist dies der Status der Gesellschaft zum 30. November 1984.

Das Gesamtminus setzt sich den Angaben zufolge aus 27 Mill. DM Inlands- und 16 Mill. DM Auslandsverlusten sowie einem Fehlbetrag von 3,1 Mill. DM aus dem Fertigteilewerk Xanten zusammen. Zur Verlustanzeige war das Unternehmen nach dem Aktiengesetz verpflichtet, nachdem die Verluste nach Auflösung der Rücklagen die Hälfte des Grundkapitals überstiegen hatten. Ein Konsolidierungsplan sieht laut Vorstand vor, das Fertigteilewerk aus der AG auszugliedern, die Auslandsaktivitäten in eine „Huta-Construction GmbH" einzubringen sowie die Immobilienwerte des Bauunternehmens von einer neu zu gründenden Gesellschaft übernehmen zu lassen.

Vorgesehen ist, den Inlandsumsatz auf ein „erträgliches Maß" zu reduzieren. Nur so werde die AG als Unternehmen bestehen bleiben können, wurde gesagt. Bestätigt wurde, daß das Unternehmen sich weiter in einem Liquiditätsengpaß befinde. Weitere Gespräche mit den Banken stünden bevor. Eine Überschuldung des Unternehmens bestehe nicht, wurde erklärt, da die Unterkapitalisierung durch Auflösung stiller Reserven dieses Jahr ausgeglichen werden könne.

Kapitalerhöhung bei der BHF-Bank

dpa/VWD, Frankfurt

Eine Kapitalerhöhung um rund 21 Mill. DM auf 176 Mill. DM haben die Geschäftsinhaber der Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF), Frankfurt/Berlin, beschlossen. Die aus noch bestehendem genehmigten Kapital stammenden neuen Aktien werden den Kommanditaktionären im Verhältnis acht zu eins zum Ausgabebetrag von 195 DM je 50 DM-Aktie vom 14. bis 28. Februar zum Bezug angeboten. Mit der Kapitalerhöhung will die BHF-Bank ihre Eigenmittel dem gestiegenen Geschäftsumfang anpassen.

Die Bilanzsumme hat sich 1984 nach BHF-Angaben nochmals um etwa zehn Prozent auf über elf Mrd. DM erhöht, *das Geschäfts- und Kreditvolumen* weist eine Steigerung von mehr als zehn Prozent auf. Das Betriebsergebnis wurde als gut bezeichnet.

ROTRING / Nach Rückerwerb des Pelikan-Anteils wieder „Herr im eigenen Haus"

Große Erfolge rund um den Zeichentisch

JAN BRECH, Hamburg

Die rotring-Werke Riepe KG, Hamburg, ein bedeutender Hersteller für Geräte zum Zeichnen und Schreiben, hat im Berichtsjahr 1984 einen beträchtlichen Umsatzsprung gemacht. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Karl H. Ditze erreichte die roting-Gruppe einen Konzernumsatz von 430 Mill. DM; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Wachstum von 20,5 Prozent.

Die starke Expansion führt Ditze einmal auf die Erweiterung des Programms und eine Ausdehnung des Niederlassungsnetzes im Ausland zurück. Neu gegründet hat rotring im Berichtsjahr Vertriebstöchter in Japan und Spanien. Im starken Wachstum des Gesamtumsatzes mache sich zum andern, so Ditze, die höhere Dollarbewertung mit rund 15 Mill. DM bemerkbar.

Das Stammhaus in Hamburg einschließlich der Tochtergesellschaften rotring-Technik GmbH, der Aristo Graphic Systeme GmbH & Co. KG sowie der rotring euroCAD GmbH steuerte nach Angaben von Ditze insgesamt 237,5 Mill. DM zum Gesamtumsatz bei. Die US-Tochter Koh-I-Noor Rapidograph Inc. erreichte 170 Mill. DM und die übrigen Tochtergesellschaften im Ausland 40 Mill. DM. Hauptumsatzträger blieb der bereits 1954 auf den Markt gebrachte Tuschefüller, für den Ditze einen weltweiten Marktanteil von 70 Prozent angibt.

Das Standardprogramm von rotring macht allerdings nur noch etwa die Hälfte des Gesamtgeschäfts aus. Hinzugekommen sind moderne Technologien, um den Arbeitsplatz des Konstrukteurs und technischen Zeichners noch effizienter zu machen. In diesem Spezialbereich, der in den Firmen rotring-Technik, Aristo und rotring euroCAD zusammengefaßt ist und der 1984 rund 60 Mill. DM Umsatz brachte, habe rotring, wie Ditze erklärt, bereits im Anfangsstadium ebenfalls Marktanteile bis zu 80 Prozent erreicht. Komplettiert wird das Programm durch Geräte für die kosmetische Industrie.

Als ein wichtiges Ereignis im Jahr 1984 bezeichnet Ditze den Rückerwerb der 50-Prozent-Beteiligung, die bei der Pelikan AG und deren Nachfolge-Gesellschaft Condorpart AG lag. Man sei jetzt wieder eigener Herr im Haus, betont Ditze. Von der Condorpart sind gleichzeitig ein 50-Prozent-Anteil an der US-Firma Koh-I-Noor und an der Cosmolap Kosmetik GmbH, Hannover, übernommen worden. Im Zuge dieser Transaktionen ist das Stammkapital von rotring von 15 auf 35 Mill. DM erhöht worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Deckel steigerte Umsatz

München (dpa/VWD) – Der Werkzeugmaschinenbauer Friedrich Deckel AG, München, hat 1984 seinen Umsatz um 31 Prozent auf 381 Mill. DM gesteigert. Wie das Unternehmen mitteilte, werde der Jahresüberschuß zur Deckung des Verlustvortrages von 15,8 Mill. DM ausreichen. Der Auftragseingang habe sich gegenüber dem Vorjahr um 34 Prozent auf 412 Mill. DM erhöht. Die Steigerung im Inland habe 59 Prozent betragen.

Shell beteiligt sich

Hamburg (JB.) – Die Deutsche Shell AG, Hamburg, wird sich an der Organogen Medizinisch-Molekularbiologische Forschungsanstalt mbH, Heidelberg, mit 49 Prozent beteiligen. Die 1982 gegründete Gesellschaft, die auch künftig von dem bisherigen Alleininhaber Christian Birr geleitet wird, befaßt sich mit der Entwicklung und dem Vertrieb pharamkologischer Vorprodukte aus der Peptidchemie.

Henkel-Tochter gekauft

Montreal (AFP) – Die Henkelfiliale *in den Vereinigten Staaten geht am* 1. Februar in kanadischen Besitz über. Wie der Lebensmittelkonzern John Labatt in Montreal bekanntgab, hat eine seiner Tochtergesellschaften, der Mühlenbetrieb Ogilvie, die Henkel*tochter aufgekauft. Henkel stellte in* Keokuk/Iowa Stärke, Gelantine und andere Produkte für die Lebensmittelindustrie her.

Kapitalschnitt angekündigt

Bremen (dpa/VWD) – Mit einschneidenden Kapitalmaßnahmen will die Hochseefischerei Nordstern AG, Bremerhaven, ihren Betrieb wieder „auf Kurs" bringen. Der Aufsichtsrat beschloß eine außerordentliche Hauptversammlung am 15. März, auf der das Grundkapital von 6 Mill. DM im Verhältnis 60:1 auf 100 000 DM herabgesaetzt und anschließend gegen Bareinlage wieder im Verhältnis 1:4 auf 500 000 DM gebracht werden soll.

Neue Vertriebsgesellschaft

Nürnberg (dpa/VWD) – Der Elektronikhersteller Loewe-Opta GmbH, Kronach, hat für Großbritannien eine eigene Vertriebsgesellschaft, die Loewe Opta UK Ltd, London, gegründet, die den Vertrieb des gesamten Loewe-Opta-Programms übernehmen wird.

Wieder Dividende

Düsseldorf (Py.) – Nach drei dividendenlosen Jahren beabsichtigt das Textilunternehmen Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, für 1984 wieder eine Dividende zu zahlen. Einer Fir*menmitteilung zufolge ist für 1984* mit einer Ausschüttung von 6 DM je 50-DM-Aktie zu rechnen. Das Geschäftsjahr 1984 war für Stöhr bei einer Umsatzsteigerung um 13 Prozent auf rund 200 Mill. DM und einem überproportional gewachsenen Betriebsergebnis das beste seit Kriegsende. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich um fast 100 auf 762.

AVA / Im Wettbewerb gut mitgehalten – Neue Gesundheitsmärkte geplant

Expansion, aber nicht um jeden Preis

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

„Der Wettbewerb um die Gunst des Verbrauchers ist inzwischen zur Schlacht um dessen Mark geworden." So umreißt Wilfried Stein, Vorstandssprecher der AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, die derzeitige Situation im Einzelhandel. Das von ihm vertretene Unternehmen hat in diesem erbarmungslosen Preiswettbewerb allerdings gut mithalten können, denn 1984 konnte es seinen Gesamtumsatz um 11,4 Prozent auf 1,53 (1,37) Mrd. DM erhöhen. Auch abzüglich der Flächenerweiterung um 17 000 auf jetzt 204 000 Quadratmeter bedeutet dies ein Plus von 4,6 Prozent, in dem nur 1,5 Prozent Preissteigerung enthalten sind. Solche Zuwachsraten sind im Einzelhandel durchaus eine Ausnahme.

Nicht gewachsen ist allerdings die Rendite. Sie dürfte 1984 etwa gleich hoch ausfallen wie im Vorjahr, in Relation zum Umsatz jedoch zurückbleiben, eine durchaus gewollte Entwicklung, mit der die Preisführerschaft im westfälisch-niedersächsischen Einzugsbereich gehalten werden konnte. Trotzdem dürfen die rund 23 000 Kleinaktionäre *des Unternehmens* wieder mit der gewohnt hohen Ausschüttung rechnen, vermutlich wie im Vorjahr 8 DM Dividende plus 4 DM Bonus auf die 50-DM-Aktie. Auch bei der Verzinsung bewegt sich die *AVA in einer Spitzengruppe.*

Für 1985 stehen die Zeichen weiterhin auf Expansion, allerdings „nicht um jeden Preis". Die Tochtergesellschaft Marktkauf GmbH, deren Umsatz 1984 erstmalig die Milliarden-DM-Marke überschritt, errichtet derzeit in Bielefeld-Sennestadt ihr 19. SB-Warenhaus. Die dixi GmbH konnte inzwischen den langerstrebten Standort Paderborn mit einem Discount-Kaufhaus besetzen, und bei den Nachbarschaftsläden der basar-allfrisch-Tochter sind vor allem neue Märkte der preisgut-Linie vorgesehen, die ebenfalls auf der Discountschiene fährt. Die Höhe der Investi*tionen, 1984 waren es* 33 (20,3) Mill. DM, wird weitgehend von den Möglichkeiten abhängen, avisierte Standorte auch besetzen zu können.

Wie schwierig das in der Praxis ist, erlebt die AVA gegenwärtig mit ihrer neugegründeten Tochtergesellschaft *vita-kauf GmbH. Unter diesem Dach* sind neue Fachmärkte vorgesehen, die den Bereich Gesundheit im weitesten Sinne abdecken sollen. Das Angebot soll von Reformkost und Naturkosmetik bis zu medizinisch-technischem Gerät einschließlich Optik reichen. Gedacht ist an 1500-Quadratmeter-Märkte in städtischen Lagen. Erste Versuche zur Realisierung des Projekts stießen jedoch auf den geschlossenen Widerstand etablierter Anbieter, ohne daß die AVA ihre Ambitionen aufsteckte.

Die vor genau zehn Jahren aus der co op Ostwestfalen-Lippe hervorgegangene AVA ist in ihrer Unterneh*mensform einmalig in der* deutschen Handelslandschaft. Hier wurde der Versuch unternommen, die traditionelle Selbsthilfe-Idee der Konsumgenossenschaften von gestern auf die Verhältnisse von heute mit ihren Kooperationen und Konzentrationen zu übertragen. Die AVA stellt sich heute als ein unabhängiges Handelsunternehmen dar, dessen Aktienpaket ausschließlich von Kleinaktionären und von Verbrauchern gehalten wird.

Aktien überwiegend widerstandsfähig

Durch die Zinsentwicklung bisher wenig beeinträchtigt

DW. – Trotz der Turbulenzen an einigen europäischen Börsen blieben die deutschen Aktien am Dienstag im allgemeinen gut behauptet. Dafür sorgten Kaufaufträge aus dem Ausland. Die durch den weiteren Zinsanstieg entstandene Unsicherheit machte sich nur vorübergehend bemerkbar. Nach den Cassa-Notizen zogen viele Aktien wieder leicht an. Zuversicht bezogen die Aktienanleger sowohl aus dem gestiegenen Leistungsbilanzüberschuß als auch durch die nach wie vor positiven Konjunkturausblicke auf das Jahr 1985.

Die am Vortag favorisierten AEG-Aktien setzten ihren Anstieg nicht mehr weiter fort, konnten sich aber trotz vorübergehender Glattstellungen gut behaupten. Für das aufgekommene Interesse an diesen Papieren sind Verlautbarungen über die sich weiter bessernde Geschäftslage des Konzerns verantwortlich. Conti-Gas, bereits am Montag sehr fest, setzten ihre Aufwärtsbewegung zweistellig fort. Bewegungen auch wieder am Markt für Versicherungsaktien. Hier überwogen die Kursgewinne. Bankaktien litten dagegen unter dem sich beschleunigenden Zinsanstieg. Die bevorstehende Kapitalerhöhung blieb auf den Kurs der BHF-Bank ohne Einfluß. Für Stahlaktien weiterhin Interesse. Auto-Aktien lagen bei andererseits leicht unter Druck. Keine einheitliche Kursbildung im Bereich der Maschinenbauwerte, von denen sich Linde bemerkenswert stabil zeigen. Versorgungswerte überwiegend unverändert.

Düsseldorf: Audi NSU zogen um 3 DM auf 423 DM an, Bilfinger erhöhten sich ebenfalls um 3 DM auf 179 DM und Leffers befestigten sich um 3 DM auf 237 DM. Heinrich Lehmann verminderten sich um 5 DM auf 395 DM, Stinnes gaben um 5 DM auf 585 DM nach und Ver. Rumpus erlitten ebenfalls eine Einbuße von 5 DM auf 505 DM.

Frankfurt: AEG konnten sich um 2,80 DM auf 111,30 DM befestigen, Ceag erhöhten sich um 4 DM auf 111,50 DM und Texaco stiegen um 4,80 DM auf 198,80 DM an. Holzmann schlossen mit einem Plus von 8,50 DM auf 403,50 DM an.

Hamburg: Von den Versorgungswerten gingen HEW zu 90 DM plus 0,50 DM und NWK-Vz. zu 170 bis 169 DM unverändert aus dem Markt. Beiersdorf wurden auf gestriger Basis mit 430 DM bezahlt und Phoenix Gummi lagen um 115,60 DM plus 0,10 Dm gut bezahlt.

München: Agrob Vz. befestigten sich um 3 DM auf 163 DM und AKS zogen um 1,30 DM auf 91,20 DM an. Deckel AG sanken um 3 DM auf 165 DM, Dywidag verloren 5,50 DM auf 153 DM und Erlus AG verminderten sich um 5 DM auf 345 DM.

Berlin: Detewe erhöhten sich um 7 DM. Herlitz Vz. konnten 2,60 DM zulegen. Berliner Kindl lagen um 0,80 DM, Berliner Bank um 0,50 DM und Berthold um 0,20 DM geringfügig freundlicher. Schering gaben um 2 DM und Orenstein um 1 DM nach.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 166,6 (166,5)
WELT-Umsatzindex: 2540 (2980)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 29. 01. 85
868 Optionen = 46 350 (56 200) Aktien,
davon 327 Verkaufsoptionen = 12 000 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-95/17,5, 4-100/13,9, 4-110/5,6, 4-120/1,65, 7-100/18, 7-110/8,2, 7-120/4,3, 10-100/18,6, 10-110/10,4, 10-120/6,6, BASF 4-169,65/14, 4-180/7, 4-190/2,5, 7-169,65/19,2, 7-180/12, 7-190/7,4, 7-200/3,6, 10-190/11, 10-200/7, Bayer 4-170/22, 4-190/6, 4-200/3,5, 7-190/14, 7-200/7, 7-210/3,4, 10-200/12,4, 10-210/8, BHF 4-290/9,6, Bekula 4-85/1, 10-85/4, BMW 4-410/3, 7-420/6,4, Commerzbk. 4-180/2,9, 7-170/11,5, 7-180/5,5, 7-190/3,9, Conti 4-120/5,8, 7-120/10, 10-120/12, Daimler 4-85/8,4, 4-600/38,9, Deutsche Bk. 4-370/33,5, 4-390/20, 4-400/12, 4-410/8,6, 4-420/4, 7-440/4,5, Degussa 7-370/8, Dresdner Bk. 4-180/14, 4-190/9, 7-180/20, 7-200/10, 7-210/4,45, 10-200/13,9, 10-210/7, GHH St. 7-180/5, Hoechst 4-190/4, 4-200/2,2, Hoesch 4-100/7,4, 4-110/2,7, 7-100/12,5, 7-11/6,5, 7-120/3, 10-120/4,9, Karstadt 10-240/10, Klöckner 4-75/5, 7-75/7,8, 10-75/10,6, 10-80/8, Linde 4-400/15, MAN 4-160/7,3, Metallges. 10-230/10,1, Mannesmann 4-160/3,5150-8,9, 4-170/1,2, 10-170/6,1, RWE Vz. 4-170/1,9, 7-170/4,4, Schering 4-420/40, Kali + Salz 7-280/20, 7-290/3,6, Siemens 4-470/32, 4-500/14,4, 4-530/3,9, 7-500/24,25, 7-530/9, 10-530/12,6, 10-550/6, Thyssen 4-75/17,9, 4-80/12, 4-85/7,5, 4-90/3, 4-95/2,55, 4-100/1,5, 7-90/7,5, 7-100/3, 10-85/13,6, 10-90/10,4, 10-95/7, Varta 7-180/7, 10-180/9, Veba 4-162,5/15,1, VW 4-200/8,5, 4-220/1,8, 7-190/21, 7-200/13, 7-210/8, 7-220/5, 7-230/2,9, 7-240/2,2, 10-210/14, 10-220/10,6, 10-230/6,1, Chrysler 4-95/15, 4-100/12, 4-110/7,5, 7-100/13, Elf 7-60/4,65, IBM 4-370/55, 4-400/27, 4-410/17,5, 7-400/50, 7-420/25, 10-410/38, Litton 4-210/18, Norsk Hydro 4-35/3, 7-35/5,4, 7-40/2, 10-35/6,9, Philips 4-44,5/8,5, 7-45/10,1, 7-49,5/6,5, 10-55/3,5, Royal Dutch 7-160/6, Sperry 4-130/18,6, **Verkaufsoptionen:** AEG 7-100/2,1, 10-100/2,8, 10-110/6,5, BASF 10-180/5,3, Bayer 4-190/3,5, 7-180/2, 7-190/4, 10-190/7,2, BHF 4-290/4,4, Bekula 10-95/5,2, BMW 4-360/2,3, 7-350/5, 7-370/11, Commerzbk. 4-170/2,1, 10-170/5, Conti 4-120/2, 10-110/2,4, Deutsche Bk. 4-400/14, 7-370/2,6, 7-400/16,6, 10-380/9,2, Degussa 7-340/4,65, Dresdner Bk. 4-190/3, 7-190/4,5, 10-180/3,8, 10-190/7,5, Hoechst 4-180/1,4, 7-190/8,5, Hoesch 7-1200/2,2, 10-100/3,4, Karstadt 4-230/6,6, 7-240/15, Klöckner 7-75/3,8, Lufthansa St. 7-180/3,8, Mannesmann 10-150/3, Preussag 7-250/7,1, Schering 7-450/8,1, Kali + Salz 4-280/4, Siemens 4-470/3,1, 4-480/4,2, 4-500/15, 10-480/5, Thyssen 4-90/1,6, 7-85/1, 7-90/2,5, 10-80/1,5, 10-85/1,9, Veba 7-170/1,65, 10-170/3,5, VW 4-180/3, 7-190/4,4, 10-200/8,7, Chrysler 4-100/2,1, 7-100/4, 10-90/3,9, General Motors 7-250/5,6, IBM 4-390/4, 4-420/7,1, 7-400/11, Norsk Hydro 10-35/2,5, Sperry 10-140/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¼– 8½	5⅝–5⅞	5½–5¾
3 Monate	8⅜– 8⅝	5⅞–6D	5¼–5⅝
6 Monate	8⅝– 8⅞	6 –6¼	5¼–5½
12 Monate	9⅛– 9⅜	6⅛–6⅜	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1510,00	1903,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,25
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	221,00	274,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	217,00	270,18
20 belgische Franken	166,00	216,60
10 Rubel Tscherwonez	228,00	287,28
2 südafrikanische Rand	215,00	266,76
Krüger Rand, neu	960,00	1134,30
Maple Leaf	960,00	1134,30
Platin Noble Man	883,00	1046,52
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	238,00	296,40
20 schweiz Franken „Vreneli"	178,00	226,88
20 franz. Franken „Napoléon"	180,00	229,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	899,00	1088,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,00	226,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,00	123,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	414,00	511,86
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,00	135,66

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs*)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1600	3,1680	3,1425	3,10	3,19
London¹)	3,528	3,542	3,455	3,49	3,62
Dublin¹)	3,106	3,120	3,046	3,02	3,17
Montreal³)	2,3825	2,3905	2,3636	2,33	2,44
Amsterd.	88,325	88,545	88,30	87,50	89,50
Zürich	118,980	119,180	118,95	117,50	120,25
Brüssel	4,991	5,011	4,94	4,89	5,09
Paris	32,630	32,790	32,315	31,75	33,50
Kopenh.	27,970	28,090	27,685	26,75	28,50
Oslo	34,455	34,575	33,965	33,50	35,25
Stockh.**)	34,870	35,090	34,33	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,617	1,627	1,585	1,56	1,68
Wien	14,219	14,259	14,199	14,14	14,56
Madrid**)	1,800	1,810	1,773	1,74	1,88
Lissabon**)	1,818	1,838	1,719	1,43	2,25
Tokio	1,2435	1,2465	–	1,20	1,28
Helsinki	47,560	47,780	46,86	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,4150	2,4690	–	1,90	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5765	2,5955	–	2,52	2,62
Johannesbg.*)	1,5105	1,5295	–	1,16	1,41

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; *) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt herrschte am 29. 1. weiterhin eine abwartende Haltung. Sowohl für den US-Dollar als auch für die D-Mark war eine leichte Zinssteigerungstendenz zu erkennen. Kursmäßig bewegte sich der Dollar in einem engen Rahmen zwischen 3,1595 und 3,1670. Die Bundesbank blieb im Freiverkehr außerhalb des Marktes und glich zur Notiz die vorhandene Nachfrage bei 3,1640 mit einem Verkauf von 12,5 Mill. Dollar aus. Das englische Pfund notierte nach dem gestrigen Zinskraftakt gut behauptet mit 3,535. Der belgische Franc erreichte wie bereits gestern 5,001. Die Marke von 5 wurde zuletzt im Juli 1983 überschritten. US-Dollar in: Frankfurt 3,1640; Amsterdam 3,5785; Brüssel 63,28505; Paris 9,6730; Mailand 1951,50; Wien 22,2180; Zürich 2,6570; Ir. Pfund/DM 3,113; Pfund/Dollar 1,1173; Pfund/DM 3,535.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 29. Januar: In D-Mark 2,22047 (Parität 2,24184); in Dollar 0,701792 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 29. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im längerfristigen Bereich wurden am 29. 1. die Dollar/DM-Deports etwas höher genannt. Beruhigt hat sich die Situation bei den Pfundabschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,68/0,58	1,90/1,89	4,10/3,90
Pfund/Dollar	0,54/0,51	1,51/1,46	2,50/2,43
Pfund/DM	3,10/1,70	7,80/6,20	12,90/11,50
FF/DM	20/04	46/30	86/70

Geldmarktsätze

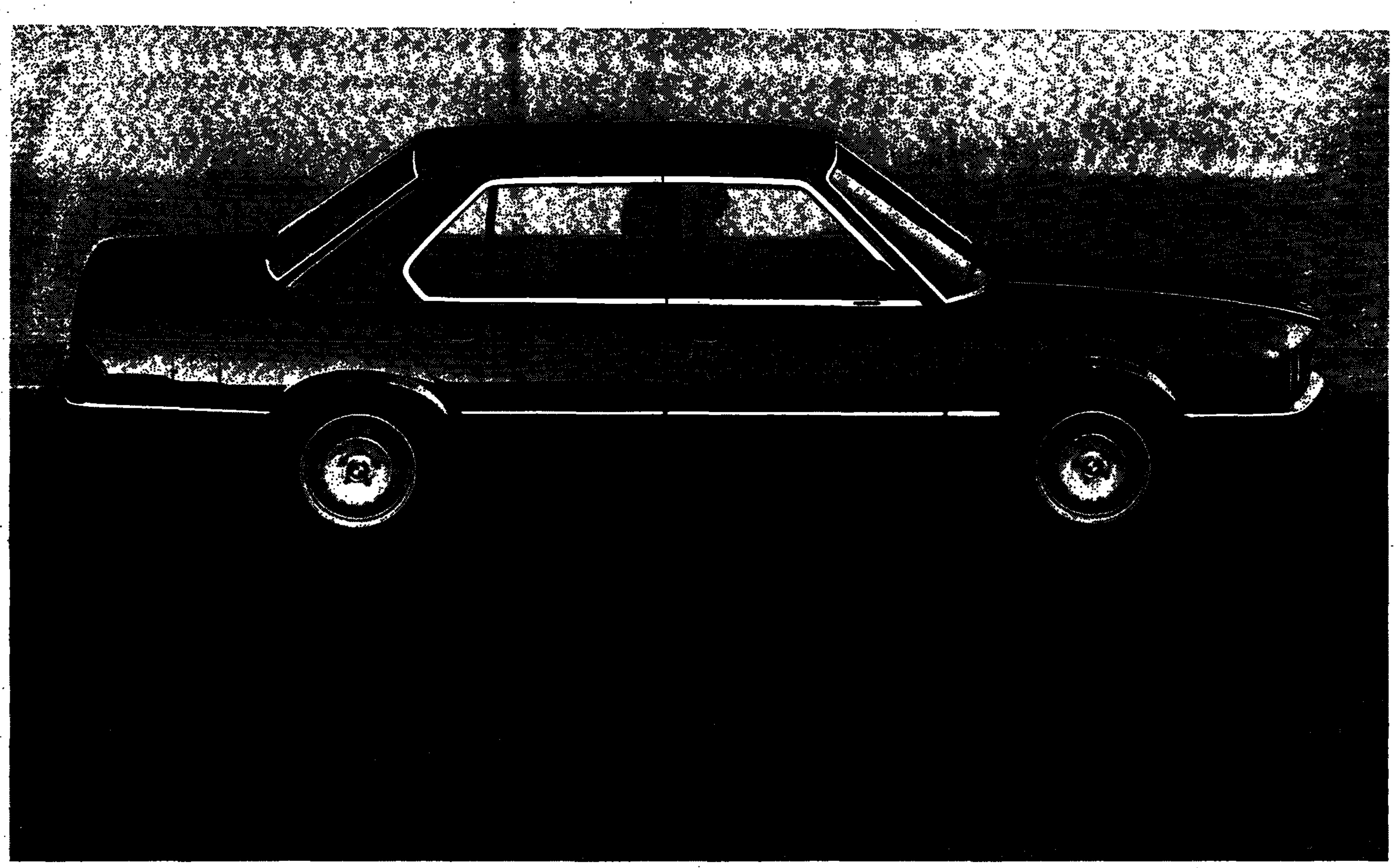
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,30, Rendite 6,94.

Jetzt geht es nicht allein darum, schnell zu fahren. Sondern vielmehr darum, schneller zu begreifen.

BMW 535i Katalysator: Das neue Maß der Klasse.



<u>Der neue BMW 535i Katalysator:
Das ideale Angebot für Fahrer, die ein besonderes Verantwortungsbewußtsein für die Umwelt empfinden und dabei schon aus beruflichen Gründen ein schnelles Automobil brauchen.</u>
Eine leistungsfähige Wirtschaft braucht schnelle Verkehrsmittel – in der Luft, auf der Schiene, auf der Straße.
BMW bietet dazu und zugleich im Sinne der Umweltentlastung ein fortschrittliches Automobil der Leistungs-Spitzenklasse in kompakten Abmessungen:
BMW 535i Katalysator – Vorbild kultivierter Hochleistung ebenso wie hochentwickelter Umweltfreundlichkeit.

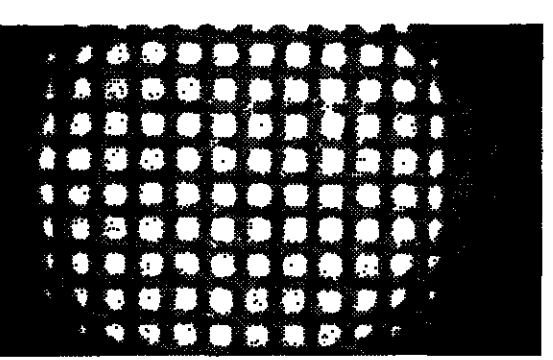
<u>Drehmoment und Dynamik aus 3,5 l Hubraum, verbunden mit katalytischer Abgasreinigung: Der 535i Katalysator ist das neue Maß der Klasse.</u>
Durch dynamische Leistung aus sehr großem Hubraum – dem größten *dieser* Fahrzeug-Klasse – entwickelt der BMW 535i Katalysator sein hohes Drehmoment und das heißt Durchzugsvermögen bereits dort, wo der Vorsprung wahrer Dynamik besonders deutlich wird:
In mittleren Drehzahlbereichen, bei realistischen Geschwindigkeiten.
Hier zeigt der 3,5-l-6-Zylinder-Motor, wie souverän man heute aktives Fahren verstehen und wie entspannt man es praktizieren kann.
Die Katalysatortechnik ermöglicht dabei eine ideale Verbindung von engagiertem Fahren und Engagement im Sinne der Umwelt.

<u>Mit weit über 300.000 bereits gebauten Hochleistungs-Automobilen mit Katalysator besitzen wir in der oberen Leistungs-Kategorie soviel Erfahrung wie kein anderer.</u>
Dieser Vorsprung zahlt sich vielfach aus.
Denn wenn man hohe Ansprüche an die Lei-



stungsfähigkeit von Automobilen stellt, muß die Katalysatortechnik besonderen Anforderungen genügen.
BMW bietet in Deutschland die neueste europäische Katalysator-Generation – sorgfältig auf die Bedingungen und Geschwindigkeiten unseres Straßenverkehrs abgestimmt.
Selbstverständlich ist der 535i auch vorgerüstet für einen späteren Katalysatorbetrieb lieferbar.
Das macht ganz individuelle Entscheidungen möglich. Mit BMW Katalysatortechnik gehen Sie kein Risiko ein.

<u>*Die Katalysatortechnik ist nur mit modernen elektronischen Triebwerkssteuerungen möglich, wie sie BMW schon lange konsequent einsetzt.*</u>
Die international renommierte Schweizer »Automobil-Revue« schrieb (4.10.84):
»Zur Zeit stellt kein Automobilhersteller überzeugender als das Münchner Unternehmen unter Beweis: Zukunftssichere Motoren-Technik gibt es nicht ohne Motor-Elektronik.«
Und je besser die elektronische Steuerung des Triebwerks ist, desto effizienter auch der Katalysatorbetrieb.
Die umfassendste, präziseste Triebwerks-



regelung ist die Digitale Motor-Elektronik, die BMW als erster Automobilhersteller schon 1979 realisiert hat.
Heute wird bereits mehr als die Hälfte des BMW Programms damit ausgerüstet, so auch der 535i Katalysator. Ein Vorteil, den Sie bei keiner Alternative dieser Klasse finden.

<u>Wenn die Gemeinschaft der Verkehrsteilnehmer durch Vorbilder motiviert wird, braucht sie nicht durch Vorschriften in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt zu werden.</u>
Jeder neue BMW auf unseren Autobahnen ist *ein Beitrag dazu, diese Straßen als das zu* erhalten, für das sie geplant waren: als sicherste, als schnellste Verkehrsbasis für unsere Wirtschaft.
Geben Sie also ein Beispiel für souveränes Umweltbewußtsein in der Klasse großer Dynamik – fahren Sie einen BMW 535i Katalysator.

Die BMW 5er Reihe.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

Wenn Sie mehr über den BMW 535i Katalysator wissen wollen, fordern Sie mit dem Coupon Informationsmaterial an bei:
BMW AG, Abteilung CHC, Leuchtenbergring 20, 8000 München 80.

Vorname ____________________

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ Ort ____________________

Telefon ____________________

BMW in Btx ★ 20900 # Z00464

Die Abbildung zeigt den Keramikkörper eines Abgaskatalysators im Querschnitt.



Renten deutlich schwächer

Durch den kräftigen Zinsanstieg in England und aus Angst vor einer Leitzinsanhebung in der Bundesrepublik hat die Abgabeneigung im Bereich der öffentlichen Anleihen stark zugenommen. Im Bereich der Bundesobligationen kamen die Abschläge bis auf 0,30 bis 0,40 Punkt heran. Bei den Pfandbriefen haben die Renditen zehnjähriger Papiere im Handel unter Banken nunmehr 7,62 Prozent erreicht. Das drückt natürlich auf den Absatz der neuen siebeneinviertelprozentigen Bahnanleihe, die mit Abschlägen bis zu dreiviertel Prozent zum offiziellen Ausgabekurs angeboten wird.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		29. 1.	28. 1.
7 dgl. 77	2/87	101,05bG	101,2
6 dgl. 77	9/87	99	99,05
6 dgl. 78 II	7/88	98,15	98,3
6½ dgl. 77	5/89	98,75	98,75

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Überwiegend schwächer wurde Kaffee bewertet. Leicht befestigend in den vorderen Sichten und etwas schwächer in den entfernten Kontrakten schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28. 1.	25. 1.
März	345,50	347,00
Mai	340,50	341,75
Juli	331,75	332,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	28. 1.	25. 1.
St. Lawrence 1 CW	249,09	248,34
Amber Durum	248,99	248,99

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	139,00	139,50
Mai	143,20	144,50
Juli	147,50	148,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)

Kakao New York ($/t)	28. 1.	25. 1.
Terminkontr. März	2220	2205
Mai	2244	2230
Juli	2224	2220
Umsatz	4656	6465

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11		
März	4,58	4,53
Mai	4,92	4,90
Juli	5,24	5,24
Sept.	5,42	5,47
Okt.	5,65	5,62
Umsatz	14 650	19 550

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	28. 1.	25. 1.
	3,75	3,55

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	590,00	577,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	226,00	231,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	840,00	835,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	292,00	291,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

	29. 1.	28. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	425–427	419–420
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	461	454–455
MS 63	460–465	452–457

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 46.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf ...

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

DIE ELEKTRONISCHE REVOLUTION / Madrid vor der Wahl

Aus der Gesellschaft oder dominiert doch der Staat?

Von ROLF GÖRTZ

Die Welt wird eine neue Aufteilung erleben und der Trennungsstrich wird dabei zwischen denen liegen, die fähig sind, sich der technologischen Revolution anzuschließen und jenen, die nicht dazu in der Lage sind. Das ist unsere Herausforderung. Wenn jetzt einer sagt, daß die Revolution dominiert und im Dienste der Menschheit kontrolliert werden soll, dann hat er recht. Es wäre aber falsch, mit dieser Kontrolle allein die Bürokratie zu bedenken, sie gar mit der Revolution zu identifizieren. Die technologische Revolution muß wie alles Neue von der Gesellschaft selbst getragen werden." Mit diesem Programm entwickelte Spaniens Ministerpräsident Felipe González seine Vorstellung von der weiteren Zukunft der technologischen Industrie in Spanien.

Initiativen auch aus der privaten Industrie

González sprach vor dem 30. Kongreß der Sozialistischen Partei, die sich um eine zweite Legislaturperiode bemüht. Der spanische Regierungschef will dabei klarstellen, daß Initiative und Risiko nicht dem Staat, konkret dem Instituto Nacional de Industria (INI) einer staatlichen Holding überlassen bleiben dürfen. Auch wenn der herrschende Kapitalmangel noch gesetzliche Anreize erfordert, damit die private Industrie dem Programm gerecht werden kann, so ist doch die grundsätzliche Auffassung, wie sie hier geäußert wird, als gesund zu bezeichnen.

Schon in den sechziger Jahren wandte sich die spanische Wirtschaftspolitik der Elektronik zu. Dabei gingen die Spanier genauso wie vor ihnen die Japaner in ihrer Anfangsphase von der importierten Technologie aus. Das heißt sie entwickelten anhand eingeführter Maschinen schrittweise ihre eigenen Geräte. Das ist der heute nun einmal übliche Weg des Transfers.

Der hohe Kapitalbedarf, die allgemeine Industriekrise und die gebotene Vorsicht der von dieser Krise besonders betroffenen spanischen Banken schoben allerdings immer mehr den Unternehmerstaat in den Vordergrund, besonders weil ein Großteil der Elektronik in der Verteidigungswirtschaft gebraucht wird. In anderen Bereichen wie Telefon, Luftfahrt und Flugsicherung liegt das Schwergewicht ohnehin beim Staat und der staatlichen Holding INI.

So mag denn die von Felipe González zitierte Herausforderung in doppelter Weise verstanden werden. Zunächst einmal als Warnung vor einer aufgeblasenen Bürokratie schlechthin. Aber wohl auch im Interesse einer internationalen Zusammenarbeit – nach wie vor die Voraussetzung jenes Technologietransfers, ohne die das Wachstum eines jungen Industriestaates nicht mehr denkbar wäre.

Mit seiner Rede scheint der Sozialistenchef ganz bewußt ideologisch begründete Vorurteile seiner eigenen Anhänger gegen die sogenannten und oft verschrieenen „Multis" ausräumen zu wollen. Längst schon fädelte sich die spanische Industrie in das international eng verflochtene Netz der modernen Elektronikindustrie ein. 169 spanische Firmen, die im Verband der Elektronikindustrie ANIEL eingetragen sind, arbeiten in allen Sparten dieses weitgefächerten Produktionszweiges von der Unterhaltungselektronik über die Luftsicherung bis in die Verteidigung. Die einen fertigen Einzelteile an, andere komplette Geräte. Die meisten von ihnen produzieren in Verbindung mit bekannten Weltmarken Europas, Amerikas und des Fernen Ostens.

Die Anfangsphase hat Spanien bereits erfolgreich überwunden. Man exportiert eigene Elektronik und nicht nur im Rahmen des klassischen Indutriegefälles. Als ein Beispiel mag die Firma Piher dienen, die 80 Prozent ihrer Elektronik in die Vereinigten Staaten und nach Westeuropa exportieren und die auch in den USA über ausgedehnte Serviceanlagen verfügen. Und wenn dieser Tage die Piloten der deutschen Lufthansa wegen der geringen Verkehrsdichte über Südspanien in Sevilla geschult werden, dann bedient man sich der Radarüberwachung und im Kontrollturm rein spanischer Geräte (CECSA). Hier in der Gegenseitigkeit schließt sich also der Kreis von Technologietransfer, Eigenproduktion und internationalem Service-Export.

Zu den ersten ausländischen Interessenten, die auf elektronischem Gebiet mit Spanien zusammenarbeiten, gehört Nixdorf, der übrigens kurz vor seiner umfangreichsten Neuinvestition auf der Iberischen Halbinsel steht. Natürlich geht es bei diesen Zusammenarbeiten auch um Marktpositionen. So setzen Grundig, Philips, Thomson, unter anderem ein starkes europäisches Gegengewicht zu den amerikanischen Beteiligungen etwa bei der nationalen Telefongesellschaft, die mit ITT und mit ATT zusammenarbeitet. ATT ist dabei in Spanien eigene Fabriken zur Produktion von Mikrochips einzurichten.

„Wir sind an jedem Angebot interessiert, das unsere Entwicklung fördert, natürlich besonders dann, wenn es uns auch hilft, eine gewisse Unabhängigkeit zu erhalten". Mit diesem Argument wandte sich eine Reihe von Unternehmern schon vor Jahren den starken japanischen Offerten zu. Sony, Sanio, Sharp und Hitashi u.a. Ein Drittel der japanischen Investitionen in Europa sind in Spanien angelegt. Und ein Großteil davon in der Elektronikindustrie. Der Exportwert, den die spanisch-japanischen Betriebe im Verkehr mit Drittländern erzielten, betrug 1983 rund 180 Millionen Dollar. Auch daran hat die Elektronik einen großen Anteil.

Computer selbst für die Vereinigten Staaten

Zu den wichtigsten rein spanischen Unternehmen gehört die Compania de Electronica y Comunicaciones SA CECSA-CESELSA, die wesentlich für die Zivilluftfahrt und die Verteidigungswirtschaft produziert. Im Rahmen der staatlichen Holding INI wirken in der nationalen Rüstungsindustrie die Sociedad de Comunicacion e Informatica SA (SECOINSA) mit ihrer Tochter Telesincro SA vor allem auf dem Computersektor. Experiencias AS Industriales SA (EISA) beliefern u. a. auch Frankreich, Italien, Holland und die Vereinigten Staaten mit Elektronik für Panzer, Kriegsschiffe und Artillerie. Equipos Electronica SA (EESA) produziert für zivile Radio- und Fernsehgeräte, aber auch für akustische und magnetische Minen und Torpedosteuerungen u. a. Waffensystemen. Die Empresa Nacional de Optica SA (ENOSA) arbeitet auf militärischem Gebieten und baut Zielgeräte für Laserelektronik. Hierzu gehört auch die spanische Marconi-Gruppe und die CETME, die zum Beispiel für ihr Meroka Flug-und Raketenabwehrsystem nicht nur die zwölfläufige Maschinenkanone sondern auch die dazu gehörige elektronische Feuerleitautomatik baut. Auch hier folgt der Export nicht etwa nur dem Industriegefälle. Ein großer Teil geht in die NATO-Staaten. Alles in allem eine breitgefächerte Basis, um sich am ungestümen Drängen der technologischen Revolution zu beteiligen.



Südlich von Madrid, etwa 150 Kilometer, steht das erste Aufwindkraftwerk der Welt. Die Folie läßt die kurzwelligen Strahlen durch, isoliert aber gegenüber den erwärmten langwelligen Strahlen. Ein traditioneller Kaminturm in der Mitte der Anlage saugt die erwärmte Luft an und treibt über eine Turbine einen Generator. FOTO: DPA

INVESTITIONSVORSCHRIFTEN / Königliches Dekret

Abgestimmtes System von Präferenzen

Spaniens Investitionsvorschriften und Gesetze sind für deutsche Investoren oft undurchschaubar. Das *Wirtschafts- und Finanzministerium* in Madrid hat daher im April 1984 einen Leitfaden „Förderung der Investitionen in Spanien" herausgegeben, um die „verschiedenartige und oft wenig bekannte Gesamtheit der spanischen Vergünstigungen zu beschreiben".

Mit dem Königlichen Dekret 3099/1976 wurde eine generelle Genehmigung für unbegrenzte ausländische Kapitalanlagen in Spanien gewährt; dieses Dekret ist in den letzten Jahren laufend der Entwicklung angepaßt worden. Der Kapitalfluß wird dabei durch ein regionales und sachbezogenes Präferenzsystem gesteuert.

Neue Zentren fördern

Regional sollen neue Zentren weit entfernt von den schon bestehenden Industrieballungsorten geschaffen werden. Sachlich sind verschiedene Investitionsförderprogramme aufgelegt worden, so zum Beispiel für die Energieeinsparung und für den Umweltschutz.

Die sektorale Investitionsförderung ist in dem Gesetz 152/1963 geregelt. In diesem Gesetz sind enorme Vergünstigungen auf der steuerlichen Seite vorgesehen. So können Unternehmen eine Ermäßigung bis *zu 95 Prozent auf die Umsatzsteuer* und auf die Zollgebühr bei der Einfuhr von Anlagegütern und Ausrüstungen zur Erstausstattung erhalten, sofern es hierfür keine inländischen Produktionsstätten gibt.

Trotz aller großzügigen Vorschriften *steht dennoch die oft umständliche* Administration im Wege. Zur Überwindung dieser Hürden ist dem ausländischen Investor dringend empfohlen, sich rechtzeitig von Spezialanwälten beraten zu lassen. Dies gilt auch und insbesondere für *touristische Investitionsaktivitäten.*

Hier hat die Regierung ein Spezialprogramm (ZCITN) aufgelegt. Das Ziel ist es, „neue Zentren zu gründen und zu fördern". Die Bauten müssen aber „harmonisch mit der Landschaft und den künstlerischen Traditionen des Ortes in Einklang stehen". In der Broschüre des Wirtschaftsministeriums über das Touristik-Investitionsprogramm heißt es ferner: „Zur Erklärung eines Zentrums nationalen und touristischen Interesses ist es erforderlich, daß eine Mindestaufnahmefähigkeit von 500 Nachtquartieren auf einer Fläche von mindestens zehn Hektar besteht."

83 Orte in Andalusien, Katalonien, auf den Kanaren, Levante, Huesca, auf den Balearen, in Galizien, Murcia, Saragossa, Madrid, Guadalajara, Alava, *Logrono und Segovia sind dafür* vorgesehen.

Wer im Immobilienbereich wie hier im Touristiksektor in Form von Hotelbauten oder Appartementhäusern investieren will, muß insbesondere auf die andersartige spanische Gesetzgebung im Immobilienbereich achten.

Deutsches Recht hilft wenig

Deutsches Recht hilft und nützt wenig. Nach spanischem Recht reicht zur Eigentumsübertragung bereits ein Handschlag. Erste Voraussetzung aber für einen Eintrag in das (öffentliche) Grundbuch und für den Abschluß eines Kaufvertrages ist das Devisenzertifikat. Im übrigen gibt es inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl von Anwälten, die sich auf spanisches Immobilienrecht spezialisiert haben.

Grundsätzlich gilt für alle Investitionen das „Codigo de Comercio", das spanische Bürgerliche Gesetzbuch. Einen Überblick über die Rechtslage gibt die Deutsche Handelskammer in Spanien in ihren „Hinweisen für Geschäftsfreunde". US

MADRID

Kultur, Sprache und bald Kongresse

Sieben Exkursions-Routen, so sagt der madrilenische Generaldirektor für Tourismus, Joaquim Pujol, eröffnen sich dem Spanienreisenden von Madrid aus. Der WELT erläutert er, was damit gemeint ist.

Pujol: Ich sage nicht, daß sieben Routen von Madrid in das übrige Spanien führen. Was ich meine ist, daß die Generaldirektion für den Tourismus sieben Strecken in Tagesexkursionen jeden Samstag anbieten mit Beginn vom 30. März.

Beginn der Rundfahrt ist um zehn Uhr morgens, die Rückkehr gegen sieben Uhr abends. Zur Tour gehört Transport, ein Führer und ein Lunch.

Das Außergewöhnliche an diesen Strecken ist, daß sie nicht nur den *Besuch von Bauwerken bieten, sondern* sie folgen abgelegenen Strekken, um weniger bekannte Dörfer und Teile unserer Landschaft kennenzulernen.

WELT: Wirtschaftlich wird Spanien nicht zuletzt durch den bevorstehenden EG-Beitritt immer interessanter. Welche Anstrengungen unternimmt Madrid, um als Kongreß- und Seminarort den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein?

Pujol: Der Eintritt in die Europäische *Gemeinschaft will die Entwicklung* in unserer Region sehr positiv beeinflussen. Als Ergebnis dieses Trends haben wir schon jetzt einen dramatischen Besucheranstieg in den letzten beiden Jahren registrieren können.

Kürzlich wurde ein Büro eingerichtet, das sich mit Madrid als Tagungsort befaßt.

WELT: Madrid ist, man denke nur an den Prado, das Zentrum der spanischen Kultur. Welches sind darüber hinaus die herausragenden kulturellen Angebote Ihrer Stadt?

Pujol: Neben dem Prado-Museum würde ich als nächstes nennen das Museum für Modern Art, die Sorolla, das Lazaro Galdiano Museum. Wir haben insgesamt mehr als hundert Galerien, die Werke zeitgenössischer Künstler ausstellen.

Spanisch ist eindeutig eine bevorzugte Sprache, die Hunderttausende Europäer gelernt haben. Ein Besuch in Madrid ist eine einzigartige Gelegenheit, ihre Sprachkenntnisse aufzufrischen. Mehr als 30 Theater heben ihre Vorhänge täglich, und hervorragende Dramen, Komödien und Musicals liefern ein zusätzliches Interesse für diese Besucher.

KANARISCHER ARCHIPEL / Setzt auf das Klima und die Geographie

Im Gefolge des Tourismus etablierte sich alsbald auch die Industrie

Die Lage des kanarischen Archipels im Atlantik unweit der westafrikanischen Küste und nicht zuletzt das milde Klima sind wichtige Faktoren bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung dieser Inseln. Das Klima sorgt dafür, daß die tägliche Arbeit nicht so schwer fällt und daß auch die Freizeit sinnvoll zu verwenden ist, die Nähe zu Afrika eröffnet Perspektiven, wenn nicht sofort dann doch für die Zukunft, dort wachsende Käufermärkte beliefern zu können.

In der Provinz Santa Cruz de Teneriffe – oder genauer gesagt – auf der ganzen Insel Teneriffa lag das Hauptgewicht von altersher auf der Landwirtschaft. Die traditionellen Exportgüter waren Bananen, Tomaten und Kartoffeln. Hinzu kamen später noch Blumen, tropische Früchte, grünes Gemüse usw.

Dienstleistung zuerst

Die Entwicklung im Dienstleistungsbereich – und das gilt besonders für den Fremdenverkehr – hat in jüngerer Zeit den Agrarsektor von seinem ersten Platz im wirtschaftlichen Leben der Insel verdrängt.

Der Tourismus entwickelte sich inzwischen zum dynamischsten *wirtschaftlichen Faktor Teneriffas. Er ist* in einem nahezu spektakulären Rhythmus gewachsen. Die Nachfrage nach Bauplätzen und Wohnraum, speziell von Menschen aus dem europäischen Ausland, ist sprunghaft gestiegen. Angezogen werden die Fremden besonders von den Naturschönheiten, die die Insel zu bieten hat, und selbstverständlich auch von ihrem Klima. Es ist längst eine große deutsche Kolonie entstanden. Viele Bundesbürger haben sich hier für immer niedergelassen.

Das ungewöhnliche Wachstum des Tourismus hat eine parallele Entwicklung in anderen, verwandten Sektoren nach sich gezogen. Das gilt in der Hauptsache für die Bautätigkeit. Der Dienstleistungsbereich erfordert eine Reihe von Gütern, die entweder auf der Insel selbst hergestellt oder eingeführt werden müssen. So haben sich hier völlig neue Industriezweige etabliert. Sie sehen ihre Aufgabe zunächst noch darin, die heimische Gemeinde zu beliefern, die Residenten und die Touristen aus aller Herren Ländern.

Ursprünglich war die einheimische Industrie lediglich auf den Tabak- und Chemiesektor beschränkt gewesen, letzterer vertreten durch die Ölraffinerie der Compania Espanola de Petroleos, S. A. Dieses Unternehmen hat sich nach und nach auch auf die Produktion anderer Erzeugnisse umgestellt und seine Fertigungsbetriebe zum größten Teil in der Peripherie von Santa Cruz de Tenerife, der Hauptstadt der Insel, angesiedelt.

Herausgefordert von der voranschreitenden industriellen Entwicklung und der zunehmenden Nachfrage nach einer entsprechenden Infrastruktur haben der Gemeinderat von Teneriffa und die Allgemeine Sparkasse der Kanarischen Inseln in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Gesellschaft für Landentwicklung und Ausrüstungen die Industriezone „Valle de Güimar" verwirklicht. Von den insgesamt 620 Hektar Fläche sind 140 erschlossen. Sie werden als Parzellen angeboten und sind mit allen öffentlichen Versorgungsleistungen ausgestattet. Interessenten für diese Baugrundstücke sind Unternehmer, die Industrievorhaben durchführen wollen.

Diese sehr gut ausgerüstete Industriezone liegt nur 20 km von Santa Cruz de Tenerife und ihrem Handelshafen entfernt. Direkte Autostraßen verbinden die Zone mit den beiden Flughäfen der Insel.

Die Besiedlung der Zone schreitet schnell voran: Über 35 Unternehmer haben sie bereits für ihre Industrieanlagen ausgewählt. Das heißt in konkreten Zahlen: 230 000 qm sind bisher belegt. Das sind über 30 Prozent der zur Verfügung stehenden Fläche. Eine Vielfalt von Industrien arbeitet hier – angefangen beim Chemie- und Nahrungsmittelsektor über die Holzverarbeitung, Bauwirtschaft, Elektronik, Papierherstellung und das graphische Gewerbe.

Um die weitere Ansiedlung von Betriebsstätten voranzutreiben und die einheimische Wirtschaft zu stärken, bietet die Regierung den Investoren eine Reihe verschiedenartigster Vergünstigungen an. Diese Anreize sollen die Kanarischen Inseln als bevorzugte Industrieansiedlungszone populär machen. Hierzu gehören Subventionen und die Inanspruchnahme von offiziellen Krediten (Crédito Oficial). Beides kann je nach Projekt *kombiniert werden, erforderlich* ist in jedem Fall ein Antrag und die Erörterung vor Ort.

Brücke zu Südamerika

Die Unternehmer haben völlig freie Hand bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern. Steuerbefreiungen, Vorzugszölle und weitere Entlastungen der ausländischen Unternehmer sollen dazu beitragen, die industrielle Entwicklung der Insel zu fördern.

Als letzter wichtiger Faktor gilt die 1,5 Millionen starke Einwohnerschaft des Archipels als Konsument. Hinzu kommen die potentiellen Märkte der afrikanischen Nachbarstaaten und – auf der anderen Seite des Atlantiks – die Länder Südamerikas, deren Menschen der kanarischen Bevölkerung verwandt und verbunden sind.

Die Kanarischen Inseln sind so das Tor nach Afrika und nach Amerika. Sie können als Brücke von einem Kontinent zum anderen und zur gleichen Zeit als kommerzielles Bindeglied im Atlantik zwischen diesen Erdteilen und Europa dienen.

DIAZ ROJAS

SATELLITEN / Rettung vom Himmel für die Fischer

Hoffnung auch für Wüstenfahrer

Von ROLF GÖRTZ

Eines der ersten Länder, die sich im Interesse der Sicherheit seiner Bürger dem ersten Satelliten-Rettungssystem der Welt anschlossen, ist Spanien. Noch während der seit 1982 laufenden Erprobung der Rettungssatelliten des SARSAT-COSPAS-Systems verpflichtete die spanische Regierung die Reeder und Kapitäne ihrer Handels- und Fischereiflotten, die zu diesem System gehörenden Funkrettungsbojen obligatorisch an Bord zu führen. Mit ihrer Hilfe verfügen im Falle eines Schiffsbruches der Seenotdienst sowie Marine und Luftwaffe spätestens nach zwei Stunden über einen ziemlich genauen Standort des Havaristen.

Die ersten Schiffbrüchigen, die auf diese elektronische Weise gerettet wurden, sind zwei spanische Jungen, die mit einem viel zu kleinen Katamaran den Atlantik überqueren wollten und prompt nach 200 Meilen umschlugen. Ihre automatisch funkende Boje führte mit Hilfe eines Satelliten ihre Retter in kürzester Zeit zu ihrem kieloben treibenden Boot.

Drei Satelliten, zwei russische und ein amerikanischer, kreisen im Rahmen dieses Systems in Nord-Süd-Richtung über die Pole, bilden so eine Art Informationsgitter, in dem sich die Erde dreht. Ihre Antennen nehmen – u. a. Signalen natürlich – jeden Hilferuf auf, der über die normale Flug- und Seenotfrequenz 121,5 MHz oder 243 MHz gesendet wird auf und strahlen ihn zur Erde zurück. Acht Bodenstationen, vier in Nordamerika, einer in Frankreich (Toulouse) und drei in der Sowjetunion empfangen die Signale.

Die neuesten Bojen dieses Systems senden auf der Frequenz 406 MHz. Ihr Hilferuf wird im Satelliten auf Band aufgenommen und zwar mit zusätzlichen Informationen, die in dem Notsender eingespeichert sind und die Auskunft über Art und Name des *Schiffes* geben. *Außerdem kann man* die Art des Notfalles – Schiffbruch, Brand oder auch schwere Erkrankung – „eintippen". Wird der Hilferuf außerhalb der Reichweite einer Bodenstation aufgenommen, dann speichert ihn der Satellit und strahlt ihn erst dann zur Erde zurück, wenn er in die „Hör"-Weite der nächsten Boden*station* gerät.

Diesem System haben sich bisher die USA, die Sowjetunion, Kanada, Frankreich und Norwegen angeschlossen. Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch Spanien aktiv beteiligen würde. Das spanische Instituto Nacional de Técnica Aeroespacial (INTA) verfügt nämlich bei Maspalomas auf den Kanarischen Inseln über eine eigene Antennenstation. Diese Station bedürfte nur einiger Zusatzeinrichtungen, um auch auf die SARSAT-COSPAS-Satelliten ausgerichtet zu werden.

Viele seefahrende Nationen, auch Deutschland, wären den Spaniern dafür dankbar, denn die Station in Tou*louse reicht nur bis knapp südlich der* Kanarischen Inseln. Da sich offensichtlich auch die Brasilianer an dem System beteiligen wollen, wäre dann der gesamte Südatlantik abgedeckt. Und damit auch die Urwälder Südamerikas ebenso wie die Sahara.

Über SARSAT-und Tiros-Satelliten funktioniert nämlich noch eine zweite Verbindung und zwar nach dem Argus-System. An ihm arbeiten bis jetzt Frankreich und die USA zusammen. Die Teilnehmer der gegenwärtig durch die Sahara brausende Rallye Paris–Dakar zum Beispiel können über Argus, das ganz ähnlich arbeitet, im Notfall mit schneller Rettung rechnen.

Argus begleitete Ende vergangenen Jahres auch die erste Transatlantik-Regatta auf der Route des Entdeckers *Kolumbus nach Südamerika.* Das Madrider Pressezentrum der Regattaleitung verfügte somit stets über den genauen Standort der einzelnen Boote auch dann, wenn die Funksprechgeräte der Yachten selbst gerade ein paar Meilen weit reichten. An Bord der Renn-Yachten waren Funkbojen von etwa einem halben Meter *Durchmesser eingebaut, die über 401* MHz ständig ihre Kennzeichen ausstrahlten. Die mit Argus-Empfängern ausgerüsteten Satelliten des Systems SARSAT und Tiros konnten bei jedem Überflug den Standort über die Bodenstation Toulouse oder die Virgin Islands nach Madrid geben.

Hochbetrieb herrscht zur Zeit in den NASA-Stationen Robledo und Fresnedilla, 60 km nördlich von Madrid. Die drei Antennen – die größte verfügt über einen Durchmesser von 62 Metern – verfolgen zur Zeit mit höchster Aufmerksamkeit der spanischen Bedienung zwei sowjetische Raumsonden auf dem Weg zur Venus. Alle Daten, die sie in Robledo *aus ihren Computern herausholen,* geben sie direkt nach Moskau weiter und zwar nach einem System, das mit sowjetischen Wissenschaftlern vor kurzem in Madrid genau besprochen wurde.

Die sowjetischen Satelliten vom Typ Wega werden in Venus-Nähe je einen Bodensender und einen Ballon ausstoßen, die Daten über Oberfläche und Atmosphäre geben sollen. Nach ihrem Besuch bei der Venus reisen die Wega-Satelliten im großen Bogen zurück in Richtung auf den Halleyschen Kometen. Ihr Auftreffen auf den Stern von Bethlehem ist für den Moment programmiert, im dem dieser sich im März 1986 der Erde nähert – so wie damals zur Geburt Jesu.

TOURISMUS / Öffnung und Aufschwung

Jetzt zwei Zentren: Costa del Sol und hinter „la Linea" Gibraltar

Es ist seit Jahren allgemein bekannt, daß der Fremdenverkehr die bedeutendste Industrie im Süden Spaniens ist. Eng damit verbunden ist der Immobiliensektor. Jetzt, da die Öffnung der Grenze zum benachbarten Gibraltar unmittelbar bevorsteht, wird der Fremdenverkehr zusammen mit allen verwandten Industrien entlang der Costa del Sol einen großen Aufschwung erleben. Die Urlauber, so erwartet man von öffentlicher und privater Seite, werden begeistert sein, zwei Ferienzentren zu ihrer Verfügung zu haben, die nur einen Steinwurf voneinander entfernt liegen.

Infrastruktur erweitern

Erinnert wird dabei daran, daß die Costa del Sol von denjenigen entdeckt wurde, die Urlaub in Gibraltar machten. Heute ist es genau umgekehrt: Gibraltar wird jetzt von den Besuchern der Costa del Sol entdeckt. Die touristische Infrastruktur Gibraltars ist bislang noch völlig unzureichend, und es sind hier viel zu wenig Betten vorhanden. Durch diesen Mangel wird sich der Immobiliensektor an der benachbarten Costa del Sol in Zukunft noch weiter entwickeln.

Somit lohnt sich eine Kapitalanlage in Grundeigentum, denn die zu erwartenden Renditen aus derartigen Objekten werden erheblich sein. Es steht fest, daß die Neuregelung für Gibraltar eine ganz andere Kategorie von Touristen nach Spanien ziehen wird, Leute nämlich, die auch gern einmal nach Gibraltar „hineinschauen". Da in Zukunft Einreisebeschränkungen aller Art entfallen, wird der touristische Zustrom beachtliche Ausmaße annehmen.

Bisher war jeder, der von Spanien nach Gibraltar oder aber von Gibraltar nach Spanien einreisen wollte, auf eine Fähre angewiesen. Diese benötigte von einem Ziel zum anderen immer viel Zeit, weil stets der lästige Umweg über Tanger oder einen anderen nordafrikanischen Hafen in Kauf genommen werden mußte. Demnächst entfällt auch dieses, denn den Reisenden stehen sämtliche Häfen Spaniens und ein ganzes Straßennetz zur Verfügung.

Dadurch wird der Verkehr in beiden Richtungen zunehmen. Neue Charterflüge aus allen Teilen der Welt werden eröffnet, die beide Küsten miteinander verbinden. Sollte Gibraltar sich außerdem zu einem bedeutenden Finanzzentrum entwickeln – was naheliegt –, würden sehr viel reiche Leute sich entweder ein Haus oder eine Wohnung „auf dem Felsen" kaufen. Ein solcher Zuzug würde wiederum die Schaffung von Läden und Geschäften und Einrichtungen aller Art nach sich ziehen. Das Ergebnis wäre ein prosperierender Inlandsmarkt.

Interessant für Investoren

Die hiesigen Behörden meinen, daß der touristische Zustrom auch ganz besonders die Costa del Sol begünstigen würde. Speziell Besucher aus Großbritannien, die gern ihren Urlaub auf „britischem Territorium" verbringen, werden gern die Gelegenheit nutzen, einmal die benachbarte Costa del Sol zu besuchen.

All diese Aspekte sind interessant für Investoren und Entwickler neuer Industrien, denen hier Gelegenheit geboten wird, ihre Märkte weiter auszubauen.

G. DEANO



Nachdem die Liason mit Fiat nicht den gewünschten Erfolg brachte, bedient sich Seat bei verschiedenen europäischen Firmen. Die Basis liefert eine Ehe mit VW. FOTO: CAMERA PRESS

GESPRÄCH MIT DEM SEAT-CHEF A. DIAZ ALVAREZ / *Erfolg mit neuen Strategien*

„Im Schatten eines guten Baumes"

An der Spitze der SEAT, des staatlichen spanischen Automobilhersteller, steht seit einem Jahr Ju*an A. Diaz Alvarez. Im Januar 1984* übernahm er den Posten des kaufmännischen Generaldirektors in diesem Unternehmen. Ein Jahr später kann die SEAT neue Strategien präsentieren. Diaz Alvarez stellte sich den Fragen der WELT.

WELT: Herr Präsident, die spanische Presse beschäftigt sich nach wie vor mit Ihrem Eintreten vor dem Senat zugunsten oder zur Verteidigung des Automobilsektors.

Alvarez: Ich glaube, daß es nur normal ist, wenn der Präsident einer Autofirma die gerechtfertigten Interessen seiner Gesellschaft und des entsprechenden Industriesektors vertritt. Besonders hier in Spanien wird das Auto für vieles verantwortlich gemacht.

Hierzu ist zu sagen, daß der spanische Markt stagniert und der Absatz zur Zeit unter dem des Jahres 1979 liegt. 1984 fielen die Verkäufe gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent. Hinzu kommt die Konzentration der Automobilhersteller auf spanischem Boden. Die wichtigsten multi*nationalen Marken sind hier prak*tisch schon vertreten.

WELT: Was unternehmen Sie, um dieses Problem zu lösen?

Alvarez: Zunächst sehe ich mich mit der Realität konfrontiert, daß die SEAT 1980 wiedergeboren wurde, nachdem sich unser alter Partner, die Fiat, aus dem Unternehmen zurückgezogen hatte. Wir verfügen zwar schon über große Erfahrungen als Hersteller- und Absatzorganisation, hatten jedoch weder eine eigene Technologie noch ein ausländisches Vertriebsnetz.

So wurde in diesem kritischen Jahr die SEAT vom Instituto Nacional de Industria, unserem Hauptaktionär, *unterstützt.* Es wurde beschlossen, alles nur Erdenkliche für das Überleben der Firma zu unternehmen. Die zahlreichen und schwerwiegenden Probleme wurden durch den großen Mut und die Einsatzbereitschaft der Belegschaft gemeistert, die einen umfassenden strategischen Plan entwikkelte. *Diesen möchte ich Ihnen kurz aufzeichnen . . .*

WELT: Befinden wir uns denn jetzt im Jahre 1980?

Alvarez: Der erste Punkt des Plans war, die SEAT mit eigenen, konkurrenzfähigen Produkten auszurüsten. Zu diesem Zweck begann unser Forschungs- und Entwicklungszentrum damit, zwei Modelle zu entwerfen, mit denen wir unser gerade geschaffenes Auslandsnetz sofort beliefern wollten. Ich beziehe mich in diesem Zusammenhang auf die Modelle Ronda und Fura, die seit ihrer Einführung in den Markt im Jahre 1983 zu großen Verkaufserfolgen wurden.

Zur gleichen Zeit begannen wir in weit größerem Umfang mit der Entwickung des Modells S-1, das später dann auf den Namen Seat Ibiza getauft wurde. In nur 36 Monaten – und das ist selbst für japanische Verhältnisse eine Rekordzahl – haben wir eine weitere Serie von Kraftfahrzeugen herausgebracht. Der Ibiza ist ein Modell mit großen Entwicklungschancen für die Zukunft. Ich kann das mit ruhigem Gewissen sagen, weil dieser Wagen während seiner Vorstellung in Paris und Turin von der internationalen Presse mit einem großen Interesse besprochen wurde, das selbst uns erstaunt hat.

WELT: Und wie heißt die Zauberformel für den Seat Ibiza?

Alvarez: *Mit Zauberei hat seine Ent*stehung nun wirklich nichts zu tun. Er ist das Ergebnis eines guten Entwurfs, der mit fachlichem Können, Begeisterung und harter Arbeit in die Tat umgesetzt wurde. Heutzutage gibt es nur noch wenige Fabrikanten, die einen neuen Wagen hundertprozentig in ihren eigenen Laboratorien entwerfen.

Wir nutzen diese industrielle „Weisheit" maximal für unsere Zwecke und bemühen uns um die Mitarbeit der besten europäischen Fachleute. Unsere Wahl ist auf Porsche, Karman und Giugiaro gefallen. In Spanien genießt die deutsche *Technologie, und vor allen Dingen* die Porsches, einen Ruf, der über jeden Zweifel erbaben ist. Aus diesem Grunde wurden die Motoren für den Ibiza und andere SEAT-Modelle in deren Forschungszentren entwickelt, und zwar in Zusammenarbeit mit unseren eigenen Technikern.

Gemäß unserer Strategie und Tradition neigen wir im wesentlichen zu einer „lateinisch-mediterranen" Formgebung. Für den Stil unserer Autos zeichnet Ital-Design. Mit dessen Direktor, G. Giugiaro, haben wir die für uns geeignetste Person gewählt. Karman wurde schließlich mit der technischen Ausführung des Modells betraut.

Ein spanisches Sprichwort sagt: „Wer einen guten Baum hat, der beugt sich, um in seinem Schutz einen angenehmen Schatten zu finden."

So ist der Seat Ibiza beileibe kein Produkt irgendeines Zaubers, sondern das Ergebnis eines gelungenen technischen Entwurfs und fachmännischer Ausführung. In diesem Jahr werden wir für die Mittelklasse den Málaga herausbringen. Formel und Entstehung sind praktisch die gleichen wie beim Ibiza.

WELT: Eigene Produkte müßte SEAT doch ohne weiteres verkaufen können.

Alvarez: Das stimmt genau. Das ist ja *die zweite Speerspitze in unserem* strategischen Plan. Zuerst einmal haben wir unser inländisches Vertriebsnetz völlig neu gestaltet und uns zur gleichen Zeit noch in das Abenteuer gestürzt, aus dem Nichts ein Verkaufsnetz im Ausland – hauptsächlich in Europa – zu stampfen. In weniger als zwei Jahren ist es SEAT gelungen, ihr Netz in über zehn Ländern und im Vorderen Orient aufzubauen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß unsere Vorgaben von den erzielten Ergebnissen noch weit übertroffen wurden. 1985 hoffen wir, mit der doppelten Anzahl von Modellen unsere Exporte *noch auszuweiten. Zunächst* einmal werden auch die Länder Nordeuropas sowie Großbritannien in unseren Aktionsradius mit einbezogen. Selbstverständlich sind unsere Erwartungen hier eher bescheiden. Wir sind jedoch fest entschlossen, eine Rate von etwa 2 Prozent zu erreichen und meinen, daß dies der Marktanteil ist, den wir uns in den nächsten Jahren sichern können.

WELT: Und was sagen Sie zu der Kooperation mit VW?

Alvarez: Volkswagen ist ein anderes positives Ergebnis unserer Strategie. SEAT weiß nämlich sehr wohl um die Unmöglichkeit, heute ganz allein in der Welt vorwärtszukommen. Auf der anderen Seite ist sich das Unternehmen selbstverständlich der Kategorie bewußt, in die die deutsche Gesellschaft gehört. Nach zwei Jahren kann ich sagen, daß beide Parteien sehr zufrieden sind. Die technologischen und kaufmännischen Absprachen mit VW haben uns den Weg zu einer außergewöhnlichen Technologie und Qualität geebnet.

Wir haben unsere Produktionsleistung mit der Herstellung des Polo, Passat und Santana hier in Spanien enorm ausgebaut. Zur gleichen Zeit ist es uns gelungen, unsere Exporte zu steigern, und schließlich hat die Einfuhr von Audi-VW nach Spanien unsere Angebotspalette noch erweitert, denn es wäre uns nicht möglich, bei den Wagen der oberen Kategorien den Markt mit unseren eigenen Produkten abzudecken.

Die Zusammenarbeit mit den Technikern aus Wolfsburg, die hier in Spanien arbeiten, hat sich als ganz hervorragend erwiesen. Zur Zeit ist die Qualität der von der SEAT hergestellten Produkte sowohl beim VW-Angebot als auch in bezug auf die „hauseigenen" Fabrikate absolut den in Deutschland produzierten Erzeugnissen ebenbürtig.



EXTREMADURA / Hier ist noch alles zu entwickeln

Mit Darlehen von Sodiex

Eine der Gegenden, die gegenwärtig großes Interesse für Kapitalanleger und Unternehmer weckt, ist die Region Extremadura. Hier ist fast noch alles zu zu entwickeln.

Als bisher typisch landwirtschaftliche und Viehzucht-Region mit einer Fläche von 40 000 Quadratkilometer und einer sehr niedrigen Bevölkerungsdichte bietet sie verschiedene Rohstoffe wie Kohle, Granit, Marmor und *Zellulose und damit* die Grundlage für ein Aufblühen von Industrie, zudem zu interessanten Kosten.

Extremadura öffnet sich heute einer modernen Industrie und hierzu fehlt es nicht an Unterstützung, die der Unternehmer zentral vom Staat oder auf der Ebene der autonomen Regierung erhalten kann. Unter den besonderen Vorteilen befinden sich zunächst die niedrigen Kosten der industriellen Arbeitskräfte, sie liegen etwa um 30 Prozent niedriger als in jeder anderen spanischen Region, wie etwa im Baskenland oder in Katalonien.

Zusätzlich kann sich der Investor große Vorteile zunutze machen, welche die Behörden denjenigen gewähren, die ihre Industrie in den sogenannten „großen Industriebereichen" bei Careres und Badajos entfalten. Dazu zählen in vielen Fällen die Erlassung verschiedener Steuern und eine generelle Vergünstigung bis zu 20 Prozent vom Gesamtwert der Investition und bis zu fünf Prozent dazu *für den Unternehmer, der sich in* bevorzugten Gemeinden niederläßt.

Wichtig sind auch die 95prozentige Ermäßigung der Abgaben bei Zollgebühren und internen Abgaben sowie bei der Quote der Steuerlizenz während des Zeitraumes der Installierung sowie für all jene Ausrüstungsgegenstände, -güter und -mittel, die nötig sind für die Installierung und die in Spanien nicht hergestellt werden. Auch hat der Investor Vorrang bei der Genehmigung offizieller Kredite zu geringem Zinssatz und bis zu 70 Prozent des Wertes der Geldanlage.

Innerhalb dieses Präferenzgefüges ist die staatliche Gesellschaft „Sodiex" *zu nennen, die beratend* zur Seite stehen kann, wie, wo und welche Gebiete es sind, die für eine Investition in erster Linie in Frage kommen. Abgesehen davon kann sie gleichzeitig auch als Gesellschafter an dem Unternehmen mit Kapital teilhaben, das indes niemals mehrheitlich sein wird. Zu gleicher Zeit gibt die „Sodiex" Darlehen und Bürgschaften für die Unternehmen, an denen sie beteiligt ist.

Unter den Rohmaterialien ist vor allem der Sektor Kohle zu beachten, mit einer Produktion von nur 50 000 t jährlich, während man in Wirklichkeit bis zu 110 000 t gelangen könnte; in der Landwirtschaft die Paprikaerzeugung oder die stets für den Export interessanten Gemüsekonserven. Hier weist die Gegend eine große Vielgestaltigkeit auf, und es besteht die Möglichkeit einer Ertragssteigerung, denn der Boden ist geeignet für den Anbau einer Reihe pflanzlicher Produkte.

G. DEANO

OPERATIONSBASIS / *Arabien und Nordafrika liegen nahe*

Rüstet sich für den Eintritt in die EG

Mit dem Beitritt Spaniens zur *Europäischen Gemeinschaft* ist das Land eine hervorragende Operationsbasis für ausländisches Produktionskapital. Denn Spanien verfügt über ausreichende Arbeitskräfte, die zudem hoch qualifiziert sind.

Spaniens Infrastruktur ist dem europäischen Niveau angepaßt. Und es bietet eine sehr gute Exportplattform sowohl nach Europa als auch in die geographisch nahegelegenen arabischen und nordafrikanischen Länder, mit denen das Land ausgezeichnete Beziehungen unterhält. Nicht zu unterschätzen sind auch die historisch bedingten Kontakte zu Ländern Südamerikas, die durch außergewöhnlich starke kulturelle Bande an Spanien geknüpft sind.

Bei allen Vorteilen, die das Land auf den ersten Blick für Technologie-Investitionen bietet, muß einschränkend gesehen werden, daß Spanien schon lange nicht mehr zu den sogenannten Billiglohnländern zählt. Aufgrund der andauernden Rezession ist das Klima für Auslandsin*vestitionen auch eher ungünstig.* Dennoch wirbt die Regierung zu Recht wieder verstärkt um Auslandskapital. *Spanien will beim* Beitritt zur EG für neues Kapital gut gerüstet sein.

Mit Macht und Energie treibt die Regierung ihre Umstrukturierungspolitik im Industrie- und Technologiesektor voran. Anfang 1983 hatte der (sozialistische) Industrieminister Carlos Solchanga die Vorlage eines Weißbuches angekündigt, begleitet mit einem Gesetz über die industrielle Umstrukturierung. Ein Elektronik-Technologieplan wurde ebenfalls angekündigt. Damals wie heute wies der Minister darauf hin, daß der Staat den Unternehmen wohl in einigen Fällen Orientierungshilfen hinsichtlich ihrer künftigen Produktionsausrichtungen geben, aber nicht die Märkte ersetzen könne. Aufgabe des Staates sei es jedoch, günstige Rahmenbedingungen für *Investitionen zu schaffen.*

Eine besondere Förderung erhält in diesem Zusammenhang das „Zentrum für die technologisch-industrielle Entwicklung". Diese Behörde des Industrie- und Energieministeriums hat die Aufgabe, „die technologischen Entwicklungsprojekte zu finanzieren, von denen die Ergebnisse erwartet werden, die es gestatten, die Konkurrenzfähigkeit der spanischen Industrie zu verbessern".

Ausländischen Investoren werden verschiedene Vergünstigungen geboten, so die finanzielle Beteiligung an Projekten, die neue Technologien benutzen. Scheitert die Vermarktung des Produktes, muß der Teil des Geldes zurückgezahlt werden, der auf die Ausrüstung entfiel. Der Rest – und das ist der größte Teil – wird in einen verlorenen Zuschuß verwandelt. Die Finanzhilfen sind von der Art und Größe des Unternehmens abhängig. Das Ministerium erteilt darüber genaue Auskünfte.

Weitere Beihilfen und Zuschüsse *gibt es für Technologie-Gründungen* in Regionen, die bisher nicht industriell erschlossen waren. Diese „privilegierten Gebiete" befinden sich insbesondere auf den Kanarischen Inseln, in Andalusien vor Gibraltar und im Norden. Alle diese Gebiete verfügen über eine gute Infrastruktur, ausreichend Arbeitspotential und relativ niedrige Lohnkosten. Über die Gebietsverwaltungen gewährt die Regierung erhebliche Vergünstigungen in Form von Gründungssubventionen und Steuernachlässen.

Das Wirtschaftsministerium weist in einer Broschüre („Förderung der Investitionen in Spanien") auf die Vorteile einiger Regionen hin. So eignet sich der Vorraum von Gibraltar sehr gut für mittlere Betriebe, die Kanarischen Inseln empfehlen sich als Standort zur Produktion von Elektronikartikeln und Chemie.

US

Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Mein geliebter Mann, mein lieber Bruder, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr. jur., Dr. rer. pol.
Paul-Heinz Herfurth

ist am 27. Januar 1985 im 87. Lebensjahr nach schwerer, geduldig ertragener Krankheit von uns gegangen.

Wir trauern um ihn in Liebe und Dankbarkeit.

Sabine Herfurth
geb. von Burkersroda
Annemarie Freifrau von Uslar-Gleichen
geb. Herfurth
Elisabeth Schröder
geb. Herfurth
Dr. jur. Carl August Schröder
Christoph, Sabine und Cornelia
Christian Herfurth
Helga Herfurth geb. Lüdeke
Sophie und Verena
Dietrich Herfurth
Marianne Herfurth geb. Petry
Sebastian und Christina

Zeilstraße 14, 6242 Kronberg-Schönberg/Taunus

Die Trauerfeier findet statt am 31. Januar 1985, 14.00 Uhr, in der Kapelle des Friedhofes Friedrichstraße, Kronberg-Schönberg.

Kurz vor Vollendung des 90. Lebensjahres ist mein über alles geliebter gütiger Mann, mein lieber Bruder, unser guter Vater und Großvater

Richard Pfohl

*30. März 1895 †28. Januar 1985

friedvoll in die andere Welt hinübergegangen.

Maria Pfohl geb. Ranitzsch
Renate Singer geb. Pfohl
Erica Pfohl, Hamburg-Blankenese
Isabel Cordua von Specht geb. Pfohl
mit Erik, Franka und Isabel, Vancouver
Dethard und Renate Pfohl geb. Staunau
mit Udonie und Dethard, Lissabon
Dr. jur. Rudolf Hayo und Ellen Pfohl
geb. Meyer, Hamburg-Sülldorf

Justus-Brinckmann-Straße 60 g, Hamburg-Bergedorf

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 1. Februar 1985, um 12.00 Uhr auf dem Bergedorfer Friedhof, Kapelle 1, statt.

Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden
Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80, oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24
Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wir übernehmen

Auslieferungslager

(Lager beheizt) für Raum Ulm – Stuttgart – Augsburg – Bodensee. Fahrzeuge mit Hebebühnen sind vorhanden.

KOGLIN-Transporte KG
Bad Waldsee/Ulm, Telefon: 0 75 24 / 76 33

Renommiertes Schweizer Immobilien-Unternehmen
in der Zweitwohnung spezialisiert, sucht

Verkaufsorganisation oder selbständigen Agenten

für den Verkauf von Immobilien in verschiedenen Kurorten der Schweizer Alpen (mit Verkaufsbewilligung an Ausländer).

Offerten unter Ziffer 36-900 000 PUBLICITAS, CH-1951 SION/WALLIS.

Aufstrebender Treppenbaubetrieb
Marmor – Werkstein – Beton – mit Werkstatt – Ausstellung – Lager – im Großraum Hamburg möchte weitere Handelsware der Baubranche in sein Programm aufnehmen.
Ang. u. N 12 784 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Südost-Asien Internat. Kurierdienst
Wichtige Geschäftspapiere? Eilige Terminsachen? Wöchentl. Flüge nach Bangkok, Singapur, Hongkong. Profitieren Sie von meiner 10jähr. Erfahrung. Ich garantiere Ihnen absolute Zuverlässigkeit und Diskretion.
Fa. Harry Eulgen - Kamper Feld 58, 43 Essen 1
Tel. 02 01 / 71 08 46

Firmengründungen
weltweit – Steuerdomizile.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

Ihre Adresse in der Schweiz
mit Telefon, Telex und Postanschrift.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

Auch wir wollen noch wachsen!

Wir sind die Tochter einer kleinen Firmengruppe, die sich auf den Vertrieb organischer Düngemittel spezialisiert hat. Wir verfügen über ergiebige Rohstoffreserven und bestes „Know-how". Wir liefern sowohl „lose Ware" als auch 12,5- und 25-kg-Säcke nach Ihren Wünschen verpackt. Besonders aktuell und beliebt ist unser „Reiner Rinderdung". Zur weiteren Festigung und des Ausbaus unseres Programms suchen wir noch einige potente Vertriebspartner für das In- und Ausland. Wir sind jung und unkompliziert. Fragen Sie doch mal bei uns an:

NORDDEUTSCHE NATURDÜNGER GmbH

Alte Straße 77, 4600 Dortmund 1
Verkauf: Eckhard Grunert, Am Hang 31, 2740 Bremervörde

Welcher, JUWELIER od. SERIÖSER KAUFMANN mit guter Kapitalbasis ist interessiert an der Königsallee in Düsseldorf, weltbekannten italienischen Juwelier im FRANCHISING zu vertreten?

Ladenlokal in bester Lage wird zur Miete zur Verfügung gestellt. Einarbeitung durch spezielle Informationen in Italien (ca. 2 Monate).

Interessenten werden gebeten, kurzes Statement zu senden an:

KÖ-GALERIE CITY CENTER GMBH
Münsterstr. 100
4000 Düsseldorf
Tel. 02 11 / 48 30 21

Lizenz
für neuartiges Gaststätten-Betriebs-System von Schweizer Firma zu vergeben.
Anfragen erbeten unter Chiffre J 10 990 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

---

Übernehme sofort
Vertriebs- und Organisationsaufbau,
auch Umstellungen, für Produkte und Leistungen mit möglicher Umsatzgarantie und Kapitalvermittlung.
Kontaktaufnahme erbeten telefonisch 02 01 / 70 67 24, oder schriftlich unter
Johann-W. Becker, Lenbachstr. 41, 43 Essen 1.

HOCHINTERESSANT für KLEIN- UND MITTELBETRIEBE
Vergabe von Lizenzen an Schreinereien, Glasereien, Handwerksbetriebe (auch artfremd).
Patentamtliche Schutzrechte auf dem Gebiet des LÄRMSCHUTZES
Wir suchen Partner, die daran interessiert sind, diese Schutzrechte wirtschaftlich zu multiplizieren.
Es handelt sich um LÄRMSCHUTZ-SYSTEME für den nachträglich Einbau an vorhandenen Fenstern, Türen, Decken und Wänden.
LSG
Anfragen erb. unter M 12 783 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Brit. Motorrad-Vertriebsfirma
sucht deut. Geschäftspartner f. Finanzierung d. Ankaufs v. Motorrädern f. brit. Soldaten, stat. in der BRD. Auf Kommissionsbasis.
Anfr.: G. Farmer, 24a Lower Rd, Chorleywood WD3 5LH, GB.

Staatl. gepr. Betriebswirt
32 J., mehrj. Erfahrung als Ass. d. Verkaufslt., Absatzkanal SB-Handel, Heimwerkermärkte, Versandhandel, jetzt Vertriebsleiter in mittelst. Unternehmen, möchte sich nach Süddeutschland verändern und sucht neue Herausforderung ab 1. 4./1. 7. 85.
Ang. unt. X 12 770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Verfahrens-Ing.
(mit Schlosserlehre), 31 J., 5 J. Berufserf., davon 3 J. im Ausland, Spezialkenntnisse: regenerative Energien, Sprachen: Englisch u. Arabisch, sucht neuen Wirkungskreis im norddeutschen Raum.
Angeb. u. N 13 004 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

---

Bauingenieur
29 J., Fachhochschulstudium, Vertiefung Wasserbau, z. Z. tätig in kl. Unternehmen des Spezial-Wasserbaus, Erfahrung in Baustellenabwicklung u. -Betreuung, sucht neue verantwortungsv. Aufgabe als Bauleiter, auch Ausland.
Zuschr. unt. E 12 887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsprofi
38 J., m. nachweisb. Erfolgen in der Unterhaltungselektronik. Jetzige Stellung Verkaufsleiter, ungekündigt, sucht neue leitende Stellung in einem Top-Unternehmen. Bevorzugt NRW. Keine Versicherungen.
Zuschr. erb. u. G 13 043 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Welches Unternehmen
im Markenartikelbereich sucht versierte Außendienstmitarbeiterin?
Gebiet FL, SL + NF.
Rosemarie Vogel
Tel. 04 61 / 3 61 21

Versierter
Zentral-Einkäufer
Food, 17 J. in namhaftem deutschen Lebensmitteluntern. m. versch. Warengruppen erfolgr. tätig, sucht neuen Wirkungskreis (Konferenzerfahrung).
Zuschr. erb. u. M 13 047 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

2 praxiserfahrene
Maurermeister
suchen neues Betätigungsfeld im Hoch- u. Industriebaubereich.
POHL, Nonnenerlen 11, 4350 Recklinghausen, Tel. 0 23 61 / 7 13 17

Führungskraft (Vertrieb)
sucht neue Aufgabe in den **USA.**
Angebote u. S 12765 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Versierter Wirtschaftsjurist
38 J., 4 J. Rechtsanwalt, knapp 3 J. Industrie, sucht neue, anspruchsvolle Tätigkeit.
Angeb. erb. u. G 12 779 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER AUF ZEIT
Betriebswirt, 41 Jahre
frei für
- Sanierungen
- Sonderaufgaben
- Übergangslösungen

Unternehmensberatung
Hermann-W. Jacobs
Kirchseelter Straße 4
2805 Stuhr 5
Telefon 0 42 06 / 70 79

Skipper
42, Österr., 14jähr. Praxis im Mittelmeer, Werkzeug- u. Maschinenbau, sucht für '85 Veränderung, evtl. auch Bauaufsicht. Kein Aussteiger, versiert in allen Wartungs- u. Reparaturarbeiten.
J. Berlitsch, A-9851 Lieserhofen 142
Tel. abends 00 43 / 47 62 / 4 38 84

Dipl.-Kfm.
31 J., unabhängig, flexibel, gt. Englischk., bisher 1¼ J. Berufserfahr. in WP/Stb-Gesellschaft, sucht entwicklungsfähige Stelle im Stabsbereich m. breitem Aufgabenfeld zur Unterstützung/Assistenz der Geschäftsführung, auch Auslandstätigkeit.
Angeb. erb. u. H 12 780 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandserfahrener
Maschinenschlosser
35 J., fließend Engl., Grundkenntn. in Spanisch, z. Z. Monteur (Maschinenbau, Neueinrichtung u. Reparatur) Schweißkenntnisse, sucht Dauertätigkeit in Südamerika, Afrika oder Asien.
Zuschriften erb. unt. L 13 046 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer, Dipl.-Kaufm.
40 J., techn. Großh., Sanierungserfahrung, ungek. Position, engl./franz., sucht anspruchsvolle Aufgabe (möglichst NRW, nicht Bedingung).
Zuschr. u. G 12801 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Maschinenbau-Techniker
38 J., sucht neuen Wirkungskreis. 15 J. Berufserfahrung in Konstr. von LKW-Aufbauten, Aggregaten, Sondermasch., Rührwerken, Behältern u. Filtration von Hydr. Komponenten.
Zuschriften erbeten unter M 13 003 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.
30, Examen gut, seit 18 Mon. im Versich.-Außendienst, sucht verantwortungsv. Aufgaben im Marketing-Controlling.
Ang. unt. W 12 789 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Auf einem 10 000 m² großen Grundstück, das zur Hälfte unbebaut ist, wollen wir eine

ca. 500 m² GROSSE HALLE

erstellen, um sie dann langfristig an ein Filialunternehmen zu vermieten. Bauliche Wünsche können noch berücksichtigt werden. Parkplatz wird erstellt.
Die Lage ist außerordentlich verkehrsgünstig – ca. 5 km südl. Bremens, direkt an der B 6 (Bremen–Hannover) und zur BAB-Auffahrt (Hamburg–Osnabrück–Hannover) ca. 4 km. Das Gelände wird täglich von Tausenden von Pendlern passiert. Kontaktaufnahme bitte u. R 12 918 an: WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ihr Kapital wächst auf ca. 600% (und mehr) in 12 Jahren
durch unser EXKLUSIV-PROGRAMM erstkl. Sicherheiten, Abw. ü. europ. Großbank, Beratungsgem., Postf. 50 11 24, 6072 Dreieich

---



In den Schweizer Alpen
in der Nähe der Beförderungsanlagen, zu verkaufen

neues Chalet von 3½ Zimmern

600 m² Umschwung inbegriffen, Wohnraum mit Cheminée, ausgestattete Küche, Badezimmer, 2 Schlafzimmer. Eigenkapital sfr. 40 000,–. Restbetrag von sfr. 239 000,– in Hypotheken zur Verfügung.

Austauschmöglichkeit gegen Villa in Spanien.

Gratisa - Bauunternehmung
CH-1631 MOLESON-S/GRUYERES
Tel. 0041-29-6.15.78 oder 0041-21-56.50.62 abends

---

40 km von Stuttgart
zw. Schorndorf u. Schwäb.-Gmünd, luxuriöses Haus mit Schwimmbad, Sauna, Solarium etc., 3 Garagen, z. T. Einbaumöbel, ca. 300 m², langfristig an *solventen Interessenten*, wegen Auslandsaufenthalt, zu vermieten. Mietpreis DM 2400,–.
Interessenten melden sich u. Chiffre 25-139 002, Publicitas, Gubelstr. 19, CH-6300 Zug, od. Tel. 00 41-42 77 14 44

Modernes, viergeschossiges
Büro-/Geschäftshaus
in Offenbach am Main, Hauptverkehrsstraße, Erstbezug 1984: Grundstück 1235 m², Mietfläche 1700 m², Straßenfront 32 Meter, *erstklassige Ausstattung*. Indexgesicherte Mietverträge mit Behörde, Firmen, Gastronomie, Jahresmiete ca. TDM 400, direkt vom Eigentümer zu verkaufen. VB: 5,5 Mio. DM.
Zuschr. erb. u. S 12 919 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

LIMBACH
Immobilien KG
BONN – Zusammenfluß von Politik und Kapital. Wir sind in Bonn „in". Wir suchen für unsere Anleger:
MIETWOHNANLAGEN
BÜROHÄUSER
EINKAUFSZENTREN
MÄRKTE
im Gebiet der gesamten BRD. Bitte beraten Sie sich unverbindlich mit uns.
Bonn · Markt 26-32
☎ 0228/65 19 44-48
Telex 8 869 344 immo D

Neubau-Gewerbe-Hallen
Haan 230 + 460, Hilden + Eitorf 150 + 300, Wickede + Zülpich 100–300 m² vermietet
Tel. 0 21 22 / 6 28 94

Immobilieneigentum in TIROL/SEEFELD
Tel. 00 43 / 55 12 / 20 68, 41 89; 00 43 / 52 22 / 2 64 22

Baugrundstück
in ruh. Ortslage, 2 km BAB/HH Marmstorf, 1125 m², DM 190 000,–.
Engfer, Vahrendorf
Tel. 0 41 08 / 68 89

Suche Sponsor
der mir Startkapital für
Schäferhundzucht
gewährt.
Telefon 0 21 95 / 28 21

Geben Sie bitte die *Vorwahl-Nummer* mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

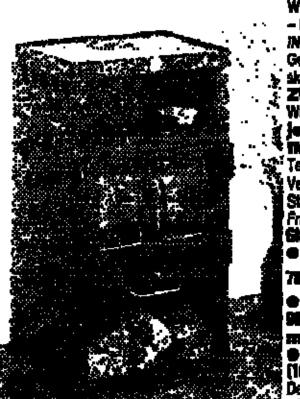
GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Junger Dr.-Ing.
(Afrikaner), bereist, Guinea (Conakri), Mali (Bamako), Elfenbein (Abidjan), mit besten Kontakten u. Referenzen. Haben Sie Produkte od. Interessen?
Zuschriften unter E 12 799 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
sucht Verbindung zu einem seriösen Ex- und Importeur.
Angeb. u. L 12 782 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spanische Vertriebsorganisation mit Zentrale in Malaga
und vielsprachigen Mitarbeitern sucht Kontakte zu Firmen in der BRD, die in Spanien ansässig werden wollen. Büros und Lager vorhanden. Kontaktaufnahme unter
Dieomsa, C./Salitre 39
29002 Malaga, Telex 7 9 050

Kurzmitteilung an alle Kaminkäufer!



WINFRIED ANTHÖFER
– Intern. Im- u. Exporte –
INFORMIERT:
Geplatzter EXPORTAUFTRAG – über 500 Kamine im [illegible] Design –
ZURÜCK AM LAGER!
Werksseitig zum freien Verkauf an jedermann freigegeben!
IMPORTLAGER täglich geöffnet!
[illegible]
NUR 899,– DM
NUR 1099,– DM
1099,– DM
Winfried W. M. Anthöfer Im-Export
Wüste 2, 4404 Münster/Telgte, Tel. 0 25 04 / 54 83

Anlageberater
Wir, aus Luxemburg, haben das überzeugende Konzept. Hohe Sofortprovisionen.
Bewerbungen unter R 12 786 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Welches Unternehmen
sucht für das Ruhrgebiet einen engagierten
Handelsvertreter?
Abschlußsicher, mit langjähriger Erfahrung im Verkauf. In der Industrie bestens eingeführt, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote, die eine seriöse und dauerhafte Tätigkeit ermöglichen, bitte unter P 12 785 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Dipl.-Kaufmann
40 J., dynamisch
Manager-Typ
Vertrieb, Beschaffung, Verwaltung, Transportwesen u. a., Engl., Franz., Russ. fließend, langj. Auslandsaufenthalt, Konzernerfahrung in leitender Position.
Suche neue Aufbau- u./od. Führungsaufgaben im In-/Ausland, z. 1. 7./1. 10., evtl. auch 1. 4. mögl.
Ang. erb. u. W 12 791 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. Maschinenbau (TH)
48 J., 15 Jahre in techn.-betriebswirtschaftl. Führung, z. Z. techn. Leitung im Masch.- u. Anlagenbau mit Akquisition sucht leitende Position im Raum Düsseldorf. Leitung einer Niederlassung/Filiale/Büro, techn. Akquisition u. Beratung.
Angeb. erbeten unter V 12 790 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Filial-Revisor
● Inventurdifferenzen ● Kosten ● Personal ● Organisation ● langjährige Erfahrung, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote erbeten unter L 13 002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter
Einkauf/Materialwirtschaft
ungekündigt, 46 J., verh., langjährige Erfahrung in leitender Stellung im industriellen Einkauf, Engl., EDV, sucht neue verantwortungsvolle Position zum 1. 7. oder später. Möglichst Großraum Hamburg.
Angeb. erb. unt. B 13 016 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Führungsaufgabe in EDV / Controlling / Beratung
– Biete langj. Erfahrung bei der Konzeption und pragmatischen Realisierung von EDV-gestützten Planungs- und Controlling-Systemen.
– Bin 43 J. alt, Dipl.-Kaufmann, seit 78 EDV-Leiter in mittlerem Industriebetrieb mit mehreren in- und ausländ. Tochterunternehmen. Frei frühestens ab 1. 7. 85, Raum Hamburg bevorzugt.
Angebote. erbeten u. T 12788 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dr. rer. pol.
Geschäftsführer, Vorstand, Unternehmer im Bereich Wohnungsbau, Grundstücksgesellschaft, Kapitalanlagen, Projektierung, Vertrieb, Abwicklung von großen Bauvorhaben bis zu 100 Mio. DM Jahresvolumen, besondere Kenntnisse im Bereich Modellkonzeption (Bauherren-, Bauträger- u. Beteiligungssysteme) sowie Baureifmachung großer Grundstücksareale, sucht leitende Tätigkeit (auch als Berater) im Bereich Grundstücksakquisition, Projektvorbereitung, Konzeption, Vertrieb, möglichst mit interessanter Erfolgsbeteiligung, bevorzugt im Rheinland.
Angeb. u. P 13005 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Abteilungsleiter (Prokurist)
41 J., im Groß- u. Einzelhandel f. Elektrogeräte, Werkzeuge, Pumpen u. Gartengeräte tätig, sucht z. 1. 7. neuen verantwortungsv. Wirkungskreis *in Dauerstellung. Raum Schleswig-Holstein, Lübeck o. Hamburg* bevorzugt. Auch Vertretung m. Auslieferungslager angenehm.
Angeb. u. F 12778 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

VERKAUFSLEITER einer Ladenkette
40 J., Umsatzverantwort. 45 Mio., in ungekündigt. Stellung, beste Erfolgsnachweise, sucht verantwortungsv. Position.
Angeb. unt. D 12 776 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
50 Jahre, Erfahrungen im Ein- u. Verkauf, Werbung, Personal, langj. GF-Tätigkeit im Freizeitbereich u. Vereinssport (BL), sucht per 1. 7. neuen Wirkungskreis oder tätige Beteiligung.
Angeb. erb. u. U 13 009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ass. d. Geschäftsf. GH/EH
Dipl.-Kfm M. A., 41 J., mehrjährige erfolgreiche Berufserfahrung im Elektro- u. Elektroniksektor *mit bisherigen Schwerpunkten* Vertrieb, Marketing, Außenhandel sucht nicht branchengeb., interessanten neuen Wirkungskreis auch in Industrie od. Dienstleistungsbereich. Sprachkenntnisse: Engl., Span., Ital., Portug.
Angeb. erb. unt. Z 13 014 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)
gel. Elektriker, Erf. in Arbeitssicherheit, Haus- u. Krankenhausbetriebstechnik, sucht Stellung, auch Hausverwalt., Baubetreuung o. ä.
Angeb. u. S 12787 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Dolmetscher u. Übersetzer
(BDÜ-Mitglied), f. d. türk. Sprache, staatl. gepr. (Präd.: sehr gut) u. allg. beeidigt, mehrjähr. Berufserf. sowie gute Englischkenntn., z. Z. in ungek. Stellung, sucht neue Anstell., evtl. auch Mitarb. auf freiberufl. Basis.
Angeb. u. U 12789 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Diplom-Geographin
25 J., vielfältig interessiert, gute Englischkenntnisse, ortsungebunden, sucht feste Anstellung.
Ang. unter W 13 011 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Verantwortungsbewußter Mann
35 J., ortsungebunden, mit Abitur, breiter Allgemeinbildung und guten Englischkenntnissen, Erfahrung im Korrekturlesen, graphisch begabt, sucht feste Anstellung und würde sich gerne einarbeiten lassen.
Ang. unter A 13 015 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Versierter Verkaufsleiter
38 J., Imp.-Exp.-Kfm., Hamburger, langj. In- und Außendienstpraxis, versiert im Umgang mit anspruchsv. *Kundschaft des In- u. Auslands*, verhandlungsgewandt, abschlußsicher, wendig, räumlich mobil, gute Kontakte zu Großverbrauchern d. Handels (Non-Food) wünscht neue kreative Aufgaben ab Februar 1985 zu übernehmen.
Angeb. unter C 13 017 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Führungskraft mit Format
Alger 42 J., Auslandserfahrung in Südafrika, Saudi-Arabien, Irak, Ägypten u. Nigeria sucht verantwortungsvollen Auslandseinsatz.
Zuschriften erbeten unter V 13 010 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 54, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing. (BMT)
30 J., m. umfangr. kaufm. Ausbildung u. Erfahr., vertraut m. Statistik, Verwalt., Personalorga., Werbung, Öffentlichkeitsarb., sehr flexibel, schnelle Auffassung, kreativ u. konstruktiv, keine Vertreterposition.
Angeb. üb. Einstiegsmöglichkeiten, Großraum Hamburg unt. E 12 777 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

TROPEN-HOLZKAUFMANN
Ende 30, EK/VK Rund- u. Schnittholz, vieljährige Erfahrung mit Schwerpkt. Westafrika, auch für Fernost/USA, mehrsprachig, sucht verantw. ausbaufähige Pos. in Industrie/Handel/Agentur.
Angeb. u. R 13 006 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

DIPLOM-ÜBERSETZERIN
20j. Berufserf., Ausl.-Aufenth., fertigt Übers. Reinschr. durckf. **Deutsch/Engl. – Engl./Deutsch.** Literatur (Romane, Kurzgesch.), Technik (Prosp., Gebr. Anl. etc.), wissenschaftliche Arbeiten.
Ang. u. S 13 007 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Stellengesuche in der WELT

Ein bewährter Weg zum beruflichen Erfolg.

Tips für den Anzeigentext, technische Informationen und die Grundregeln für Ihre Bewerbungen finden Sie in unserer kostenlosen Stellengesuchbroschüre. Wir schicken sie Ihnen gerne zu.

Schreiben Sie an:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung, Stellen-Service, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 347-43 18, -1.

STELLENANGEBOTE

Für unsere Betriebsstelle in Hamburg sowie für spätere zu errichtende weitere Betriebsstellen im norddt. Raum suchen wir
Schuhmachermeister
welcher in unserer Hamburger Betriebsstelle mind. 4 Stunden täglich aktiv tätig ist.
Gutes Gehalt und soziale Leistungen sind gewährleistet. Bitte bewerben Sie sich bei
Multi-Express, Service-Einrichtungen GmbH
Malmedyer Str. 18a, 5108 Monschau 7, Tel. 0 24 72 / 20 31

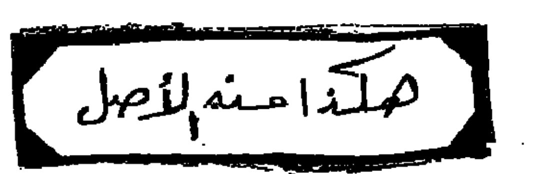
Wir suchen für unsere Telefon- und Telex-Zentrale zum nächstmöglichen Termin eine
Sachbearbeiterin für franz./engl. Korrespondenz
mit guten Schreibmaschinen-/Stenokenntnissen zu guten Bedingungen (auch Ausländerin).
Bewerbungen erbeten unter S 13 012 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebs-repräsentant
für den Verkauf von Bilderrahmen u. -leisten zum 1. 4. 1985 gesucht. Gesamt-PLZ-Bereich 6. Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild an:
HWP Handelsgesellschaft Köln mbH, Unter-Sachsenhausen 35, 5000 Köln 1

Wir vergrößern unseren Außendienst u. bieten unseren Mitarbeitern/innen zwischen 25 u. 45 Jahren, die gewohnt sind, selbständig zu arbeiten, hohe Verdienstmöglichkeiten, Aufstiegschancen u. neutralen Firmen-Pkw.
Tel. von 9–18 Uhr
0 28 21 / 2 44 97

---

näher dran
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Wo blieb Nikita?

G. K. – „In Büchern liegt die Seele aller vergangenen Zeiten" – aber auch, will man den Ausspruch von Thomas Carlyle passend ergänzen, die der Gegenwart. Das wird feststellen, wer die – durchaus empfehlenswerte – deutsche Version der Bildbiographie über Amerikas Swing-König Benny Goodman, die im Heinrichshofen Verlag, Wilhelmshaven, erschien, mit der englischen Original-Ausgabe vergleicht.

Jazzfreunde sind zwar Schlimmeres gewohnt, als daß Musik-Titel zu Jazz-Lokalen umfunktioniert werden, die „durch das enthusiastische Schlagzeugspiel Gene Krupas zu einer Attraktion wurden", wie es hier *geschieht*. Auch daß leider so manches in dem schönen Buch nicht nur ausgesprochen schlecht, sondern einfach falsch übersetzt wurde, *muß man hinnehmen*. Der dünnbrüstige Abschnitt über Benny Goodmans Reise in die Sowjetunion im Jahr 1962 ist aber etwas Besonderes. Denn *ganze 18 Zeilen* berichten in der deutschen Ausgabe recht *nichtssagend* über dieses denkwürdige Ereignis in Goodmans Biographie.

Und siehe da: die Original-Ausgabe (Thames and Hudson, London) enthält mehr und ganz anderes. Darin liest man von den Schwierigkeiten des Musikers im Lande der Sowjets, von dem psychologischen Druck, der dort im Auftrag von Nikita Chruschtschow Goodmans Goodwill-Tournee begleitete. Und ein Blick in den auf Kunstdruckpapier gedruckten Illustrationsteil zeigt: Auch dort wurde etwas getilgt: die treffende Karikatur mit Goodman und Chruschtschow. Weiß glänzt die leere Fläche.

Weshalb wohl darf der Leser in *Deutschland nicht alles wissen oder* sehen? Das kleingedruckte Impressum verrät es. Nicht die Vergeßlichkeit des Übersetzers ist der Grund. Wie in George Orwells „1984" mußte auch aus diesem Buch Mißliebiges getilgt werden, um eine neue „Wahrheit" zu schaffen. Die aus dem Englischen übersetzte Biographie ist „für die Bundesrepublik Deutschland und *West-Berlin*" *eine Parallel- und* Lizenzausgabe vom Ostberliner Verlag Neue Musik. „Copyright 1984" – It's Orwell-Time.



„Ich streichle eine alte Kiefer und verweile", Albumblatt von Li Zai aus einer Sammlung von Zeichnungen über die Heimkehr des Tao Yuanming FOTO: KATALOG

„Im Schatten hoher Bäume" – Die Kunsthalle Baden-Baden zeigt Malerei der Ming- und Qing-Dynastien (1368–1911)

Die dreifache Meisterschaft chinesischer Gelehrter

„Tausend Gipfel und unzählige Schluchten" sind in Baden-Baden zu besichtigen. Man kann teilhaben an der „*Erkundung des Weges* zum Pfirsichblütenquell" oder an „Der Fahrt zur Roten Wand". Denn in der Kunsthalle ist „Im Schatten hoher *Bäume*", *Malerei* der Ming- und Qing-Dynastien (1368–1911), zu betrachten. Es sind achtzig Alben, Fächerbilder, Quer- und Hängerollen aus dem Museum der Provinz Liaoning in der nordchinesischen Stadt Shenyang, das die wichtigste Sammlung klassischer Malereien außerhalb der Hauptstadt Peking beherbergen soll.

Die Auswahl beschränkt sich auf die sogenannte Literatenmalerei. In der Theorie sind das Werke, die von hochgebildeten Männern, die die „*dreifache Meisterschaft*" (*wie es der* Tang-Kaiser Ming-huan nannte), also Dichtkunst, Kalligraphie und Malerei, beherrschten. Diese drei Künste wurden seit dem zehnten Jahrhundert bei der sogenannten Beamtenprüfung, die die Voraussetzung für ein hohes Amt war, gefordert. In der Praxis lebten diese Männer allerdings oft genug, weil sie nicht als Beamte dienen konnten oder wollten, oder weil *sie in Ungnade gefallen und* verbannt worden waren, von ihrer Malerei. Aber das ist nicht das entscheidende. Es kommt vielmehr auf die Haltung des Unprofessionellen an, die sich gleichwohl mit hohem malerischen und kalligraphischen Können verbindet. Die Bilder sollen mühelos, *wie aus einer Laune entstanden* wirken. Das gibt ihnen Leichtigkeit selbst bei tragischen Themen.

Es sind sehr schöne Bilder, die in Baden-Baden gezeigt werden. Wobei es einen besonderen Genuß bereitet, daß die Querrollen in meterlangen Vitrinen oft in ihrer ganzen Länge zu sehen sind. So kann der Betrachter den Weg des Fischers in jenes reiche und friedliche Pfirsichblütenland *verfolgen, seine Rückkehr in die* Heimat und den vergeblichen Versuch, erneut den Zugang zu entdecken. Wen Zhengming (1470–1559), einer der „vier Großen" der Ming-Malerei, hat diese Querrolle mit ihrem verwirrend dichten Wald-Berg-Geflecht, durch das sich der Fluß und schmale Pfade ziehen, gemalt.

Die Ausstellung gliedert sich in acht Kapitel, die weitgehend der *Chronologie folgen. Sie beginnt* bei den „Erben der Vergangenheit" und endet mit der „orthodoxen" und „akademischen" Tradition. Dazu kommen „Die literarische Landschaft" oder „Lokalschulen und Individualisten". Aber im Prinzip meinen diese Kapitel alle dasselbe.

Die Tradition, insbesondere die der Malerei der südlichen Song (1127–1279), waren zu jeder Zeit verpflichtendes Vorbild. Und die *Landschaft*, nicht als Abbild der Natur, sondern als Gleichnis voller literarischer Anspielungen, stellte das bevorzugte Sujet *der Literatenmalerei dar*. „Blumen, Vögel, Figuren", denen eine gesonderte Abteilung eingeräumt wurde, bilden deshalb eher die Ausnahme.

Da die Kalligraphie und die dichterische Aufschrift als anspielungsreiche Variation des Themas oder als Paraphrase über die Situation, in der der Maler zum Pinsel griff, ein wesentlicher Bestandteil der Bilder sind, *erschließt sich dem europäischen* Betrachter eigentlich nur die schöne Oberfläche. Da helfen auch die Interlinear-Übersetzungen der Aufschriften nur bedingt weiter.

Die Hängerolle von Yu Tai mit dem „Abendlichen Regen über Xiao und *Xiang" (1502) will nicht nur den* Zusammenfluß der beiden Ströme in Hunan mit dramatisch überhöhten, nebelverhangenen Bergen, einer steinernen Bogenbrücke und dem obligaten Pavillon am Ufer zeigen und damit das Vorbild von Juran, einem Maler der frühen Song-Zeit, (wie die Aufschrift verrät) variieren. Die beiden Flüsse erinnern an den Tod des legendären Kaisers Shun, der auf einer Reise starb, ehe ihn seine beiden Frauen erreichten. Sie weinten am Zusammenfluß von Xiao und Xiang so sehr, daß der Bambus dort seitdem durch die Tränen gepunktet *ist*. Der Dichter Liu Yuxi (772–842) hat diese Motive in einem Gedicht zusammengefaßt. Seitdem sind der gescheckte *Bambus wie das Xiao/Xiang-Motiv* ein Topos für Melancholie und Herbst, der gelegentlich sogar auf die Darstellung von Bambus und Orchidee (z. B. bei Wen Zhenming) reduziert wird.

Ähnlich bedeutungsvoll ist der Pfirsichblütenquell, denn er erinnert an das „Westliche Paradies", wo im Garten der Xiwangmu, der westlichen Königin, die Pfirsiche der Unsterblichkeit alle dreitausend Jahre blühen und alle dreitausend Jahre reifen. Der Pfirsich symbolisiert deshalb Langlebigkeit. Und die Geschichte vom *Pfirsichblütenquell*, die auf eine kurze Prosaerzählung von Tao Yuanming (365–427) zurückgeht, wurde wiederholt gemalt.

In der Ausstellung erscheint sie noch auf einer Hauptrolle von Fan Qi (1689), mit einer sich in die Höhe *staffelnden Fluß-Berg-Landschaft*. Auch Qiu Ying, von dem in Baden-Baden „Die Fahrt zur Roten Wand" (eine Erinnerung an den Untergang der Han-Dynastie Anfang des 3. Jahrhunderts) zu sehen ist, hat den „Pfirsichblütenquell" gemalt, oder Daoji, dessen Gebirgslandschaft mit einem Tempel am Fluß (1691) in Baden-Baden hängt.

Wie unterschiedlich dasselbe Thema *dargestellt* werden *kann*, belegen in Baden-Baden die „Tausend Gipfel und zehntausend Täler". Bei Xiao Yuncong (1658) ist es eine Querrolle *mit eckigen, kargen Bergen, verstreuten* Häusern und einigen Figuren. Fünfzig Jahre zuvor malte Wu Bin dasselbe Thema archaisierend mit einem Gebirge, das sich wie die berühmten durchlöcherten Steine aus dem Taihu-See in die Höhe reckt und auf den kleinen Plateaus Tempel aufnimmt. Und Qong Xian (ca. 1618–1689), von dem in in der Ausstellung ein recht düsterer „Frühlingsquell" gezeigt wird, benutzte es bei einer Handrolle als Gleichnis auf den Sturz der chinesischen Ming-Dynastie 1644 durch die Mandschus, indem er eine zerklüftete Landschaft mit einigen wenigen kahlen Bäumen in satter dunkler Tusche malte.

Dieser schwermütige Ton ist in der *Ausstellung allerdings* die Ausnahme. Dazu trägt bei, daß die chinesischen Literaten die Natur stets als eine Landschaft des Menschen malen, auf dessen Gegenwart zumindest eine Hütte oder eine Brücke deuten, wenn sie nicht in den kleinen Figuren eines Gelehrten oder eines Literatenkreises präsent sind.

Es lohnt also, sich auf den schwierigen Pfad durch die „Gemalte Lyrik" zu *begeben, auch wenn manches am* Wege fremd bleibt.

PETER DITTMAR

Bis 10. März; Köln: 23. März bis 19. Mai; Hamburg: 7. Juni bis 4. August; *Katalog: 25 Mark*.

JOURNAL

F. V. S.-Preis für Aale Tynni-Haavio

dpa, Hamburg

Der Henrik-Steffens-Preis der Hamburger Stiftung F. V. S. ist für das Jahr 1985 der Lyrikerin und *Übersetzerin* Aale Tynni-Haavio aus Helsinki zuerkannt worden. Die Stiftung vergibt den mit 25 000 Mark ausgestatteten Preis zur Auszeichnung von Persönlichkeiten aus skandinavischen Ländern für kulturelle oder wissenschaftliche Leistungen von europäischer Bedeutung. Aale Tynni-Haavio, Mitglied der Finnischen Akademie, hat eine Reihe von Gedichtsammlungen veröffentlicht, in denen sie das Schicksal der Frau beschreibt. Als Übersetzerin ist sie durch eine Anthologie europäischer Lyrik bekannt *geworden*.

Jahrbuch der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

DW. Berlin

Aufsätze über den Fontane-Nachlaß Julius Petersens (Hermann Kuniach) und „Hegels Rechtsphilosophie und die Tradition des brandenburgisch-preußischen Naturrechts" (Siegfried Detemple) bilden die wissenschaftlichen Beiträge in dem neuesten „Jahrbuch Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Gebr. Mann Verlag, Berlin, 352 S., 85 Abb., 40 Mark). Ansonsten referiert der Präsident der Stiftung, Werner Knopp, in der 20. Ausgabe des Jahrbuches *über die Arbeit der Stiftung 1983*, stellen die Direktoren der einzelnen Museen neue Forschungsergebnisse und Neuerwerbungen ihrer Häuser vor. Eine Übersicht mit Jahreschronik, Ausstellungs- und Ausleihverzeichnis sowie einer Liste der Publikationen schließt den Band ab.

Erhaltung der Peking-Oper

dpa, Peking

Eine Vereinigung zur Erhaltung *der Peking-Oper ist gegründet worden*. Die seit 200 Jahren beliebte chinesische Oper, die Gesang, Tanz, Musik, Pantomime und akrobatische Kunst in sich vereinigt, verliert neuerdings immer mehr an Publikum. Vor allem junge Leute bleiben aus. Die 14 Bühnen Pekings, in denen diese Kunstform gepflegt wird, sind im Durchschnitt nur noch zur Hälfte ausverkauft. Der Vizepräsident des neugegründeten Vereins, Zhong Hong, erklärte, die Peking-Oper sei „ein wertvolles Erbe der chinesischen Kultur", und *forderte ihre Einbeziehung in die* Lehrpläne der Konservatorien.

Bremer Literaturpreis an Haufs und Müller

dpa, Bremen

Der Bremer Literaturpreis 1985 sowie der Förderpreis sind dem Lyriker Rolf Haufs (49) und der deutschstämmigen Rumänin Herta Müller (31) verliehen worden. Die Jury erkannte Haufs den mit 15 000 Mark dotierten Preis für seinen Lyrikband „Juniabschied" zu. Darin antwortet der Lyriker, wie es in der Begründung heißt, „auf die Beunruhigungen unserer Zeit und seines Lebens mit beunruhigt gerafften Gedichten". Herta Müller erhielt den Förderpreis für ihre – inzwischen sehr erfolgreiche – erste Buchveröffentlichung „Niederungen", in der sie „von den Ängsten und Verletzungen einer dörflichen Kindheit" schreibt.

Rudolf Gamsjäger†

dpa. Wien

Der ehemalige Direktor der österreichischen Staatsoper, Rudolf Gamsjäger, ist am Montag im Alter von 75 Jahren gestorben. Gamsjäger, *der seit 1945 Generalsekretär* der Wiener Gesellschaft der Musikfreunde war, übernahm von 1972 bis 1976 die Direktion der Wiener Staatsoper. Von 1935 bis 1939 studierte er Gesang, zuvor jedoch Chemie und Mathematik, bevor er sich ganz der Musik verschrieb.

„Gestern war heute" von I. Drewitz auf der Bühne

Mechanische Konflikte

Draußen vor der Tür schreit die jeweilige Wirklichkeit ihre Slogans. Vom arischen Supermann, vom Endsieg, später vom Gleichgewicht des Schreckens und der Macht des Kapitals. Drinnen hinter der Tür kuscheln sich Menschen ohnmächtig aneinander, wollen nichts wissen, flüchten zu Sauberkeit und Ordnung und verdämmern langsam in mutloser *Gesichtslosigkeit*.

Solch resignierten Befund stellt die Berliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz in ihrer Szenenfolge „Gestern war heute" vor. Sie erhöht die private Geschichte einer Mutter (Ursula) und ihrer Tochter (Cornelia) zum exemplarischen Fall. Ob in der Diktatur oder in der Demokratie: Das Gefälle zwischen Hoffnung und Erfahrung, zwischen Traum und Wirklichkeit öffnet immer wieder einen Abgrund zwischen den Generationen. Auf die hysterischen Fragen der Jungen wissen die Alten oft nur apathische Antworten. Das allerdings ist keine sehr originelle Wahrheit mehr.

Sie könnte aber eine durchaus bühnenwirksame sein. Doch die Inszenierung im neuen Frankfurter Goethe-Theater unter Konrad Göke riskiert zu wenig, um aus Beweisführern einer *dramatischen These dramatische* Figuren zu machen. Da spielt man brav vom Blatt, das wiederum seine epische Herkunft nicht verleugnen kann. Denn das Stück ist, auch wenn das Programmheft diesen Verdacht beiseite schieben möchte, eine Kurz-Collage des gleichnamigen Romans der Autorin.

Man beginnt mit dem Schluß. Ursula trifft nach langer Zeit ihre Tochter in einer Kneipe *neben dem* Gericht. Cornelia ist schon lange aus dem Haus, im außerparlamentarischen Untergrund, ihrem Freund *wird gerade der Prozeß gemacht. Die* Wiederbegegnung ist trostlos wie das Rattern des Geldautomaten im Hintergrund: Vorwürfe der Tochter, Sprachlosigkeit der Mutter. Sie schießen mit lauten und stummen Erinnerungen aufeinander.

Dann Rückblende. Erst zu den Anfängen, als Ursula selber noch ein Kind war und *plötzlich ihr jüdischer* Freund deportiert wurde. Damals hatte sie die gleiche Empörung und Wut im Leib wie ihre Tochter jetzt. *Damals wie heute hatte die Mutter* keine Antwort, nur ihren stummen Schoß für die Tränen. Schließlich die Nachkriegszeit, das Erwachsenwerden, der Wiederaufbau, Familie, das Kind. Ein melancholischer Wiederholungszwang: die Alten drücken sich vor der Wirklichkeit, die Jungen träumen an ihr vorbei.

Dem ist sicher eine Portion ergreifendes Pathos nicht abzusprechen. Doch die zehn Bilder *mit Prolog und* Epilog verkürzen den großen Bogen zu einer Addition von Momentaufnahmen. Die Logik der Konfliktwiederholung wird nicht aufgeschlüsselt. Sie gerät allzu mechanisch, behauptet mehr, als daß sie wirklich gelebt würde. Dem Stück fehlt die Tragik der Personen.

Das war mit Goethes „Stella" noch anders. Mit ihr hatte das von Boris *von Emdé und Penny McLean geleitete* 99-Plätze-Haus Ende letzten Jahres einen respektablen, ja, geradezu frechen Einstand. Ohne Subventionen, aber mit dem Finanzpolster ihres Münchener „Theaters am Einlaß" wollen die Verantwortlichen in Zukunft Theater der großen und der kleinen Form wagen. Borcherts „Draußen vor der Tür" sowie Stücke von Cocteau, Nestroy, H. Müller, Th. Bernhard und B. Strauß wären geradezu „maßgeschneidert", so von Emdé, für ihr Spielunternehmen, das bei 20 En-suite-Vorstellungen pro Stück mit 70 Prozent Zuschauerauslastung aus dem finanziellen Schneider wäre.

CLAUDIO ISANI

Ponnelle inszeniert Hindemiths „Cardillac"

Wenn Kulissen tanzen

Noch immer, fast 60 Jahre nach seiner Uraufführung in Dresden, wirkt Hindemiths „Cardillac" knakkig und rabiat. Er scheint wie mit aufgekrempelten Hemdsärmeln niedergeschrieben. Er gibt sich nüchtern, distanziert, dem aber eine Kunstemsigkeit widerspricht, die sich gar nicht genug tun kann an kontrapunktischen Umtrieben und Beschwörungen der alten kompositorischen Formen, denen Hindemith kaum weniger anhängt als Cardillac, der mörderische Goldschmied, an seinen Geschmeiden.

Dabei ist es eine sehr laute, bläserfreudige Musik, die den kompakten Krach nicht scheut. Das kleine Orchester (Sawallisch hat darauf hingewiesen, daß es Straussens „Ariadne"-Besetzung kaum übersteigt) bläht sich gewissermaßen zur musikalischen Dampfwalze. Heldentenöre, gleich zwei an der Zahl, müssen her, die musikalisch geballte Ladung, die aus *dem Orchestergraben tönt*, lauthals zu übersingen. Dennoch versteht man kein Wort. Münchens Nationaltheater hätte Hindemiths „Cardillac" auch auf chinesisch geben können, ohne zusätzliche Einbuße an Verständlichkeit.

Sawallisch und Ponnelle, beide Novizen im Hindemith-Dienst, haben sich für das Original aus dem Jahre 1926 entschieden. Hindemiths späte, altmeisterliche Revision schien ihnen das Werk nur zu verbiedern, seiner geradezu wurstigen, dabei rasanten Interesselosigkeit zu berauben.

Tatsächlich beschäftigt sich Hindemith im „Cardillac" einzig mit seiner Musik und nicht mit der Psychologie der Opernfiguren. Herzlich gleichgültig *sind ihm die Geschehnisse auf der* Bühne, nur im apotheotischen Chorfinale wird er, von Tradition übermannt, ein bißchen schwach. Da *weht* die gute, alte *Künstlerromantik*, der Hindemith zwei Stunden lang den Garaus zu machen versucht hatte, unversehens zurück.

Sawallisch gab sich große Mühe, die kunstreiche Motorik der Partitur straff laufen zu lassen. Er strebte Nüchternheit an, wohl auch Trockenheit des Klangs. Die Akustik seines Hauses spielte dabei jedoch nicht recht mit. Es ist immer, als läge seit *Jahrzehnten zu* viel *Richard Strauss* in der Münchener Luft, um sich von Hindemith im Handstreich wegventilieren zu lassen. Das Orchester spielte dennoch schlagkräftig und mit entsagungsreichem Elan. Hervorragend sangen die Chöre.

Das vorsätzlich karge Stück wird von Jean-Pierre Ponnelle erstaunlicherweise szenisch großzügig veropert; zwar auf die geschmackvollste, aber auch überflüssigste Art. Gleich im ersten Bild tanzen sogar die Häuser Ballett. Sie flitzen hin und her wie riesige graue Fledermäuse. Das macht ohne Zweifel Effekt, nur taugt es zu nichts anderem, als den Opernhausbüfettiers statt einer Pause nun gleich zwei zuzuschanzen. Zwischen „Coppelia" und „Hoffmanns Erzählungen" gruselt Ponnelles schiefgiebeliges „Cardillac"-Dekor hin und hier. Der Verweis auf die Bauten des expressionistischen deutschen Stummfilms der „Caligari"-Zeit ist nicht stichhaltig. Es spukt in Ponnel*les „Cardillac"* eher *luxuriös wie in* Disney-Land.

Donald McIntyre singt machtvoll die Titelpartie. Nur mit der Dämonie hapert es sehr. Maria de Francesca-Cavazza gibt, mit Besorgnis in der Stimme, die Tochter des Mörders. Wie bei einer Hindemith-Inventur teilt sie laut und vernehmbar die Anzahl der Noten mit, und alle sind trefflich sauber. Robert Schunk ist der tenorale Glückspilz, der dem Mordanschlag des Goldschmieds lebend entgeht. Doris Soffel gibt vibratoreich die Dame, Josef Hopferwieser stemmt sich in die Rolle des Kavaliers. Der treffliche Nöcker als Goldhändler sah aus wie Doktor Mirakel. Das Publikum tobte vor Begeisterung.

KLAUS GEITEL



Donald McIntyre und Maria de Francesca-Cavazza in der Münchner Inszenierung von Hindemiths Oper „Cardillac" FOTO: RABANUS

Peter Herbolzheimers „Music for Swinging Dancers"

Auf Goodmans Spuren

Musik mache er nicht nur für den Kopf, sondern auch für den Bauch, ist ein vielzitierter Ausspruch vom Posaunisten und Bandleader Peter Herbolzheimer. Mit seiner jüngsten Produktion hat der wohlbeleibte Musiker („Old Kugelbauch") nun auch die Füße berücksichtigt. Mit „Music for Swinging Dancers" (Teldec 6.25643, 6.25867/68) bittet das „Peter Herbolzheimer Orchestra" die Paare aufs Parkett.

Mit diesem Dreieralbum beweist Herbolzheimer einmal mehr, daß Jazz keine *Angelegenheit* für *eine auditiv* belastbare Minderheit sein muß („Ach, all das elitäre Gerede über den Jazz", äußerte er einmal abfällig in einem Interview), daß der gute alte Swing, mit dem schon Benny Goodman und Tommy Dorsey vor einem halben Jahrhundert die Säle füllten, entsprechend aufpoliert, immer noch hörenswert ist.

Die dreißig Titel, von „Moonglow" *aus den Dreißigern bis hin zu Billy* Joels „Just the Way *you* are" aus jüngster Zeit (das in der Swing-Fassung übrigens arg an Substanz verliert, wobei man sich streiten kann, ob's an der Komposition oder am Arrangement liegt), bieten sauber und präzis Musiziertes – stellenweise schon fast etwas zu sauber, was dann gefährlich nahe an den Rand der Sterilität gerät – Studioatmosphäre ist nicht unbedingt inspirierend.

Aber die Platten richten sich ja in erster Linie an Tänzer, und die werden – eingedenk der metronomhörigen Starrheit mancher „Tanzplatten" – dankbar zu den mit blitzbank polierten Oldtimern nostalgisch aufgemachten Hüllen greifen. Diese verzeichnen lediglich auf „Vol. 3" verschiedene Arrangeure neben Herbolzheimer, woraus man wohl schließen darf, daß der Träger des Bundesverdienstkreuzes (verliehen für die Komposition des Einzugsmarsches der Olympischen Spiele 1972 in München) das tönende Gewand der ersten *zwanzig Titel selbst geschneidert* hat.

Zugegeben: es ist nicht einfach, dem Rodgers & Hart-Ohrwurm „The Lady is a Tramp" noch eine Version hinzuzufügen, die alle Vorgänger übertrifft; und wenn sich bei „Moonglow" etwa die Geigen plötzlich einmischen, dann hört man auf einmal nur noch „Musik zwischen Tag und Traum". Dafür entschädigen dann Interpretationen des Mancini-Hits „The *Day of Wine and Roses*" *ebenso* wie die swingunüblichen Bigbandtöne einer Querflöte zu „Love is just around the corner" und „I won't dance".

Bei Erroll Garners „Misty" schließlich, bei dem ein hervorragend gespieltes Saxophon – dem erotisierendsten Instrument überhaupt – aufhorchen läßt, werden auch die passioniertesten Quickstep- und Slowfoxtänzer aus dem hundertfach geübten Wechselschritt geraten und verzückt lauschen.

RAINER NOLDEN

„Einsatzkommando Seewölfe" – Ein Film des Australiers Peter Maxwell

Tödliche Kriegsehren im Fernen Osten

Wer in diesen Film geht, muß zwangsläufig enttäuscht werden – unangenehm oder angenehm, je nach Erwartung. Denn Titel, Plakat sowie die Plazierung in Action-Kinos lassen wieder einmal einen jener unsäglichen Söldnerfilme erwarten. Und um das Maß der Täuschung vollzumachen, fängt es auch genauso an: 1942 – die Japaner haben Singapur *überrannt, im Hafen der Stadt landet* ein australisches Spezialkommando, um eine japanische Transportflotte in die Luft zu sprengen. Das tollkühne Unternehmen gelingt, aber ein weitaus gewagteres wird gestartet: mit noch mehr Männern und einigen Kleinst-U-Booten. Nun ist man sich vollends sicher, was folgen wird.

Doch weit gefehlt. Dem australischen Regisseur Peter Maxwell geht es in seinem halbdokumentarischen Streifen um etwas ganz anderes, um eine Geschichte von Irrtümern und daraus folgenden Verstrickungen, um den Zusammenprall von Kulturvorstellungen höchst unterschiedlicher Völker, um den verzweifelten Versuch, über die Gräben des Krieges hinweg einen Rest menschlichen Anstands zu retten. Man merkt es spätestens dann, wenn der Film aus seinen scheinbar vorgezeichneten Bahnen ausbricht. Etwas geht schief bei dem Kommandounternehmen, *sein Führer trifft eine Fehlentscheidung*, und wenig später fällt er, der schier Unbesiegbare.

Die überlebenden Männer geraten in japanische Gefangenschaft, und zwischen einem von ihnen und einem Japaner entspinnt sich eine Freundschaft. *Ihr* Schicksal *aber ist unabwendbar*: das Todesurteil wegen Kampfhandlungen außerhalb des Kriegsrechts. Was die Männer aber empört, ist die Art ihres Todes: Enthauptung. Doch was ihnen als Angriff auf ihre Menschenwürde vorkommt, ist von den Japanern anders gemeint: Der Tod nach dem Bushido-Ritus bedeutet Anerkennung der Feinde als Helden. Und daß der Freund den Freund hinrichtet, ist „Die höchste Ehre" – so der Originaltitel des Films.

Peter Maxwell ist ohne Frage ein nobler Film, wenngleich kein Meisterwerk gelungen. Dazu ist er in der Wahl seiner filmischen Mittel viel zu undifferenziert. Die Japaner sind überwiegend eine uniforme Masse, und auch die Geschichte der Freundschaft wird psychologisch eher *oberflächlich* abgehandelt.

Im Jahre 1983 übrigens, dem Jahr, in dem dieser Film entstand, hat der Japaner *Nagisa Oshima offenbar* unabhängig von Maxwell genau dieselbe Thematik – freilich wesentlich subtiler – behandelt: in seinem Film „Furyo", in dem David Bowie und der japanische Popstar Sakamoto sich als Partner kongenial gegenüberstanden.

SVEN HANSEN

KULTURNOTIZEN

Plastiken von Ernest Fries zeigt bis 10. März die Galerie der Burg Vischering in Lüdinghausen.

Rolf Liebermann hält das Einführungsreferat über „Tradierung der Werte" bei einem Symposion der Stiftung Künstlerhaus Boswil vom 20. bis 24. März unter dem Thema „1985: Jahr der Musik – Jahr der Medien".

„Im Zeichen der Zeit" lautet das Wettbewerbsthema für die ersten Duisburger Amateurfilmtage vom 7. bis 9. Juni.

Der Komponist Isang Yun erhielt die Ehrendoktorwürde der Universität Tübingen.

Die Ausstellung „Der junge Picasso" im Kunstmuseum Bern wird wegen ihres großen Erfolgs bis zum 3. März verlängert.

60 Soldatengräber haben chinesische Archäologen im Nordosten Chinas gefunden.

Simone Signoret wird in diesem Jahr der Verleihung der „César"-Filmpreise präsidieren (2. März).

Hans Holbein d. J. ist eine Sonderschau aus den Beständen des Louvre in Paris gewidmet (bis 15. April).

Kunstfehler: Millionen nicht nur für Patienten

Ärzte verweigern Eingriff aus Angst vor Haftungsprozessen

DW. Washington/Bonn

In den USA werden ärztliche Kunstfehler immer häufiger ein Fall für clevere Rechtsanwälte. Wie aus einem jetzt veröffentlichten Bericht des amerikanischen Medizinerverbandes AMA hervorgeht, ziehen immer mehr Patienten nach Operationen mit bösen Folgen vor Gericht. Oft bekommen sie recht und erhalten hohe Abfindungen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß viele Ärzte Eingriffe mit hohem Risikofaktor ablehnen und beispielsweise nicht mehr als Geburtshelfer tätig werden wollen. Die Versicherungen reiben sich die Hände: Die Prämien gegen Kunstfehler sind in astronomische Höhen geschossen.

Nach dem AMA-Bericht werden die amerikanischen Ärzte von ihren Patienten heute dreimal so oft vor Gericht zitiert wie noch vor zehn Jahren. Allein im Jahr 1982 haben 250 Kläger Entschädigungssummen von jeweils einer Million Dollar oder darüber zugesprochen bekommen. Nach AMA wurde ausgerechnet, daß beispielsweise ein junger Patient, der nach einem ärztlichen Kunstfehler querschnittgelähmt bleibt, etwa fünf Millionen Dollar braucht, um sein Leben als Körperbehinderter einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Als besonders „gefährdet" gelten Frauenärzte: Dem Bericht zufolge wurden sechzig Prozent aller amerikanischen Gynäkologen und Geburtshelfer bereits mindestens einmal gerichtlich belangt, 20 Prozent sogar mehr als dreimal. „Die Eltern glauben einfach, daß ihr Kind perfekt sein muß. Und wenn dies nicht der Fall ist, ziehen sie vor den Kadi", so ein AMA-Mitglied. Die Folge: Gynäkologen wollen sich nicht mehr als Geburtshelfer betätigen.

Gewiß sind alle Ärzte gegen Mißgeschicke dieser Art versichert, doch sieht es heute so aus, daß die großen Gesellschaften an Kunden, die sie teuer zu stehen kommen könnten, nicht mehr interessiert sind. Dadurch entstanden speziell auf Mediziner zugeschnittene Versicherungsunternehmen, deren Prämien schwindelerregende Höhen erreichen. Im Bundesstaat New York liegen sie bei 12 500 Dollar im Jahr, von Gynäkologen oder Chirurgen werden sogar schon 70 000 Dollar verlangt.

Die Situation in den USA hat eine ähnliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zur Folge. „Die Bereitschaft des Patienten, gegen seinen behandelnden Arzt zu klagen, hat in den letzten Jahren auch bei uns erheblich zugenommen", erklärte der Justitiar der Bundesärztekammer in Köln, Bösche.

Die Zahl der Prozesse wegen eines Behandlungsfehlers und auch die Streitsummen sind jedoch vergleichsweise niedrig. Der Grund dafür liegt zum einen in der Tatsache, daß deutsche Rechtsanwälte nicht ausschließlich auf ein Erfolgshonorar angewiesen sind, zum anderen darin, daß es in Deutschland eine Einrichtung gibt, die berechtigte Schadenersatzforderungen klären kann, bevor es zu einem Prozeß kommt. Gemeint sind die Gutachter- und Schlichtungsstellen, die bei den Ärztekammern angesiedelt sind und sich aus unabhängigen Juristen, Allgemein- und Fachmedizinern zusammensetzen.

Diese Kommissionen, denen 1983 (für 1984 liegt noch keine Statistik vor) 2850 Fälle vorgelegt wurden, entschieden in immerhin 492 Fällen für den Patienten und seine Forderung. Erfahrungsgemäß akzeptiert die jeweilige Haftpflichtversicherung des Arztes diesen Spruch. Bei abgewiesenen Fällen oder negativen Bescheiden der Schlichtungsstelle bleibt dann immer noch der Weg vor die Schranken des Gerichts.



Das Mekka der deutschen Medizin: die „Charité" im Jahre 1910. Rechts der Hochhaus-Neubau von 1982, ein Wahrzeichen Ost-Berlins. FOTOS: ULLSTEIN/AP

Seit 275 Jahren im Dienst der Mildtätigkeit

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die weißen Kittel der noch immer berühmtesten deutschen Klinik sind für viele „DDR"-Patienten oft die letzte Hoffnung. In den vergangenen Jahren fand sie wieder Anschluß ans verlorene Weltniveau – die „Charité" in Ost-Berlin. Seit zwei Jahren mit einem für 800 Millionen Ost-Mark errichteten und mit West-Technologie befrachteten Super-Neubauturm mit 1000 Betten versehen, beging das alte Mekka der deutschen Medizin jetzt seinen 275. Geburtstag.

Allein die Ortslage symbolisiert, worunter das einstige Lazarett „wider die gefährlichen Pest-Läuffte in Stätten und Dörfern" leidet: Das magische (Gelände-)Dreieck der Medizin liegt direkt an der Sektorengrenze vis-à-vis vom Reichstag (aus Zimmern mit West-Blick schaut man hinüber zur Siegessäule). Der rötlich schimmernde Neubau mit seinen 23 Etagen liegt inmitten der weinlaubumrankten Backsteingebäude aus der preußischen Hoch-Zeit des Hauses. Umrandet von Mauer und Postentürmen.

Die Grenzlage behinderte nach dem Mauerbau neben dem Aderlaß von nahezu 200 geflüchteten Ärzten das Niveau: Die Charité litt angesichts der weltweit stürmisch fortschreitenden Hochleistungs-Medizin an Atemnot: Herztransplantation, künstliche Niere, Computer-Tomographie, Retorten-Babys lauten nur einige Stichworte, die drüben erst allmählich buchstabiert werden.

Spät entdeckte die SED-Führung den Nutzen des noch immer vorhandenen Rufs der Charité fürs eigene Image: Nach dem Kriege richtete man das zu zwei Dritteln zerbombte Areal für rund 100 Millionen Ost-Mark wieder her. Später flossen die Millionen dann reichlicher. Die ehrwürdige Anstalt rückte per Politbüro-Beschluß auf die Liste der „Sonderbauvorhaben Berlin".

Der Dank der medizinischen „DDR"-Spitzenklasse blieb am Wochenende nicht aus: Von einem Festakt zum 275. Jubiläum des Hauses sandte man Erich Honecker eine Ergebenheitsadresse. Was immer die hochspezialisierten Fachkräfte über derlei „Adressen" denken mögen – sie können auf ihre Arbeit stolz sein: der Neubau mit seinen 24 Operationssälen ließ 8600 mehr behandelte Patienten zu. Pro Jahr werden 850 000 Besucher ambulant versorgt. Für viele Kranke in mitteldeutschen Bezirksstädten ist die Charité das ersehnte Ziel, wenn das bürokratische Einweisungsverfahren endlich zu einem Termin am Robert-Koch-Platz führt.

Wenn hier keine Heilung erfolgen kann, helfen mitunter die guten, ohne Aufsehen funktionierenden Verbindungen der Ost-Ärzte zu ihren West-Kollegen: So gibt es Drähte zum Herzspezialisten Professor Emil Bücherl im Klinikum Charlottenburg, nur wenige Krankenwagen-Minuten im Westen entfernt. 1981 rettet Bücherl das Leben eines 20jährigen Schlossers aus Cottbus. Die Charité hatte ihn geschickt.

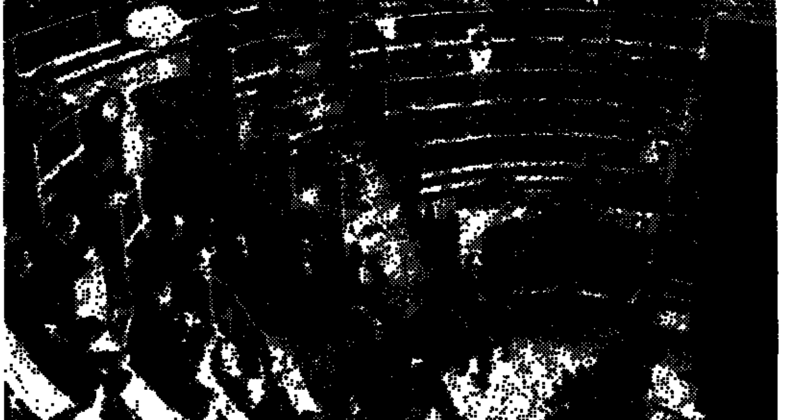
Auch der West-Ost-Weg ist intakt: West-Kinder bekommen bisweilen in der Charité eine heilende Augenoperation. Auch Gasbrandpatienten mit West-Berliner Ausweis erhielten, was der Name verspricht – „Mildtätigkeit".

Der Weg vom unscheinbaren Fachwerkhaus unter Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. bis zur Klinik, die als erste im Ostblock schon mehrere „Retorten-Babies" auf die Welt verhalf – drüben „Reaganzglas"-Babies genannt – begann 1710.

17 Jahre später vermerkte der König auf seiner Akte „... es soll das Hauss die charité heißen". Der Komfort war unvorstellbar: „... hat jeder seine besondere Bettstelle, in welcher außer dem Strohsack und dergleichen Kopfküssen und weiße wollene Decke befindlich ist", berichtete Leibarzt Elle 1730.

Zu den Männern, deren Namen mit der Charité verbunden sind, zählen: Rudolf Virchow, Albrecht von Graefe, Robert Koch und Ferdinand Sauerbruch. Er operierte noch immer seelenruhig, wenn die Bomben fielen. Um ihn, den letzten Großen der Charité, ranken sich die Anekdoten. Zuletzt bewältigten wohl schon die OP-Schwestern in seinem Team einen „normalen" Blinddarm.

Heute pflegt die Klinik Verbindungen bis in die USA und widmet sich dem Ressort der Zukunft, der Organtransplantation. Nur ein Sauerbruch – der ist noch nicht wieder in Sicht.



Die Einweihung der neuen Chirurgischen Klinik 1929. Vorn im Sessel der preußische Ministerpräsident Braun. FOTO: ULLSTEIN

Impfaktion der UNICEF in El Salvador

DW. San Salvador

Eine der größten Impfkampagnen der letzten Zeit beginnt am 3. Februar im mittelamerikanischen Staat El Salvador. 400 000 Kinder, vom Säuglingsalter bis zum Alter von drei Jahren, das sind so gut wie alle Kinder der Altersstufe, sollen Impfstoffe gegen Masern, Diphterie, Kinderlähmung, Keuchhusten und Tetanus erhalten. Auch 400 000 schwangere Frauen werden gegen Tetanus geimpft. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, stellt für diese Kampagne 4,5 Millionen Ampullen Impfstoff zur Verfügung. Die Gesamtkosten der Aktion, an der 12 000 freiwillige Helfer mit 700 Fahrzeugen mitwirken, betragen etwa eine halbe Million Dollar. Möglich wurde die Kampagne durch die Initiative des Erzbischofs von San Salvador, Rivera y Damas, dem es gelang, für den 3. Februar und für die Termine der Wiederholungsimpfungen einen Waffenstillstand mit der Guerrilla zu vermitteln. Die Schirmherrschaft über die Aktion hat Präsident Duarte selbst übernommen, der erklärte, Unterernährung und Infektionskrankheiten seien „eine andere Form von Gewalt und ein Nebenprodukt sozialer Ungerechtigkeit". Weiter sagte er: „Wir wollen den Haß ausschalten, der die Herzen so vieler von uns ergriffen hat."

In der Zelle erhängt

AP, Düsseldorf

Wenige Stunden nach seiner Verurteilung im sogenannten „Sex-Folter-Prozeß" hat sich der 46jährige Kabelfabrikant und mehrfache Millionär Dieter Engelbrecht mit einem in Streifen gerissenen Tischtuch in der Gefängniszelle der Düsseldorfer Justiz-Vollzugsanstalt erhängt. Wie die Polizei mitteilte, wurde der am Montag vor dem Düsseldorfer Landgericht zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilte Unternehmer aus Korschenbroich (Kreis Neuss) unmittelbar nach dem Urteilsspruch in seine Zelle zurückgebracht, wo er sich zweieinhalb Stunden lang mit seinem Psychologen über private und berufliche Zukunftspläne unterhalten hatte. Gestern morgen wurde er von Zellengenossen in seiner Zelle aufgefunden. Ärztliche Wiederbelebungsversuche an dem Strangulierten hatten zunächst Erfolg versprochen.

Brand in Ausländer-Imbiß

dpa, Bochum

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage ist in Bochum eine von einem Ausländer geführte Grillstube niedergebrannt. In der Nacht zum Montag wurde ein griechischer Imbiß ein Raub der Flammen, zwei Tage zuvor ein türkischer Kleinbetrieb. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Der Sachschaden betrug jeweils mehr als 100 000 Mark. Menschen wurden nicht verletzt.

Unfall mit 80 Autos

dpa, Mailand

Bei einem Auffahrunfall im dichten Nebel sind gestern auf der Autobahn bei Lodi südlich von Mailand drei Menschen ums Leben gekommen. Aus 80 am Unfall beteiligten Fahrzeugen wurden 30 Verletzte geborgen.

LEUTE HEUTE

Überraschung

Der weltbekannte Unterwasserforscher **Jacques-Yves Cousteau** hat französischen Winzern eine große Enttäuschung bereitet. Der vor allem durch TV-Filme bekanntgewordene Wissenschaftler will ein Geschenk der Weinbauern nicht akzeptieren. Der Grund: Cousteau ist vor einiger Zeit zum Islam übergetreten und trinkt seitdem keinen Alkohol mehr. Die Winzer aus der Gegend bei Libourne (Bordeaux) hatten den Forscher vor kurzem zum Ehrenmitglied ihrer Genossenschaft ernannt. Als die Weinbauern ihm jetzt eine Kiste Wein an seine Pariser Adresse schicken wollten, bekamen sie die Absage.

Vaterfreuden

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** (54) ist zum zweiten Mal Vater geworden. Seine Frau **Christina** (28) schenkte jetzt einem Sohn das Leben. Der jüngste Rau-Sproß wog bei der Geburt sieben Pfund und ist 52 Zentimeter groß. Ihr erstes Kind, **Anna-Christina**, hatte vor 13 Monaten das Licht der Welt erblickt. CDU-Oppositionsführer **Bernhard Worms** gratulierte: „Möge der neue Erdenbürger zur Freude seiner Eltern prächtig gedeihen."

WETTER: Regen und mild

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefdruckgebiets über der Nordsee überqueren heute Deutschland von Nord nach Süd. Sie lenken milde Meeresluft heran.

Vorhersage für Mittwoch:
Im Norden und Westen anfangs noch bedeckt und Regen. Temperaturen tagsüber und nachts um 5 Grad. Im Süden vormittags rasch zunehmende Bewölkung und einsetzender Niederschlag, der bis in Höhen um 1500 Meter in Regen übergeht. Temperaturen von Frühwerten um minus 2 Grad auf plus 6 Grad ansteigend, nachts bei 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Weiterhin unbeständig und mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	0°	Kairo	19°
Bonn	5°	Kopenh.	-1°
Dresden	0°	Las Palmas	21°
Essen	4°	London	10°
Frankfurt	3°	Madrid	3°
Hamburg	1°	Mailand	4°
List/Sylt	1°	Mallorca	15°
München	5°	Moskau	-14°
Stuttgart	6°	Nizza	11°
Algier	9°	Oslo	-2°
Amsterdam	3°	Paris	7°
Athen	13°	Prag	-3°
Barcelona	12°	Rom	10°
Brüssel	5°	Stockholm	-5°
Budapest	2°	Tel Aviv	18°
Bukarest	-2°	Tunis	11°
Helsinki	-2°	Wien	1°
Istanbul	6°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 8.02 Uhr, Untergang: 17.10 Uhr; **Mondaufgang:** 11.56 Uhr, Untergang: 3.40 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Suzy Wong wagt sich wieder auf den Laufsteg

CONSTANCE KNITTER, Paris

Alle reden von Kälte und Krise, nur die 24 Pariser Couturiers nicht. Frankreichs Nobelschneider befinden sich im Rennen um den „Goldenen Fingerhut", die Trophäe für die beste Kollektion der Sommer-Saison. Zum ersten Mal hat sich der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac in das Modegeschehen eingefädelt. Er wird die von Helena Rubinstein und der Pariser Zeitung „Quotidien de Paris" gestiftete Trophäe morgen persönlich im Festsaal des „Hotel de Ville" von Paris an den Sieger übergeben.

Die Pariser Haute Couture, längst totgesagt, befindet sich „en hausse". Die Modehäuser verkündeten für '84 eine Umsatzsteigerung von 35 Prozent. Insgesamt verzeichnete die Branche einen Jahresumsatz von 90 Millionen Mark. Das Erfolgsergebnis ist dem starken Dollar zu verdanken. Die rund 3000 superreichen Frauen, die sich pro Jahr mehrere Luxus-Modelle für Preise bis zu 30 000 Mark leisten, kommen wohl eher aus Amerika oder den arabischen Emiraten denn aus Frankreich.

Immerhin gibt es auch dort noch Stars, von deren Image sich die Couturiers für den Sommer '85 inspirieren ließen. Für Marc Bohan, Couturier bei Christian Dior, sind es Prinzessin Caroline und Rocksängerin Sylvie Vartan. Für seine Fans, die während der Dior-Schau im Napoleon-Saal des Grand Hotels in der ersten Reihe saßen, entwarf Bohan eine junge Mode mit schönen Kostümen und Hosenanzügen aus Glencheck oder grauen Streifen, kleinen Westen, geblümten Blusen und weiten Trenchcoats. Star auf dem Laufsteg war die blonde Jerry Hall, im Privatleben Ehefrau von „Rolling Stone" Mick Jagger. Sie sah bezaubernd aus in Diors Baskenmützen, geblümten seidenen Tahitihemden, die man über kurzen Röcken oder Hosen trägt. Zwischen kniekurz und knöchellang kann die Dame bei Dior wählen.

Bei Jean-Louis Scherrer tauchte die Frage auf, ob Madame Anne-Aymone Giscard d'Estaing demnächst wie eine Geisha aussehen wird. Die einstige „First Lady" Frankreichs ist ihrem Schneider treugeblieben. Früher ließ sie sich die Scherrer-Kollektionen im Elysée-Palast vorführen. Jetzt betrachtete sie am Rande des Laufstegs des Meisters asiatisch wirkende KLeider.

Der Modeschöpfer brachte aus Japan ein neues Material mit, das wie Lackleder aussieht. Rot und schwarz sind seine neuen Lieblingsfarben. Die Mannequins trugen kurze, seitlich geschlitzte Chinesenkleider wie einst Suzy Wong, dazu bestickte Tuniken.

Pierre Cardin amüsierte bei seinen 310 neuen Modellen mit ebenso vielen neuen Ideen. Der Modeschöpfer will demnächst eine Hut-Boutique eröffnen. Kein Wunder, wenn seine Mannequins zu Trapezhemden mit Bubikragen über Hosen, bauchfreien, schmalen Leinenkleidern, asymmetrisch geknöpften Mantelkleidern oder Plisseemänteln über seidenen Sackkleidern aufregende Kopfbedeckungen trugen. Mal sehen sie aus wie Arbeitsschutzhelme, mal wie ägyptische Perücken.

Königlich wirkten die kostbar drapierten Abendkleider aus Gaze oder besticktem Satin, mit Spiralen-Volants, Plissees oder großen Schleifen bei Balmain. Königlich? Bei ihm läßt Königin Sirikit von Thailand im Jahr immerhin 120 Modelle arbeiten.

(SAD)





Ein Schneider und sein treuester Fan: Jean-Louis Scherrer und Madame Giscard d'Estaing. FOTOS: AP

ZU GUTER LETZT

„Er gestand, den fünfjährigen Säugling in der Nähe von Paris ausgesetzt zu haben." Aus einer Meldung der französichen Presseagentur AFP.